

MEMORIAL

Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg



MEMORIAL

Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxemburg

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par la loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 1607

5 juillet 2013

SOMMAIRE

ACQ	77090	Hellas Telecommunications (Luxembourg)	77131
Bamalité Europe S.A.	77117	Hellas Telecommunications (Luxembourg) III	77131
Banque Raiffeisen	77118	Hellas Telecommunications (Luxembourg) V	77132
Bebe Star S.à r.l.	77115	House Limited S.à r.l.	77133
Bergamia S.à r.l.	77117	HSBC Securities Services (Luxembourg) S.A.	77136
Bergamia S.à r.l.	77118	HUB Industries S.A.	77135
Bertram Global Assets S.A.	77118	Momentum Managed Funds SICAV-SIF	77136
BLITO HOLDING Spf S.A.	77119	Mylo Holding S.A.	77135
Caisse Raiffeisen Bettborn-Perlé	77125	RADS International	77114
Caisse Raiffeisen Canton Remich	77126	REF Lux SubCo 1 S.à r.l.	77110
Caisse Raiffeisen Diekirch Feulen	77125	Remae Blanche S.A.	77110
Caisse Raiffeisen Hoffelt-Binsfeld-Weiswampach	77125	Resadero Investments S.A.	77110
Caisse Raiffeisen Junglinster	77125	Resolution III Glasgow S.à r.l.	77111
Caisse Raiffeisen Kayl-Roeser	77125	RGI Co-Invest 1 S. à r.l.	77111
Caisse Raiffeisen Mamer	77121	RGI Investissements SA	77114
Caisse Raiffeisen Musel-Sauerdall	77121	Riche Finance S.A.	77114
Caisse Raiffeisen Niederanven/Syrdall	77121	Rishon Films S.à r.l.	77114
Caisse Raiffeisen Wiltz Société Coopérative	77126	Romexx S.à r.l.	77114
Camping International S.A.	77119	Ronda Silent Partner S.à r.l.	77109
Columbian Chemicals (Weifang) Holdings S.à r.l.	77119	R.P. Constructions Rainer Parmentier Sàrl	77112
Com Met Company, S.à r.l.	77119	R.P. Constructions Rainer Parmentier Sàrl	77112
Composites GO S.à r.l.	77121	R.P. Constructions Rainer Parmentier Sàrl	77112
Comptoir Foncier Invest Benelux	77118	R.P. Constructions Rainer Parmentier Sàrl	77112
Delu S.à r.l.	77112	Saum S.à r.l.	77112
Financière d'Ibis Spf S.A.	77133	S.C. Holding S.A.	77115
Finmal S.A.	77132	Seitert Immobilière SA	77111
Fuel Power S.à r.l.	77132		
Garage Thommes S.à r.l.	77132		
Global Ventures S.A.	77133		
Granite Luxembourg S.à r.l.	77126		
Gsainvest S.A., SPF	77132		
Harysports	77135		

ACQ, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-1736 Senningerberg, 5, Heienhaff.
R.C.S. Luxembourg B 177.376.

— STATUTEN

Im Jahre zweitausenddreizehn, den fünfzehnten Mai.

Vor dem unterzeichneten Notar Jean SECKLER, mit Amtssitz in Junglinster, Großherzogtum Luxemburg.

Ist erschienen:

Alceda Fund Management S.A., Aktiengesellschaft mit Gesellschaftssitz in 5, Heienhaff, L-1736 Senningerberg, eingetragen im Handels- und Firmenregister Luxemburg unter der Nummer B 123.356, hier vertreten durch Frau Mareike GREINER, Angestellte, beruflich ansässig in L-1736 Senningerberg, aufgrund einer privatrechtlichen Vollmacht, ausgestellt in Luxemburg, am 07. Mai 2013.

Die erteilte Vollmacht, ordnungsgemäß durch die Erschienene und den Notar unterzeichnet, bleiben diesem Dokument beigelegt um mit demselben einregistriert zu werden.

Die Erschienene hat den Notar gebeten, die Satzung einer Aktiengesellschaft (Société Anonyme), die sie hiermit gründet, wie folgt zu beurkunden:

I. Name, Sitz und Zweck der Investmentgesellschaft

Art. 1. Name. Zwischen den erschienen Parteien und allen, die Eigentümer von später ausgegebenen Aktien werden, wird eine Investmentgesellschaft in Form einer Aktiengesellschaft als „Société d'investissement à capital variable“ („Investmentgesellschaft“) und dem Namen „ACQ“ gegründet. Die Investmentgesellschaft ist eine Umbrella-Konstruktion, die mehrere Unterfonds („Teilfonds“) umfassen kann.

Art. 2. Sitz. Gesellschaftssitz ist die Gemeinde Niederanven im Großherzogtum Luxemburg.

Durch einfachen Beschluss des Verwaltungsrates der Investmentgesellschaft („Verwaltungsrat“) kann der Gesellschaftssitz an einen anderen Ort innerhalb der Gemeinde verlegt werden. Darüber hinaus können Niederlassungen und Repräsentanzen an einem anderen Ort innerhalb des Großherzogtums Luxemburg sowie im Ausland gegründet oder eröffnet werden.

Aufgrund eines bestehenden oder unmittelbar drohenden politischen, militärischen oder anderen Notfalls von höherer Gewalt außerhalb der Kontrolle, Verantwortlichkeit und Einflussmöglichkeit der Investmentgesellschaft, der die normale Geschäftsabwicklung am Gesellschaftssitz oder den reibungslosen Verkehr zwischen dem Gesellschaftssitz und dem Ausland beeinträchtigt, kann der Verwaltungsrat durch einen einfachen Beschluss den Gesellschaftssitz vorübergehend bis zur Wiederherstellung von normalen Verhältnissen ins Ausland verlegen. In diesem Falle wird die Investmentgesellschaft die luxemburgische Nationalität jedoch beibehalten.

Art. 3. Zweck.

1. Ausschließlicher Zweck der Investmentgesellschaft ist die Anlage in Wertpapieren und/ oder sonstigen zulässigen Vermögenswerten nach dem Grundsatz der Risikostreuung gemäß Teil I des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen („Gesetz von Dezember 2010“) mit dem Ziel einer angemessenen Wertentwicklung zugunsten der Aktionäre durch Festlegung einer bestimmten Anlagepolitik zu erwirtschaften.

2. Die Investmentgesellschaft kann unter Berücksichtigung der im Gesetz von Dezember 2010 und im Gesetz vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften (einschließlich nachfolgender Änderungen und Ergänzungen) („Gesetz vom 10. August 1915“) festgelegten Bestimmungen, alle Maßnahmen treffen, die ihrem Zweck dienen oder nützlich sind.

Art. 4. Allgemeine Anlagegrundsätze und -Beschränkungen. Ziel der Anlagepolitik der einzelnen Teilfonds ist das Erreichen einer angemessenen Wertentwicklung in der jeweiligen Teilfondswährung (wie in Artikel 14 Nr. 2 dieser Satzung i.V.m. dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt definiert). Die teilfondsspezifische Anlagepolitik wird für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt beschrieben.

Die folgenden allgemeinen Anlagegrundsätze und -beschränkungen gelten für sämtliche Teilfonds, sofern keine Abweichungen oder Ergänzungen für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt enthalten sind.

Das jeweilige Teilfondsvermögen wird unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung im Sinne der Regeln des Teil I des Gesetzes von Dezember 2010 und nach den nachfolgend beschriebenen anlagepolitischen Grundsätzen und innerhalb der Anlagebeschränkungen angelegt.

Für den jeweiligen Teilfonds dürfen nur solche Vermögenswerte erworben und verkauft werden, deren Preis den Bewertungskriterien von Artikel 14 dieser Satzung entspricht. 1. Definitionen:

a) „geregelter Markt“

Bei einem geregelten Markt handelt es sich um einen Markt für Finanzinstrumente im Sinne von Artikel 1 Nummer 13 der Richtlinie 93/22/EWG des Rates vom 10. Mai 1993 über Wertpapierdienstleistungen, der

- in das in Artikel 16 der vorgenannten Richtlinie geregelte Register seines Herkunftsmitgliedstaates eingetragen ist;
- regelmäßig funktioniert;
- dadurch gekennzeichnet ist, dass die Funktionsbedingungen des Marktes, die Bedingungen für den Zugang zum Markt sowie, wenn die Richtlinie 79/279/EWG Anwendung findet, die in dieser Richtlinie festgelegten Bedingungen für die Zulassung zur Notierung, und wenn die genannte Richtlinie keine Anwendung findet, die Bedingungen, die diese Finanzinstrumente erfüllen müssen, um tatsächlich auf dem Markt gehandelt werden zu können, durch Bestimmungen festgelegt sind, die von den zuständigen Behörden erlassen oder genehmigt wurden;
- auf dem alle Melde- und Transparenzvorschriften, welche nach den Artikeln 20 und 21 der Richtlinie 93/22/EWG des Rates vom 10. Mai 1993 über Wertpapierdienstleistungen gelten, eingehalten werden müssen.

b) „Wertpapiere“

ba) Als Wertpapiere gelten:

- Aktien und andere, Aktien gleichwertige, Papiere („Aktien“),
- Schuldverschreibungen und andere verbrieftete Schuldtitel („Schuldtitel“),
- alle anderen marktfähigen Wertpapiere, die zum Erwerb von Wertpapieren durch Zeichnung oder Austausch berechtigen. Ausgenommen sind die in Artikel 42 des Gesetzes von Dezember 2010 genannten Techniken und Instrumente.

bb) Der Begriff Wertpapier umfasst auch Optionsscheine auf Wertpapiere, sofern diese Optionsscheine zur amtlichen Notierung zugelassen oder auf anderen geregelten Märkten gehandelt werden und das zugrunde liegende Wertpapier bei Ausübung tatsächlich geliefert wird.

c) „Geldmarktinstrumente“

Als „Geldmarktinstrumente“ werden Instrumente bezeichnet, die üblicherweise auf dem Geldmarkt gehandelt werden, liquide sind und deren Wert jederzeit genau bestimmt werden kann.

d) „Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren“ („OGAW“) Bei jedem OGAW, der aus mehreren Teilfonds zusammengesetzt ist, wird für die Anwendung der Anlagegrenzen jeder Teilfonds als eigener OGAW betrachtet.

2. Es werden ausschließlich

a) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente erworben, die an einem geregelten Markt zugelassen sind oder gehandelt werden;

b) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente erworben, die an einem anderen geregelten Markt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union („Mitgliedstaat“), der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist gehandelt werden;

c) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente erworben, die an einer Wertpapierbörse eines Drittstaates amtlich notiert sind oder an einem anderen geregelten Markt eines Drittstaates, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden;

d) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente aus Neuemissionen erworben, sofern die Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, dass die Zulassung zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse oder auf einem anderen geregelten Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, beantragt wird, und die Zulassung spätestens vor Ablauf eines Jahres nach der Emission erlangt wird.

Die unter Nr. 2 c) und d) genannten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente werden innerhalb von Nordamerika, Südamerika, Australien (einschließlich Ozeanien), Afrika, Asien und/oder Europa amtlich notiert oder gehandelt.

e) Anteile an Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren („OGAW“) erworben, die entsprechend der Richtlinie 2009/65/EG zugelassen wurden und/oder andere Organismen für gemeinsame Anlagen („OGA“) im Sinne des ersten und zweiten Gedankenstrichs des Artikel 1 (2) der Richtlinie 2009/65/EG gleichgültig ob diese ihren Sitz in einem Mitgliedsstaat oder einem Drittstaat unterhalten, sofern

- diese OGA entsprechend solchen Rechtsvorschriften zugelassen wurden, die sie einer Aufsicht unterstellen, welche nach Auffassung der Luxemburger Aufsichtsbehörde derjenigen nach dem Gemeinschaftsrecht gleichwertig ist, und ausreichende Gewähr für die Zusammenarbeit zwischen den Behörden besteht (derzeit die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, die Schweiz, Hongkong, Japan und Norwegen),

- das Schutzniveau der Anteilhaber dieser OGA dem Schutzniveau der Anteilhaber eines OGAW gleichwertig und insbesondere die Vorschriften über die getrennte Verwahrung der Vermögenswerte, die Kreditaufnahme, die Kreditgewährung und die Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten den Anforderungen der Richtlinie 2009/65/EG gleichwertig sind,

- die Geschäftstätigkeit der OGA Gegenstand von Halbjahres- und Jahresberichten ist, die es erlauben, sich ein Urteil über das Vermögen und die Verbindlichkeiten, die Erträge und die Transaktionen im Berichtszeitraum zu bilden,

- der OGAW oder andere OGA, dessen Anteile erworben werden sollen, nach seinen Vertragsbedingungen bzw. seiner Satzung insgesamt höchstens 10% seines Vermögens in Anteilen anderer OGAW oder OGA anlegen darf;

f) Sichteinlagen oder kündbare Einlagen mit einer Laufzeit von höchstens 12 Monaten bei Kreditinstituten getätigt, sofern das betreffende Kreditinstitut seinen Sitz in einem Mitgliedsstaat der EU hat oder, falls der Sitz des Kreditinstituts in einem Drittstaat liegt, es Aufsichtsbestimmungen unterliegt, die nach Auffassung der Luxemburger Aufsichtsbehörde denen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind;

g) abgeleitete Finanzinstrumente („Derivate“), einschließlich gleichwertiger bar abgerechneter Instrumente, erworben, die an einem der unter Absätzen a), b) oder c); bezeichneten geregelten Märkte gehandelt werden, und/oder abgeleitete Finanzinstrumente, die nicht an einer Börse gehandelt werden („OTC-Derivate“), sofern

- es sich bei den Basiswerten um Instrumente im Sinne des Artikel 41 Absatz 1 des Gesetzes von Dezember 2010 oder um Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt, in die der OGAW gemäß den in seinen Gründungsunterlagen genannten Anlagezielen investieren darf,

- die Gegenpartei bei Geschäften mit OTC-Derivaten einer Aufsicht unterliegende Institute der Kategorien sind, die von der Luxemburger Aufsichtsbehörde zugelassen sind;

- und die OTC-Derivate einer zuverlässigen und überprüfbaren Bewertung auf Tagesbasis unterliegen und jederzeit auf Initiative der Investmentgesellschaft zum angemessenen Zeitwert veräußert, liquidiert oder durch ein Geschäft glattgestellt werden können,

h) Geldmarktinstrumente erworben, die nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden und die unter die Definition des Artikel 1 des Gesetzes von Dezember 2010 fallen, sofern die Emission oder der Emittent dieser Instrumente bereits Vorschriften über den Einlagen- und den Anlegerschutz unterliegt, und vorausgesetzt, sie werden

- von einer zentralstaatlichen, regionalen oder lokalen Körperschaft oder der Zentralbank eines Mitgliedstaates, der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Union oder der Europäischen Investitionsbank, einem Drittstaat oder, sofern dieser ein Bundesstaat ist, einem Gliedstaat der Föderation oder von einer internationalen Einrichtung öffentlich-rechtlichen Charakters, der mindestens ein Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert oder

- von einem Unternehmen begeben, dessen Wertpapiere auf den unter den Buchstaben a), b) oder c) dieses Artikels bezeichneten geregelten Märkten gehandelt werden, oder

- von einem Institut, das gemäß den im Gemeinschaftsrecht festgelegten Kriterien einer Aufsicht unterstellt ist, oder einem Institut, das Aufsichtsbestimmungen, die nach Auffassung der Luxemburger Aufsichtsbehörde mindestens so streng sind wie die des Gemeinschaftsrechts, unterliegt und diese einhält, begeben oder garantiert, oder

- von anderen Emittenten begeben, die einer Kategorie angehören, die von der Luxemburger Aufsichtsbehörde zugelassen wurde, sofern für Anlagen in diesen Instrumenten Vorschriften für den Anlegerschutz gelten, die denen des ersten, des zweiten oder des dritten Gedankenstrichs gleichwertig sind und sofern es sich bei dem Emittenten entweder um ein Unternehmen mit einem Eigenkapital von mindestens 10 Mio. Euro, das seinen Jahresabschluss nach den Vorschriften der Richtlinie 78/660/EWG erstellt und veröffentlicht, oder um einen Rechtsträger, der innerhalb einer eine oder mehrere börsennotierte Gesellschaften umfassenden Unternehmensgruppe für die Finanzierung dieser Gruppe zuständig ist, oder um einen Rechtsträger handelt, der die wertpapiermäßige Unterlegung von Verbindlichkeiten durch Nutzung einer von einer Bank eingeräumten Kreditlinie finanzieren soll.

3. Wobei jedoch

- a) bis zu 10% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in andere als die unter Nr. 2 dieses Artikels genannten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente angelegt werden dürfen.

- b) Bewegliches und unbewegliches Vermögen erworben werden darf, das für die unmittelbare Ausübung ihrer Tätigkeit unerlässlich ist.

4. Techniken und Instrumente

- a) Das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen darf im Rahmen der Bedingungen und Einschränkungen, wie sie von der Luxemburger Aufsichtsbehörde vorgegeben werden, Techniken und Instrumente, die Wertpapiere und Geldmarktinstrumente zum Gegenstand haben, verwenden, sofern diese Verwendung im Hinblick auf eine effiziente Verwaltung des jeweiligen Teilfondsvermögens erfolgt. Beziehen sich diese Transaktionen auf die Verwendung von Derivaten, so müssen die Bedingungen und Grenzen mit den Bestimmungen des Gesetzes von Dezember 2010 übereinstimmen.

Darüber hinaus ist es der Investmentgesellschaft nicht gestattet, bei der Verwendung von Techniken und Instrumenten von ihrer im Verkaufsprospekt (nebst Satzung und Anhang) festgelegten Anlagezielen abzuweichen.

- b) Die Verwaltungsgesellschaft hat sicherzustellen, dass das mit Derivaten verbundene Gesamtrisiko den Gesamtnetowert ihrer Portfolios nicht überschreitet.

Bei der Berechnung des Risikos werden der Marktwert der Basiswerte, das Ausfallrisiko, künftige Marktfluktuationen und die Liquidationsfrist der Positionen berücksichtigt. Dies gilt auch für die beiden nachfolgenden Absätze.

Die Verwaltungsgesellschaft darf für den jeweiligen Teilfonds als Teil seiner Anlagepolitik und im Rahmen der Grenzen des Artikel 43 (5) des Gesetzes von Dezember 2010 Anlagen in Derivate tätigen, sofern das Gesamtrisiko der Basiswerte die Anlagegrenzen des Artikel 43 des Gesetzes von Dezember 2010 nicht überschreitet. Investiert der jeweilige Teilfonds in indexbasierte Derivate, so werden diese Anlagen bei den Anlagegrenzen von Artikel 43 des Gesetzes von Dezember 2010 nicht berücksichtigt.

Wenn ein Derivat in ein Wertpapier oder ein Geldmarktinstrument eingebettet ist, muss es hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften von Artikel 42 des Gesetzes von Dezember 2010 mit berücksichtigt werden.

c) Wertpapierleihe

Der jeweilige Teilfonds darf bis zu 50% der in seinem Vermögen gehaltenen Wertpapiere nach CSSF Rundschreiben 08/356 an einen Entleiher entweder direkt oder mittelbar durch Zwischenschaltung eines standardisierten Wertpapier-

leihsystems, das von einem anerkannten Wertpapierclearinginstitut organisiert ist, oder eines Wertpapierleihsystems, das von einem Finanzinstitut organisiert ist, das Aufsichtsregelungen unterliegt, die die CSSF als den vom Gemeinschaftsrecht vorgesehenen Regelungen gleichwertig ansieht, und das auf solche Geschäfte spezialisiert ist, bis zu dreißig Tage verleihen.

Die Nettorisiken denen sich ein OGAW gegenüber einer Gegenpartei aussetzt, die sich aus Wertpapierleihgeschäften zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren ergeben, müssen innerhalb der 20%-Anlagegrenze des Artikel 43 (2) des Gesetzes von 2010 berücksichtigt werden. Darüber hinaus muss vor oder mit Übertragung der verliehenen Wertpapiere eine Garantie nach Punkt II b) des o.g. Rundschreibens an den Teilfonds übertragen werden.

In jedem Fall muss der Entleiher Aufsichtsregelungen unterliegen, die die CSSF als den vom Gemeinschaftsrecht vorgesehenen Regelungen gleichwertig ansieht.

Sofern der Vertrag vorsieht, dass der jeweilige Teilfonds jederzeit von seinem Recht auf Kündigung und Herausgabe der verliehenen Wertpapiere Gebrauch machen kann, so können auch mehr als 50% der im jeweiligen Teilfondsvermögen gehaltenen Wertpapiere verliehen werden.

5. Pensionsgeschäfte

Die Investmentgesellschaft kann sich für den jeweiligen Teilfonds an Pensionsgeschäften beteiligen, die in Käufen und Verkäufen von Wertpapieren bestehen, bei denen die Vereinbarungen dem Käufer das Recht oder die Pflicht einräumen, die verkauften Wertpapiere vom Erwerber zu einem Preis und innerhalb einer Frist zurückzukaufen, die zwischen den beiden Parteien bei Vertragsabschluss vereinbart wurde. Die Investmentgesellschaft kann bei Pensionsgeschäften entweder als Käufer oder als Verkäufer auftreten. Eine Beteiligung an solchen Geschäften unterliegt jedoch folgenden Richtlinien:

a) Wertpapiere über ein Pensionsgeschäft dürfen nur gekauft oder verkauft werden, wenn es sich bei der Gegenpartei um ein Finanzinstitut erster Ordnung handelt, das sich auf diese Art von Geschäften spezialisiert hat.

b) Während der Laufzeit eines Pensionsgeschäfts dürfen die vertragsgegenständlichen Wertpapiere vor Ausübung des Rechts auf den Rückkauf dieser Wertpapiere oder vor Ablauf der Rückkauffrist nicht veräußert werden.

Es muss zusätzlich sichergestellt werden, dass der Umfang der Verpflichtungen bei Pensionsgeschäften so gestaltet ist, dass die Investmentgesellschaft für den betreffenden Teilfonds ihren Verpflichtungen zur Rücknahme von Aktien jederzeit nachkommen kann. Die Investmentgesellschaft kann geeignete Dispositionen treffen und mit Einverständnis der Depotbank weitere Anlagebeschränkungen aufnehmen, die erforderlich sind, um den Bedingungen in jenen Ländern zu entsprechen, in denen Anteile vertrieben werden sollen. Ergänzend zu den vorgenannten Bestimmungen, kann die Investmentgesellschaft zur effizienten Verwaltung des jeweiligen Teilfondsvermögens gemäß den Bestimmungen des Rundschreibens 08/356 der Commission de Surveillance du Secteur Financier die Techniken und Instrumente der Wertpapierpensionsgeschäfte einsetzen. Sollte die Investmentgesellschaft in diesem Zusammenhang Sicherheitsleistungen in Form von Bargeld erhalten, können diese entsprechend der Vorschriften des vorgenannten Rundschreibens für den Fonds wieder angelegt werden.

6. Risikostreuung

a) Es dürfen maximal 10% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten ein und desselben Emittenten angelegt werden. Jeder Teilfonds darf nicht mehr als 20% seines Vermögens in Einlagen bei ein und derselben Einrichtung anlegen.

Das Ausfallrisiko bei Geschäften der Investmentgesellschaft mit OTC-Derivaten darf folgende Sätze nicht überschreiten:

- 10% des Netto-Teilfondsvermögens, wenn die Gegenpartei ein Kreditinstitut im Sinne von Artikel 41 (1) f) des Gesetzes von Dezember 2010 ist und

- 5% des Netto-Teilfondsvermögens in allen anderen Fällen.

b) Der Gesamtwert der Wertpapiere und Geldmarktinstrumente von Emittenten, in deren Wertpapieren und Geldmarktinstrumente die Investmentgesellschaft mehr als 5% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens angelegt hat, darf 40% des betreffenden Netto-Teilfondsvermögens nicht übersteigen darf. Diese Begrenzung findet keine Anwendung auf Einlagen und Geschäfte mit OTC-Derivaten, die mit Finanzinstituten getätigt werden, die einer Aufsicht unterliegen.

Ungeachtet der einzelnen Obergrenzen darf die Investmentgesellschaft bei ein und derselben Einrichtung höchstens 20% des jeweiligen Teilfondsvermögens in einer Kombination aus

- von dieser Einrichtung begebenen Wertpapiere oder Geldmarktinstrumenten und/oder

- Einlagen bei dieser Einrichtung und/oder

- von dieser Einrichtung erworbenen OTC-Derivaten investieren.

c) Die unter Nr. 6 Buchstabe a), erster Satz dieses Artikels genannte Anlagegrenze von 10% des Netto-Teilfondsvermögens erhöht sich in den Fällen auf 35% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens, in denen die zu erwerbenden Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente von einem Mitgliedstaat, seinen Gebietskörperschaften, einem Drittstaat oder anderen internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten angehören begeben oder garantiert werden.

d) Die unter Nr. 6 Buchstabe a) erster Satz dieses Artikels genannte Anlagegrenze von 10% des Netto-Teilfondsvermögens erhöht sich in den Fällen auf 25% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens, in denen die zu erwerbenden

Schuldverschreibungen von einem Kreditinstitut ausgegeben werden, das seinen Sitz in einem Mitgliedstaat hat und kraft Gesetzes einer besonderen öffentlichen Aufsicht unterliegt, durch die die Inhaber dieser Schuldverschreibungen geschützt werden sollen. Insbesondere müssen die Erlöse aus der Emission dieser Schuldverschreibungen nach dem Gesetz in Vermögenswerten angelegt werden, die während der gesamten Laufzeit der Schuldverschreibungen in ausreichendem Maße die sich daraus ergebenden Verpflichtungen abdecken und die mittels eines vorrangigen Sicherungsrechts im Falle der Nichterfüllung durch den Emittenten für die Rückzahlung des Kapitals und die Zahlung der laufenden Zinsen zur Verfügung stehen.

e) Sollten mehr als 5% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in von solchen Emittenten ausgegebenen Schuldverschreibungen angelegt werden, darf der Gesamtwert der Anlagen in solchen Schuldverschreibungen 80% des betreffenden Netto-Teilfondsvermögens nicht überschreiten.

f) Die unter Nr. 6 Buchstabe b) erster Satz dieses Artikels genannte Beschränkung des Gesamtwertes auf 40% des betreffenden Netto-Teilfondsvermögens findet in den Fällen des Buchstaben c), d) und e) keine Anwendung.

g) Die unter Nr. 6 Buchstabe a) bis e) dieses Artikels beschriebenen Anlagegrenzen von 10%, 35% bzw. 25% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens dürfen nicht kumulativ betrachtet werden, sondern es dürfen insgesamt nur maximal 35% des Netto-Teilfondsvermögens in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten ein und derselben Einrichtung oder in Einlagen oder Derivative bei derselben angelegt werden.

Gesellschaften, die im Hinblick auf die Erstellung des konsolidierten Abschlusses im Sinne der Richtlinie 83/349/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrages über den konsolidierten Abschluss (ABl. L 193 vom 18. Juli 1983, S.1) oder nach den anerkannten internationalen Rechnungslegungsvorschriften derselben Unternehmensgruppe angehören, sind bei der Berechnung der in dieser Nr. 6 Buchstabe a) bis g) dieses Artikels vorgesehenen Anlagegrenzen als eine einzige Einrichtung anzusehen.

Der jeweilige Teilfonds darf 20% seines Netto-Teilfondsvermögens in Wertpapiere und Geldmarktinstrumente ein und derselben Unternehmensgruppe investieren.

h) Unbeschadet der in Artikel 48 des Gesetzes von Dezember 2010 festgelegten Anlagegrenzen kann die Verwaltungsgesellschaft im Namen der Investmentgesellschaft für den jeweiligen Teilfonds bis zu 20% seines Netto-Teilfondsvermögens in Aktien und Schuldtiteln ein und derselben Einrichtung investieren, wenn die Nachbildung eines von der Luxemburger Aufsichtsbehörde anerkannten Aktien- oder Schuldtitelindex das Ziel der Anlagepolitik des jeweiligen Teilfonds ist.

Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass:

- die Zusammensetzung des Index hinreichend diversifiziert ist;
- der Index eine adäquate Bezugsgrundlage für den Markt darstellt, auf den er sich bezieht, und
- der Index in angemessener Weise veröffentlicht wird.

Die vorgenannte Anlagegrenze erhöht sich auf 35% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in den Fällen, in denen es aufgrund außergewöhnlicher Marktverhältnisse gerechtfertigt ist, insbesondere auf geregelten Märkten, auf denen bestimmte Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente stark dominieren. Diese Anlagegrenze gilt nur für die Anlage bei einem einzigen Emittenten.

Ob für die Investmentgesellschaft von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, findet für den jeweiligen Teilfonds in dem entsprechenden Anhang zum Verkaufsprospekt Erwähnung.

i) Unbeschadet des unter Artikel 43 des Gesetzes von Dezember 2010 Gesagten, dürfen unter Wahrung des Grundsatzes der Risikostreuung, bis zu 100% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten angelegt werden, die von einem EU-Mitgliedstaat, seinen Gebietskörperschaften, einem OECD-Mitgliedstaat oder von internationalen Organismen, denen ein oder mehrere EU-Mitgliedstaaten angehören, ausgegeben werden oder garantiert sind. In jedem Fall müssen die im jeweiligen Teilfondsvermögen enthaltenen Wertpapiere aus sechs verschiedenen Emissionen stammen, wobei der Wert der Wertpapiere, die aus ein und derselben Emission stammen, 30% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens nicht überschreiten darf.

j) Für den jeweiligen Teilfonds dürfen nicht mehr als 20% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in Anteilen ein und desselben OGAW oder ein und desselben anderen OGA gemäß Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe e) des Gesetzes von Dezember 2010 angelegt werden. Wobei im Sinne von Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe e) des Gesetzes von Dezember 2010 jeder Teilfonds eines OGAW oder OGA mit mehreren Teilfonds, bei denen die Aktiva ausschließlich den Ansprüchen der Anleger dieses Teilfonds gegenüber den Gläubigern haften, deren Forderungen anlässlich der Gründung, der Laufzeit oder der Liquidation des Teilfonds entstanden sind, als eigenständige OGAW oder OGA anzusehen sind.

k) Für den jeweiligen Teilfonds dürfen nicht mehr als 30% des Netto-Teilfondsvermögens in andere OGA angelegt werden. In diesen Fällen müssen die Anlagegrenzen von Artikel 43 des Gesetzes von Dezember 2010 hinsichtlich der Vermögenswerte der OGAW bzw. OGA, von denen Anteile erworben werden, nicht gewahrt sein.

1) Erwirbt die Verwaltungsgesellschaft für die Investmentgesellschaft Anteile anderer OGAW und/oder sonstiger anderer OGA, die unmittelbar oder aufgrund einer Übertragung von derselben Verwaltungsgesellschaft oder von einer Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, so darf die Verwaltungsgesellschaft oder

die andere Gesellschaft für die Zeichnung oder die Rücknahme von Anteilen dieser anderen OGAW und/oder OGA durch den OGAW keine Gebühren berechnen (inkl. Ausgabeaufschlägen und Rücknahmeaufschlägen).

Generell kann es bei dem Erwerb von Anteilen an Zielfonds zu der Erhebung einer Verwaltungsvergütung auf Ebene des Zielfonds kommen. Die Investmentgesellschaft wird dabei nicht in Zielfonds anlegen, die einer Verwaltungsvergütung von mehr als 3% unterliegen. Der Jahresbericht der Investmentgesellschaft wird betreffend den jeweiligen Zielfonds Informationen enthalten, wie hoch der Anteil der Verwaltungsvergütung maximal ist, welche der Zielfonds sowie die Zielfonds zu tragen haben.

m) Ein Zielfonds eines Umbrellafonds kann in andere Zielfonds desselben Umbrellafonds investieren. Zusätzlich zu den bereits genannten Bedingungen für Investitionen in Zielfonds gelten bei einer Investition in Zielfonds, die gleichzeitig Zielfonds desselben Umbrellafonds sind, die folgenden Bedingungen:

- Zirkelinvestitionen sind nicht erlaubt. Das heißt, der Zielfonds kann seinerseits nicht in den Zielfonds desselben Umbrellafonds investieren, der seinerseits in den Zielfonds investiert ist,
- die Zielfonds eines Umbrellafonds, die von einem anderen Zielfonds desselben Umbrellafonds erworben werden sollen, gemäß ihrem Verwaltungsreglement bzw. ihrer Satzung insgesamt höchstens 10% ihres Sondervermögens in Anteilen anderer Zielfonds desselben Umbrellafonds anlegen dürfen,
- Stimmrechte aus dem Halten von Anteilen von Zielfonds, die gleichzeitig Zielfonds desselben Umbrellafonds sind, sind solange diese Anteile von einem Zielfonds desselben Umbrellafonds gehalten werden, ausgesetzt. Eine angemessene buchhalterische Erfassung in der Rechnungslegung und den periodischen Berichten bleibt von der Regelung unberührt,
- solange ein Zielfonds Anteile eines anderen Zielfonds desselben Umbrellafonds hält, werden die Anteile des Zielfonds bei der Nettoinventarwertberechnung nicht berücksichtigt, soweit die Berechnung zur Feststellung des Erreichens des gesetzlichen Mindestkapitals des Umbrellafonds dient,
- erwirbt ein Zielfonds Anteile eines anderen Zielfonds desselben Umbrellafonds, darf es nicht zu einer Verdopplung von Verwaltungs-, Zeichnungs- oder Rücknahmegebühren auf der Ebene des Zielfonds kommen, der in den Zielfonds desselben Umbrellafonds investiert hat.

n) Es ist der Verwaltungsgesellschaft nicht gestattet, die von ihr verwalteten OGAW nach Teil I des Gesetzes von Dezember 2010 dazu zu benutzen, eine Anzahl an mit Stimmrechten verbundenen Aktien zu erwerben, die es ihr ermöglichen, einen nennenswerten Einfluss auf die Geschäftsführung eines Emittenten auszuüben. Gleiches gilt für einen etwaigen Fondsmanager.

o) Weiter können für die Investmentgesellschaft

- bis zu 10% der stimmrechtslosen Aktien ein und desselben Emittenten,
- bis zu 10% der ausgegebenen Schuldverschreibungen ein und desselben Emittenten,
- nicht mehr als 25% der ausgegebenen Anteile ein und desselben OGAW und/oder OGA,
- nicht mehr als 10% der Geldmarktinstrumente ein und desselben Emittenten erworben werden.

p) Die unter Nr. 6 Buchstabe n) bis o) genannten Anlagegrenzen finden keine Anwendung soweit es sich um

- Wertpapiere und Geldmarktinstrumente handelt, die von einem Mitgliedstaat oder dessen Gebietskörperschaften, oder von einem Drittstaat gegeben oder garantiert werden;
- Wertpapiere und Geldmarktinstrumente handelt, die von einer internationalen Körperschaft öffentlich-rechtlichen Charakters gegeben werden, der ein oder mehrere EU-Mitgliedstaaten angehören.
- Aktien handelt, die der jeweilige Zielfonds an dem Kapital einer Gesellschaft eines Drittstaates besitzt, die ihr Vermögen im Wesentlichen in Wertpapieren von Emittenten anlegt, die in diesem Staat ansässig sind, wenn eine derartige Beteiligung für den jeweiligen Zielfonds aufgrund der Rechtsvorschriften dieses Staates die einzige Möglichkeit darstellt, Anlagen in Wertpapieren von Emittenten dieses Staates zu tätigen. Diese Ausnahmeregelung gilt jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die Gesellschaft des Staates außerhalb der Europäischen Union in ihrer Anlagepolitik die in Artikel 43, 46 und 48 (1) und (2) des Gesetzes von Dezember 2010 festgelegten Grenzen beachtet. Bei der Überschreitung der in den Artikeln 43 und 46 des Gesetzes von Dezember 2010 genannten Grenzen findet Artikel 49 des Gesetzes von Dezember 2010 sinngemäß Anwendung.
- Auf von einer oder von mehreren Investmentgesellschaften gehaltene Anteile am Kapital von Tochtergesellschaften, die im Niederlassungsstaat der Tochtergesellschaft lediglich und ausschließlich für diese Investmentgesellschaft oder -gesellschaften bestimmte Verwaltungs-, Beratungs- oder Vertriebstätigkeiten im Hinblick auf die Rücknahme von Anteilen auf Wunsch der Aktionäre ausüben.

7. Flüssige Mittel

Ein Teil des Netto-Zielfondsvermögens darf in flüssigen Mitteln, die jedoch nur akzessorischen Charakter haben dürfen, gehalten werden.

8. Kredite und Belastungsverbote

a) Das jeweilige Zielfondsvermögen darf nicht verpfändet oder sonst belastet, zur Sicherung übereignet oder zur Sicherung abgetreten werden, es sei denn, es handelt sich um Kreditaufnahmen im Sinne des nachstehenden Buchstabe b) oder um Sicherheitsleistungen zur Erfüllung von Einschuss- oder Nachschussverpflichtungen im Rahmen der Abwicklung von Geschäften mit Finanzinstrumenten.

b) Kredite zu Lasten des jeweiligen Teilfondsvermögens dürfen nur kurzfristig und bis zu einer Höhe von 10% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens aufgenommen werden. Ausgenommen hiervon ist der Erwerb von Fremdwährungen durch „Back-to-Back“-Darlehen.

c) Zu Lasten des jeweiligen Teilfondsvermögens dürfen weder Kredite gewährt noch für Dritte Bürgschaftsverpflichtungen eingegangen werden, wobei dies dem Erwerb von noch nicht voll eingezahlten Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten oder anderen Finanzinstrumenten gemäß Artikel 41 Absatz 1) Buchstaben e), g) und h) des Gesetzes von Dezember 2010 nicht entgegensteht. d) Die Investmentgesellschaft darf Kredite bis zu 10 % des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens aufnehmen, sofern es sich um Kredite handelt, die den Erwerb von Immobilien ermöglichen sollen, die für die unmittelbare Ausübung ihrer Tätigkeit unerlässlich sind; in diesem Fall dürfen diese sowie die Kredite nach Buchstabe b) zusammen 15% des Netto-Teilfondsvermögens nicht überschreiten.

9. Weitere Anlagerichtlinien

a) Wertpapierleerverkäufe sind nicht zulässig.

b) Das jeweilige Teilfondsvermögen darf nicht in Immobilien, Edelmetallen oder Zertifikaten über solche Edelmetalle, Edelmetallkontrakten, Waren oder Warenkontrakten angelegt werden.

c) Für den jeweiligen Teilfonds dürfen keine Verbindlichkeiten eingegangen werden, die, zusammen mit den Krediten nach Nr. 8 Buchstabe b) dieses Artikels, 10% des betreffenden Netto-Teilfondsvermögens überschreiten.

10. Die in diesem Artikel genannten Anlagebeschränkungen beziehen sich auf den Zeitpunkt des Erwerbs der Wertpapiere. Werden die Prozentsätze nachträglich durch Kursentwicklungen oder aus anderen Gründen als durch Zukäufe überschritten, so wird die Verwaltungsgesellschaft unverzüglich unter Berücksichtigung der Interessen der Aktionäre eine Rückführung in den vorgegebenen Rahmen anstreben.

II. Dauer, Verschmelzung und Liquidation der Investmentgesellschaft

Art. 5. Dauer der Investmentgesellschaft. Die Investmentgesellschaft ist für eine unbestimmte Dauer gegründet.

Art. 6. Die Verschmelzung der Investmentgesellschaft mit einem anderen Organismus für gemeinsame Anlagen („OGA“). Die Investmentgesellschaft kann durch Beschluss der Generalversammlung mit einem anderen OGA in Wertpapieren („OGAW“) verschmolzen werden. Der Beschluss bedarf des Anwesenheitsquorums und der Mehrheit, wie sie im Gesetz vom 10. August 1915 für Satzungsänderungen vorgesehen sind. Der Beschluss der Generalversammlung zur Verschmelzung der Investmentgesellschaft wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen veröffentlicht.

Die Aktionäre der einzubringenden Investmentgesellschaft haben während eines Monats das Recht, ohne Kosten die Rücknahme aller oder eines Teils ihrer Aktien zum einschlägigen Nettoinventarwert pro Aktie zu verlangen. Die Aktien der Aktionäre, welche die Rücknahme ihrer Aktien nicht verlangt haben, werden auf der Grundlage des Nettoinventarwerts pro Aktie an dem Tag des Inkrafttretens der Verschmelzung durch Aktien des aufnehmenden OGAW ersetzt. Gegebenenfalls erhalten die Aktionäre einen Spitzenausgleich.

Art. 7. Die Liquidation der Investmentgesellschaft.

1. Die Investmentgesellschaft kann durch Beschluss der Generalversammlung liquidiert werden. Der Beschluss ist unter Einhaltung der für Satzungsänderungen vorgeschriebenen Bestimmungen zu fassen, es sei denn diese Satzung, das Gesetz vom 10. August 1915 oder das Gesetz von Dezember 2010 verzichten auf die Einhaltung dieser Bestimmungen.

Sinkt das Netto-Teilfondsvermögen der Investmentgesellschaft unter zwei Drittel des Mindestkapitals, muss der Verwaltungsrat der Investmentgesellschaft eine Generalversammlung einberufen und dieser die Frage nach der Liquidation der Investmentgesellschaft unterbreiten. Die Liquidation wird mit einer einfachen Mehrheit der anwesenden bzw. vertretenden Aktien beschlossen.

Sinkt das Netto-Teilfondsvermögen der Investmentgesellschaft unter ein Viertel des Mindestkapitals, muss der Verwaltungsrat der Investmentgesellschaft eine Generalversammlung einberufen und dieser die Frage nach der Liquidation der Investmentgesellschaft unterbreiten. Die Liquidation wird mit einer Mehrheit von 25% der in der Generalversammlung anwesenden bzw. vertretenden Aktien beschlossen. Die Einberufungen zu den vorgenannten Generalversammlungen erfolgen jeweils innerhalb von 40 Tagen nach Feststellung des Umstandes, dass das Netto-Teilfondsvermögen unter zwei Drittel bzw. unter ein Viertel des Mindestkapitals gesunken ist.

Der Beschluss der Generalversammlung zur Liquidation der Investmentgesellschaft wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen veröffentlicht.

2. Vorbehaltlich eines gegenteiligen Beschlusses des Verwaltungsrates wird die Investmentgesellschaft mit dem Datum der Beschlussfassung über die Liquidation bis zur Durchführung des Liquidationsbeschlusses keine Aktien der Investmentgesellschaft mehr ausgeben, zurücknehmen oder umtauschen.

3. Nettoliquidationserlöse, deren Auszahlung nicht bis zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Aktionären geltend gemacht wurden, werden von der Depotbank nach Abschluss des Liquidationsverfahrens für Rechnung der berechtigten Aktionäre bei der Caisse des Consignations im Großherzogtum Luxemburg hinterlegt, bei der diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist geltend gemacht werden.

III. Die Teilfonds, Dauer, Verschmelzung und Liquidation eines oder mehrerer Teilfonds

Art. 8. Die Teilfonds.

1. Die Investmentgesellschaft besteht aus einem oder mehreren Teilfonds. Der Verwaltungsrat kann jederzeit beschließen, weitere Teilfonds aufzulegen. In diesem Fall wird der Verkaufsprospekt entsprechend angepasst.

2. Jeder Teilfonds gilt im Verhältnis der Aktionäre untereinander als eigenständiges Vermögen. Die Rechte und Pflichten der Aktionäre eines Teilfonds sind von denen der Aktionäre der anderen Teilfonds getrennt. Gegenüber Dritten haften die Vermögenswerte der einzelnen Teilfonds lediglich für Verbindlichkeiten, die von den betreffenden Teilfonds eingegangen werden.

Art. 9. Dauer der einzelnen Teilfonds. Ein oder mehrere Teilfonds können auf bestimmte Zeit errichtet werden. Die Dauer eines Teilfonds ergibt sich für den jeweiligen Teilfonds aus dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt.

Art. 10. Die Verschmelzung eines oder mehrerer Teilfonds.

1. Der Verwaltungsrat der Investmentgesellschaft kann durch Beschluss gemäß nachfolgender Bedingungen beschließen, einen Teilfonds in einen anderen Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren („OGAW“) bzw. Teilfonds eines solchen OGAW einzubringen. Die Verschmelzung kann insbesondere in folgenden Fällen beschlossen werden:

- sofern das Netto-Teilfondsvermögen an einem Bewertungstag unter einen Betrag gefallen ist, welcher als Mindestbetrag erscheint, um den Teilfonds in wirtschaftlich sinnvoller Weise zu verwalten. Der Verwaltungsrat hat diesen Betrag mit 5 Mio. Euro festgesetzt.

- sofern es wegen einer wesentlichen Änderung im wirtschaftlichen oder politischen Umfeld oder aus Ursachen wirtschaftlicher Rentabilität nicht als wirtschaftlich sinnvoll erscheint, den Teilfonds weiter zu verwalten.

2. Der Verwaltungsrat kann ebenfalls beschließen einen anderen OGAW oder Teilfonds eines solchen OGAW in einen Teilfonds aufzunehmen.

3. Verschmelzungen sind sowohl zwischen einem Teilfonds und einem Luxemburger OGAW bzw. Teilfonds eines solchen OGAW (inländische Verschmelzung) als auch zwischen einem Teilfonds und einem OGAW, bzw. Teilfonds eines solchen OGAW, der in einem anderen Mitgliedstaat der europäischen Union niedergelassen ist, (grenzüberschreitende Verschmelzung) möglich.

4. Eine Verschmelzung ist nur insofern vollziehbar als die Anlagepolitik des einzubringenden (Teil-)Fonds nicht gegen die Anlagepolitik des aufnehmenden (Teil-)Fonds verstößt.

5. Die Durchführung der Verschmelzung vollzieht sich wie eine Auflösung des einzubringenden Teilfonds und eine gleichzeitige Übernahme sämtlicher Vermögensgegenstände durch den aufnehmenden (Teil-)Fonds. Die Anleger des einbringenden (Teil-)Fonds erhalten Anteile bzw. Aktien des aufnehmenden (Teil-)Fonds, deren Anzahl sich auf der Grundlage des Anteilwertverhältnisses der betroffenen (Teil-)Fonds zum Zeitpunkt der Einbringung errechnet und gegebenenfalls einen Spitzenausgleich.

6. Sowohl der aufnehmende (Teil-)Fonds als auch der übertragende (Teil-)Fonds informieren die Anleger in geeigneter Form über die geplante Verschmelzung im Rahmen einer Publikation in einer Luxemburger Tageszeitung und entsprechend den Vorschriften der jeweiligen Vertriebsländer des aufnehmenden oder einzubringenden (Teil-)Fonds.

7. Die Anleger des aufnehmenden und des übertragenden (Teil-)Fonds haben während dreißig Tagen das Recht, ohne Zusatzkosten die Rücknahme aller oder eines Teils ihrer Aktien bzw. Anteile zum einschlägigen Anteilwert oder, soweit möglich, den Umtausch in Aktien bzw. Anteile eines anderen (Teil-)Fonds mit ähnlicher Anlagepolitik zu verlangen. Das Recht wird ab dem Zeitpunkt wirksam, zu dem die Aktionäre bzw. Anteilinhaber des übertragenden und des aufnehmenden (Teil-)Fonds über die geplante Verschmelzung unterrichtet werden, und erlischt fünf Bankarbeitstage vor dem Zeitpunkt der Berechnung des Umtauschverhältnisses.

8. Bei einer Verschmelzung zwischen zwei oder mehreren (Teil-)Fonds können die betroffenen (Teil-)Fonds die Zeichnungen, Rücknahmen oder den Umtausch von Aktien bzw. Anteilen zeitweilig aussetzen, wenn eine solche Aussetzung aus Gründen des Anlegerschutzes gerechtfertigt ist.

9. Die Durchführung der Verschmelzung wird von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft und bestätigt. Den Anlegern des übertragenden und des übernehmenden (Teil-)Fonds sowie der jeweils zuständigen Aufsichtsbehörde wird auf Anfrage kostenlos eine Kopie des Berichts des Wirtschaftsprüfers zur Verfügung gestellt.

10. Das vorstehend Gesagte gilt gleichermaßen für die Verschmelzung zweier Teilfonds innerhalb der Investmentgesellschaft sowie für die Verschmelzung von Aktienklassen innerhalb eines Teilfonds.

Art. 11. Die Liquidation eines oder mehrerer Teilfonds.

1. Ein Teilfonds der Investmentgesellschaft kann durch Beschluss des Verwaltungsrates der Investmentgesellschaft liquidiert werden. Die Liquidation kann insbesondere in folgenden Fällen beschlossen werden:

- sofern das Netto-Teilfondsvermögen an einem Bewertungstag unter einen Betrag gefallen ist, welcher als Mindestbetrag erscheint, um den Teilfonds in wirtschaftlich sinnvoller Weise zu verwalten. Die Investmentgesellschaft hat diesen Betrag mit 5 Mio. Euro festgesetzt.

- sofern es wegen einer wesentlichen Änderung im wirtschaftlichen oder politischen Umfeld oder aus Ursachen wirtschaftlicher Rentabilität nicht als wirtschaftlich sinnvoll erscheint, den Teilfonds zu verwalten.

Der Liquidationsbeschluss des Verwaltungsrates ist im Einklang mit den Bestimmungen für die Veröffentlichung der Mitteilungen an die Aktionäre und in Form einer solchen zu veröffentlichen. Der Liquidationsbeschluss bedarf der vorherigen Genehmigung durch die Luxemburger Aufsichtsbehörde.

Vorbehaltlich eines gegenteiligen Beschlusses des Verwaltungsrates wird die Investmentgesellschaft mit dem Datum der Beschlussfassung über die Liquidation bis zur Durchführung des Liquidationsbeschlusses keine Aktien der Investmentgesellschaft mehr ausgeben, zurücknehmen oder umtauschen.

2. Nettoliquidationserlöse, die nicht bis zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Aktionären geltend gemacht wurden, werden von der Depotbank nach Abschluss des Liquidationsverfahrens für Rechnung der berechtigten Aktionäre bei der Caisse des Consignations im Großherzogtum Luxemburg hinterlegt, bei der diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist geltend gemacht werden.

IV. Gesellschaftskapital und Aktien

Art. 12. Gesellschaftskapital. Das Gesellschaftskapital der Investmentgesellschaft entspricht zu jedem Zeitpunkt der Summe der Netto-Teilfondsvermögen aller Teilfonds („Netto-Fondsvermögen“) der Investmentgesellschaft gemäß Artikel 14 Nr. 4 dieser Satzung und wird durch vollbezahlte Aktien ohne Nennwert repräsentiert. Das Anfangskapital der Investmentgesellschaft beträgt bei Gründung einunddreißigtausend Euro (EUR 31.000,-) dem dreihundertzehn (310,-) Aktien ohne Nennwert gegenüberstanden.

Das Mindestkapital der Investmentgesellschaft entspricht gemäß Luxemburger Gesetz dem Gegenwert von 1.250.000 Euro und muss innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten nach Zulassung der Investmentgesellschaft durch die Luxemburger Aufsichtsbehörde erreicht werden. Hierfür ist auf das Netto-Fondsvermögen der Investmentgesellschaft abzustellen.

Art. 13. Aktien.

1. Aktien sind Aktien an dem jeweiligen Teilfonds. Sie werden durch Aktienzertifikate verbrieft. Es können grundsätzlich sowohl Namensaktien als auch Inhaberaktien für den Fonds ausgegeben werden. Die Aktien am jeweiligen Teilfonds werden in der im teilfondsspezifischen Anhang genannten Art der Verbriefung und Stückelung ausgegeben. Die Investmentgesellschaft kann die Verbriefung in Globalurkunden vorsehen. Sofern Namensaktien ausgegeben werden, werden diese von der Register- und Transferstelle in das für die Investmentgesellschaft geführte Aktienregister eingetragen. In diesem Zusammenhang werden den Aktionären Bestätigungen betreffend die Eintragung in das Aktienregister an die im Aktienregister angegebene Adresse zugesandt. Ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht weder bei der Ausgabe von Inhaberaktien noch bei der Ausgabe von Namensaktien. Die Arten der Aktien werden für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt angegeben.

2. Zum Zwecke der problemlosen Übertragbarkeit wird die Girosammelverwahrbarkeit der Aktien beantragt.

Sämtliche Mitteilungen und Ankündigungen der Investmentgesellschaft an die Aktionäre können an die Anschrift gesandt werden, die in das Aktienregister eingetragen wurde. Falls ein Aktionär eine solche Anschrift nicht mitteilt, kann der Verwaltungsrat beschließen, dass eine entsprechende Notiz in das Aktienregister eingetragen wird. In diesem Falle wird der Aktionär solange behandelt als befände sich seine Anschrift am Sitz der Investmentgesellschaft bis der Aktionär der Investmentgesellschaft eine andere Anschrift mitteilt. Der Aktionär kann zu jeder Zeit seine in dem Aktienregister eingetragene Anschrift, durch schriftliche Mitteilung an die Register- und Transferstelle an deren Gesellschaftssitz oder an eine vom Verwaltungsrat bestimmte Anschrift korrigieren.

3. Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, jederzeit eine unbegrenzte Anzahl voll einbezahlter Aktien auszugeben, ohne den bestehenden Aktionären ein Vorrecht zur Zeichnung neu auszugebender Aktien einzuräumen.

4. Aktienzertifikate werden von zwei Verwaltungsratsmitgliedern oder einem Verwaltungsratsmitglied und einem rechtmäßig vom Verwaltungsrat dazu ermächtigten Bevollmächtigten unterzeichnet. Unterschriften des Verwaltungsrates können entweder von Hand, in gedruckter Form oder mittels eines Namensstempels geleistet werden. Die Unterschrift eines Bevollmächtigten ist handschriftlich zu leisten.

5. Alle Aktien an einem Teilfonds haben grundsätzlich die gleichen Rechte, es sei denn der Verwaltungsrat beschließt, gemäß der nachfolgenden Ziffer dieses Artikels, innerhalb eines Teilfonds verschiedene Aktienklassen auszugeben.

6. Der Verwaltungsrat kann beschließen, innerhalb eines Teilfonds von Zeit zu Zeit zwei oder mehrere Aktienklassen vorzusehen. Die Aktienklassen können sich in ihren Merkmalen und Rechten nach der Art der Verwendung ihrer Erträge, nach der Gebührenstruktur oder anderen spezifischen Merkmalen und Rechten unterscheiden. Alle Aktien sind vom Tage ihrer Ausgabe an in gleicher Weise an Erträgen, Kursgewinnen und am Liquidationserlös ihrer jeweiligen Aktienklasse beteiligt. Sofern für die jeweiligen Teilfonds Aktienklassen gebildet werden, findet dies unter Angabe der spezifischen Merkmale oder Rechte im entsprechenden Anhang zum Verkaufsprospekt Erwähnung.

Art. 14. Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie.

1. Das Netto-Fondsvermögen der Investmentgesellschaft lautet auf Euro (EUR) („Referenzwährung“).

2. Der Wert einer Aktie („Nettoinventarwert pro Aktie“) lautet auf die im jeweiligen Anhang zum Verkaufsprospekt angegebene Währung („Teilfondswährung“).

3. Der Nettoinventarwert pro Aktie wird durch die Verwaltungsgesellschaft oder einem von ihr Beauftragten unter Aufsicht der Depotbank für jeden im Anhang des jeweiligen Teilfonds genannten Bewertungstag („Bewertungstag“), in-

sofern die Banken in Luxemburg an diesen Tagen für den täglichen Geschäftsverkehr geöffnet sind, jedoch mit Ausnahme des 24. und 31. Dezembers, ("Bankarbeitstag") ermittelt.

Der Verwaltungsrat kann jedoch beschließen den Nettoinventarwert pro Aktie für den 24. und 31. Dezember eines Jahres zu ermitteln, ohne dass es sich bei diesen Wertermittlungen um Berechnungen des Nettoinventarwertes pro Aktie an einem Bewertungstag im Sinne des vorstehenden Satz 1 dieser Ziffer 3 handelt. Folglich können die Aktionäre keine Ausgabe, Rücknahme und/oder Umtausch von Aktien auf Grundlage eines für den 24. Dezember und/oder 31. Dezember eines Jahres ermittelten Nettoinventarwertes pro Aktie verlangen. Der Verwaltungsrat kann für einzelne Teilfonds eine abweichende Regelung treffen, wobei zu berücksichtigen ist, dass der Nettoinventarwert pro Aktie mindestens zweimal im Monat zu berechnen ist.

4. Zur Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie wird der Wert der zu dem jeweiligen Teilfonds gehörenden Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten des jeweiligen Teilfonds („Netto-Teilfondsvermögen“) für jeden Bewertungstag ermittelt und durch die Anzahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Aktien des jeweiligen Teilfonds geteilt.

5. Soweit in Jahres- und Halbjahresberichten sowie sonstigen Finanzstatistiken aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder gemäß den Regelungen dieser Satzung Auskunft über die Situation des Fondsvermögens gegeben werden muss, werden die Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds in die Referenzwährung umgerechnet. Das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

a) Wertpapiere, die an einer Wertpapierbörse amtlich notiert sind, werden zu den am Bewertungstag zuletzt verfügbaren Kursen bewertet. Wird ein Wertpapier an mehreren Wertpapierbörsen amtlich notiert, ist der am Bewertungstag zuletzt verfügbare Kurs jener Börse maßgebend, die der Hauptmarkt für dieses Wertpapier ist.

b) Wertpapiere, die nicht an einer Wertpapierbörse amtlich notiert sind, die aber an einem geregelten Markt gehandelt werden, werden zu einem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Investmentgesellschaft für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere verkauft werden können.

c) OTC-Derivate werden auf einer von der Investmentgesellschaft festzulegenden und überprüfbar Bewertung auf Tagesbasis bewertet.

d) OGAW bzw. OGA werden zum letzten am Bewertungstag festgestellten und erhältlichen Rücknahmepreis bewertet. Falls für Investmentanteile die Rücknahme ausgesetzt ist oder keine Rücknahmepreise festgelegt werden, werden diese Anteile ebenso wie alle anderen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbar, Bewertungsregeln festlegt.

e) Falls die jeweiligen Kurse nicht marktgerecht sind und falls für andere als die unter Buchstabe a) und b) genannten Wertpapiere keine Kurse festgelegt wurden, werden diese Wertpapiere, ebenso wie die sonstigen gesetzlich zulässigen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Investmentgesellschaft nach Treu und Glauben auf der Grundlage des wahrscheinlich erreichbaren Verkaufswertes festlegt.

f) Die flüssigen Mittel werden zu deren Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet.

g) Der Marktwert von Wertpapieren und anderen Anlagen, die auf eine andere Währung als die jeweilige Teilfondswährung lauten, wird zum letzten Devisenmittelkurs in die entsprechende Teilfondswährung umgerechnet. Gewinne und Verluste aus Devisentransaktionen, werden jeweils hinzugerechnet oder abgesetzt.

Das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen wird um die Ausschüttungen reduziert, die gegebenenfalls an die Aktionäre des betreffenden Teilfonds gezahlt wurden.

6. Die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie erfolgt nach den vorstehend aufgeführten Kriterien für jeden Teilfonds separat. Soweit jedoch innerhalb eines Teilfonds Aktienklassen gebildet wurden, erfolgt die daraus resultierende Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie innerhalb des betreffenden Teilfonds nach den vorstehend aufgeführten Kriterien für jede Aktienklasse getrennt. Die Zusammenstellung und Zuordnung der Aktiva erfolgt immer pro Teilfonds.

Art. 15. Einstellung der Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie.

1. Die Investmentgesellschaft ist berechtigt, die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie zeitweilig einzustellen, wenn und solange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Aktionäre gerechtfertigt ist, insbesondere:

a) während der Zeit, in der eine Börse oder ein anderer geregelter Markt, an/auf welcher(m) ein wesentlicher Teil der Vermögenswerte notiert oder gehandelt werden, aus anderen Gründen als gesetzlichen oder Bankfeiertagen, geschlossen ist oder der Handel an dieser Börse bzw.

an dem entsprechenden Markt ausgesetzt bzw. eingeschränkt wurde; b) in Notlagen, wenn die Investmentgesellschaft über Teilfondsanlagen nicht verfügen kann oder es ihr unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie ordnungsgemäß durchzuführen. Die zeitweilige Einstellung der Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie innerhalb eines Teilfonds führt nicht zur zeitweiligen Einstellung hinsichtlich anderer Teilfonds, die von dem betreffenden Ereignis nicht berührt sind.

2. Aktionäre, welche einen Rücknahmeauftrag bzw. einen Umtauschantrag gestellt haben, werden von einer Einstellung der Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie unverzüglich benachrichtigt und nach Wiederaufnahme der Berech-

nung des Nettoinventarwertes pro Aktie unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt. Während die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie eingestellt ist, werden Rücknahmeaufträge bzw. Umtauschanträge nicht ausgeführt.

7. Rücknahmeaufträge bzw. Umtauschanträge können im Falle einer Einstellung der Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie vom Aktionär bis zum Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie widerrufen werden.

Art. 16. Ausgabe von Aktien.

1. Aktien werden an jedem Bewertungstag zum Ausgabepreis ausgegeben. Ausgabepreis ist der Nettoinventarwert pro Aktie gemäß Artikel 14 Nr. 4 der Satzung, zuzüglich eines Ausgabeaufschlages zugunsten der Vertriebsstelle, dessen maximale Höhe für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt ist.

Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in den jeweiligen Vertriebsländern anfallen.

Zeichnungsanträge können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, der Register- und Transferstelle, der Vertriebsstelle und den Zahlstellen eingereicht werden. Diese entgegennehmenden Stellen sind zur unverzüglichen Weiterleitung der Zeichnungsanträge an die Register- und Transferstelle bzw. die Depotbank verpflichtet. Maßgeblich für den Eingang des Zeichnungsauftrages ist im Falle von Namenaktien, der Eingang bei der Register- und Transferstelle. Im Falle von Inhaberaktien ist der Eingang bei der Depotbank maßgeblich. Diese nehmen die Zeichnungsanträge im Auftrag der Investmentgesellschaft an.

Vollständige Zeichnungsanträge, welche bis zu dem im Verkaufsprospekt bestimmten Zeitpunkt eingegangen sind, werden zum Ausgabepreis des darauf folgenden Bewertungstages abgerechnet, sofern der Gegenwert der gezeichneten Aktien zur Verfügung steht. Die Investmentgesellschaft stellt auf jeden Fall sicher, dass die Ausgabe von Aktien auf der Grundlage eines dem Antragsteller vorher unbekanntes Nettoinventarwertes pro Aktie abgerechnet wird.

Sollte dennoch der Verdacht bestehen, dass ein Antragsteller Late-Trading betreibt, kann die Verwaltungsgesellschaft die Annahme des Zeichnungsantrages solange verweigern, bis der Antragsteller jegliche Zweifel in Bezug auf seinen Zeichnungsantrag ausgeräumt hat.

Vollständige Zeichnungsanträge, welche nach dem im Verkaufsprospekt bestimmten Zeitpunkt eingegangen sind, werden zum Ausgabepreis des übernächsten Bewertungstages abgerechnet, sofern der Gegenwert der gezeichneten Aktien zur Verfügung steht.

Sollte der Gegenwert der gezeichneten Aktien zum Zeitpunkt des Eingangs des vollständigen Zeichnungsantrages bei der Register- und Transferstelle nicht zur Verfügung stehen oder der Zeichnungsantrag fehlerhaft oder unvollständig sein, wird der Zeichnungsantrag als mit dem Datum bei der Register- und Transferstelle eingegangen betrachtet, an dem der Gegenwert der gezeichneten Aktien zur Verfügung steht bzw. der Zeichnungsantrag ordnungsgemäß vorliegt.

Der Ausgabepreis ist innerhalb der im entsprechenden Anhang des jeweiligen Teilfonds angegebenen Anzahl von Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag in der jeweiligen Teilfondswährung bei der Depotbank in Luxemburg zahlbar.

Sofern der Gegenwert aus dem Fondsvermögen, insbesondere aufgrund eines Widerrufs, der Nichteinlösung einer Lastschrift oder aus anderen Gründen, abfließt, nimmt die Verwaltungsgesellschaft die jeweiligen Aktien im Interesse des Fonds zurück. Etwaige, sich auf das Fondsvermögen negativ auswirkende, aus der Rücknahme der Aktien resultierende Differenzen hat der Antragsteller zu tragen. Fälle des Widerrufs aufgrund Verbraucherschutzrechtlicher Regelungen sind von dieser Regelung nicht erfasst.

Die Aktien werden bei Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank im Auftrag der Investmentgesellschaft von der Depotbank übertragen, indem sie der Stelle gutgeschrieben werden, bei der der Zeichner sein Depot unterhält.

Art. 17. Beschränkung und Einstellung der Ausgabe von Aktien.

1. Die Investmentgesellschaft kann jederzeit aus eigenem Ermessen ohne Angabe von Gründen einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Aktien zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen oder Aktien einseitig gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurücknehmen, wenn dies im Interesse der Aktionäre, im öffentlichen Interesse, zum Schutz der Investmentgesellschaft bzw. des jeweiligen Teilfonds oder der Aktionäre erforderlich erscheint insbesondere wenn:

- a) ein Verdachtsfall besteht, dass durch den jeweiligen Anteilinhaber mit dem Erwerb der Anteile das „Market Timing“, das „Late Trading“ oder sonstige Markttechniken betrieben werden, die der Gesamtheit der Anleger schaden können,
- b) der Anleger nicht die Bedingung für einen Erwerb der Anteile erfüllt oder
- c) die Anteile in einem Staat vertrieben oder in einem solchen Staat von einer Person erworben worden sind, in dem der Fonds zum Vertrieb oder der Erwerb von Anteilen an solche Personen nicht zugelassen ist.

2. In diesem Fall wird die Register- und Transferstelle, betreffend Namensaktien, und die Depotbank, betreffend Inhaberaktien, auf nicht bereits ausgeführte Zeichnungsanträge eingehende Zahlungen ohne Zinsen unverzüglich zurückerstatten.

3. Die Ausgabe von Aktien wird insbesondere dann zeitweilig eingestellt, wenn die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Aktie eingestellt wird.

4. Des Weiteren kann der Verwaltungsrat den Besitz von Aktien durch jede Person, die in den Vereinigten Staaten von Amerika („USA“) steuerpflichtig ist einschränken oder verbieten. Als in den USA steuerpflichtige natürliche Personen werden bspw. diejenigen betrachtet, die,

- a) in den USA oder einem ihrer Territorien bzw. Hoheitsgebiete geboren wurden,
- b) eingebürgerte Staatsangehörige sind (bzw. Green Card Holder),
- c) im Ausland als Kind eines Staatsangehörigen der USA geboren wurden,
- d) ohne Staatsangehöriger der USA zu sein, sich überwiegend in den USA aufhalten oder
- e) mit einem Staatsangehörigen der USA verheiratet sind.

Als in den USA steuerpflichtige juristische Personen werden bspw. Betrachtet a) Gesellschaften und Kapitalgesellschaften, die unter den Gesetzen eines der 50 US- Bundesstaaten oder des District of Columbia gegründet wurden,

b) eine Gesellschaft oder Personengesellschaft, die unter einem „Act of Congress“ gegründet wurde oder c) ein Pensionsfond, der als US-Trust gegründet wurde.

Art. 18. Rücknahme und Umtausch von Aktien.

1. Die Aktionäre sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Aktien zum Nettoinventarwert pro Aktie gemäß Artikel 14 Nr. 4 der Satzung, gegebenenfalls abzüglich eines etwaigen Rücknahmeabschlages („Rücknahmepreis“) zu beantragen. Diese Rücknahme erfolgt nur an einem Bewertungstag. Sollte ein Rücknahmeabschlag erhoben werden, so ist dessen maximale Höhe für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt angegeben.

Der Rücknahmepreis vermindert sich in bestimmten Ländern um dort anfallende Steuern und andere Belastungen. Mit Auszahlung des Rücknahmepreises erlischt die entsprechende Aktie.

2. Die Auszahlung des Rücknahmepreises sowie etwaige sonstige Zahlungen an die Aktionäre erfolgen über die Depotbank sowie über die Zahlstellen.

Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, z.B. devisenrechtliche Vorschriften oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände, die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers verbieten.

Die Investmentgesellschaft kann Aktien einseitig gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Aktionäre oder zum Schutz der Aktionäre oder eines Teilfonds erforderlich erscheint.

3. Der Umtausch sämtlicher Aktien oder eines Teils derselben in Aktien eines anderen Teilfonds erfolgt auf der Grundlage des maßgeblichen Nettoinventarwertes pro Aktie der betreffenden Teilfonds unter Berücksichtigung einer Umtauschprovision zugunsten der Vertriebsstelle in Höhe von generell 1% des Nettoinventarwertes pro Aktie der zu zeichnenden Aktien, mindestens jedoch in Höhe der Differenz des Ausgabeaufschlags des Teilfonds der umzutauschenden Aktien zu dem Ausgabeaufschlag des Teilfonds in welchen ein Umtausch erfolgt. Falls ein Umtausch von Aktien nicht möglich ist oder keine Umtauschprovision erhoben wird, wird dies für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt erwähnt.

Sofern unterschiedliche Aktienklassen innerhalb eines Teilfonds angeboten werden und der den jeweiligen Teilfonds betreffende Anhang zum Verkaufsprospekt nichts Gegenteiliges vorsieht, ist auch ein Umtausch von Aktien einer Aktienklasse in Aktien einer anderen Aktienklasse innerhalb des Teilfonds möglich. In diesem Falle wird keine Umtauschprovision erhoben.

Die Investmentgesellschaft kann für den jeweiligen Teilfonds jederzeit einen Umtauschantrag zurückweisen, wenn dies im Interesse der Investmentgesellschaft bzw. des Teilfonds oder im Interesse der Aktionäre geboten erscheint.

4. Vollständige Rücknahmeaufträge bzw. Umtauschanträge für die Rücknahme bzw. den Umtausch können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, der Register- und Transferstelle, der Vertriebsstelle und den Zahlstellen eingereicht werden. Diese entgegennehmenden Stellen sind zur unverzüglichen Weiterleitung der Rücknahmeaufträge bzw. Umtauschanträge an die Register- und Transferstelle bzw. die Depotbank verpflichtet. Maßgeblich für den Eingang ist im Falle von Namenaktien, der Eingang bei der Register- und Transferstelle. Im Falle von Inhaberaktien ist der Eingang bei der Depotbank maßgeblich.

Ein Rücknahmeauftrag bzw. ein Umtauschantrag für die Rücknahme bzw. den Umtausch ist dann vollständig, wenn er den Namen und die Anschrift des Aktionärs sowie die Anzahl bzw. den Gegenwert der zurückzugebenden oder umzutauschenden Aktien und den Namen des Teilfonds angibt, und wenn er von dem entsprechenden Aktionär unterschrieben ist.

Vollständige Rücknahmeaufträge bzw. vollständige Umtauschanträge, welche bis zu dem im Verkaufsprospekt bestimmten Zeitpunkt eingegangen sind, werden zum Nettoinventarwert pro Aktie des darauf folgenden Bewertungstages, abzüglich eines etwaigen Rücknahmeabschlages bzw. unter Berücksichtigung der Umtauschprovision, abgerechnet. Die Investmentgesellschaft stellt auf jeden Fall sicher, dass die Rücknahme bzw. der Umtausch von Aktien auf der Grundlage eines dem Aktionär vorher unbekanntes Nettoinventarwertes pro Aktie abgerechnet wird.

Vollständige Rücknahmeaufträge bzw. vollständige Umtauschanträge, welche nach einem im Verkaufsprospekt bestimmten Zeitpunkt eingegangen sind, werden zum Nettoinventarwert pro Aktie des übernächsten Bewertungstages, abzüglich eines etwaigen Rücknahmeabschlages bzw. unter Berücksichtigung der Umtauschprovision, abgerechnet.

Die Auszahlung des Rücknahmepreises erfolgt innerhalb der im Anhang des jeweiligen Teilfonds angegebenen Anzahl von Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag in der jeweiligen Teilfondswährung.

Im Fall von Namensaktien erfolgt die Auszahlung auf ein vom Aktionär anzugebendes Konto.

Sich aus dem Umtausch von Inhaberaktien ergebende Spitzenbeträge werden von der Depotbank in bar ausgeglichen.

5. Die Investmentgesellschaft ist berechtigt, die Rücknahme bzw. den Umtausch von Aktien wegen einer Einstellung der Berechnung des Nettoinventarwertes zeitweilig einzustellen.

5. Die Investmentgesellschaft ist nach vorheriger Genehmigung durch die Depotbank unter Wahrung der Interessen der Aktionäre berechtigt, erhebliche Rücknahmen erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds ohne Verzögerung verkauft wurden. In diesem Falle erfolgt die Rücknahme zum dann geltenden Rücknahmepreis. Entsprechendes gilt für Anträge auf Umtausch von Aktien. Die Investmentgesellschaft achtet aber darauf, dass dem jeweiligen Teilfondsvermögen ausreichende flüssige Mittel zur Verfügung stehen, damit eine Rücknahme bzw. der Umtausch von Aktien auf Antrag von Aktionären unter normalen Umständen unverzüglich erfolgen kann.

V. Generalversammlung

Art. 19. Rechte der Generalversammlung. Die ordnungsgemäß einberufene Generalversammlung vertritt alle Aktionäre der Investmentgesellschaft. Sie hat die weitesten Befugnisse, um alle Handlungen der Investmentgesellschaft anzuordnen oder zu bestätigen. Ihre Beschlüsse sind bindend für alle Aktionäre, sofern diese Beschlüsse in Übereinstimmung mit dem Luxemburger Gesetz und dieser Satzung stehen, insbesondere sofern sie nicht in die Rechte der getrennten Versammlungen der Aktionäre einer bestimmten Aktienklasse oder eines bestimmten Teilfonds eingreifen.

Art. 20. Einberufung.

1. Die jährliche Generalversammlung wird gemäß dem Luxemburger Gesetz in Luxemburg, am Gesellschaftssitz oder an jedem anderen Ort der Gemeinde, in der sich der Gesellschaftssitz befindet, der in der Einberufung festgelegt wird, am dritten Freitag im Juli eines jeden Jahres um 14.00 Uhr abgehalten. Falls dieser Tag ein Bankfeiertag in Luxemburg ist, wird die jährliche Generalversammlung am ersten nachfolgenden Bankarbeitstag abgehalten.

Die jährliche Generalversammlung kann im Ausland abgehalten werden, wenn der Verwaltungsrat nach seinem Ermessen feststellt, dass außergewöhnliche Umstände dies erfordern. Eine derartige Entscheidung des Verwaltungsrates ist unanfechtbar.

2. Die Aktionäre kommen außerdem aufgrund einer den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Einberufung des Verwaltungsrates zusammen. Sie kann auch auf Antrag von Aktionären, welche mindestens ein Fünftel des Fondsvermögens der Investmentgesellschaft repräsentieren, zusammentreten. Die Tagesordnung wird vom Verwaltungsrat vorbereitet, außer in den Fällen, in denen die Generalversammlung auf schriftlichen Antrag der Aktionäre zusammentritt; in solchen Fällen kann der Verwaltungsrat eine zusätzliche Tagesordnung vorbereiten.

3. Außerordentliche Generalversammlungen können zu der Zeit und an dem Orte abgehalten werden, wie es in der Einberufung zur jeweiligen außerordentlichen Generalversammlung angegeben ist.

4. Die oben unter 2. und 3. aufgeführten Regeln gelten entsprechend für getrennte Generalversammlungen einer oder mehrerer Teilfonds oder Aktienklassen.

Art. 21. Beschlussfähigkeit und Abstimmung. Der Ablauf der Generalversammlungen bzw. der getrennten Generalversammlungen einer oder mehrerer Teilfonds oder Aktienklasse(n) muss, soweit es die vorliegende Satzung nicht anders bestimmt, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.

Grundsätzlich ist jeder Aktionär an den Generalversammlungen teilnahmeberechtigt. Jeder Aktionär kann sich vertreten lassen, indem er eine andere Person schriftlich als seinen Bevollmächtigten bestimmt. An für einzelne Teilfonds oder Aktienklassen stattfindenden Generalversammlungen, die ausschließlich die jeweiligen Teilfonds oder Aktienklassen betreffende Beschlüsse fassen können, dürfen nur diejenigen Aktionäre teilnehmen, die Aktien der entsprechenden Teilfonds oder Aktienklassen halten.

Die Vollmachten, deren Form vom Verwaltungsrat festgelegt werden kann, müssen mindestens fünf Tage vor der Generalversammlung am Gesellschaftssitz hinterlegt werden.

Alle anwesenden Aktionäre und Bevollmächtigte müssen sich vor Eintritt in die Generalversammlungen in die vom Verwaltungsrat aufgestellte Anwesenheitsliste einschreiben.

Die Generalversammlung entscheidet über alle im Gesetz vom 10. August 1915 sowie im Gesetz von Dezember 2010, vorgesehenen Angelegenheiten, und zwar in den Formen, mit dem Quorum und den Mehrheiten, die von den vorgenannten Gesetzen vorgesehen sind. Sofern die vorgenannten Gesetze oder die vorliegende Satzung nichts Gegenteiliges anordnen, werden die Entscheidungen der ordnungsgemäß einberufenen Generalversammlung durch einfache Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Aktionäre gefasst.

Jede Aktie gibt das Recht auf eine Stimme. Aktienbruchteile sind nicht stimmberechtigt. Bei Fragen, welche die Investmentgesellschaft als Ganzes betreffen, stimmen die Aktionäre gemeinsam ab. Eine getrennte Abstimmung erfolgt jedoch bei Fragen, die nur einen oder mehrere Teilfonds oder eine oder mehrere Aktienklasse(n) betreffen.

Art. 22. Vorsitzender, Stimmzähler, Sekretär.

1. Die Generalversammlung tritt unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder, im Falle seiner Abwesenheit, unter dem Vorsitz eines von der Generalversammlung gewählten Vorsitzenden zusammen.

2. Der Vorsitzende bestimmt einen Sekretär, der nicht notwendigerweise Aktionär sein muss, und die Generalversammlung ernennt unter den anwesenden und dies annehmenden Aktionären oder den Vertretern der Aktionäre einen Stimmzähler.

3. Die Protokolle der Generalversammlung werden von dem Vorsitzenden, dem Stimmzähler und dem Sekretär der jeweiligen Generalversammlung und den Aktionären, die dies verlangen, unterschrieben.

4. Abschriften und Auszüge, die von der Investmentgesellschaft zu erstellen sind, werden vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder von zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterschrieben.

VI. Verwaltungsrat

Art. 23. Zusammensetzung.

1. Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die von der Generalversammlung bestimmt werden und die nicht Aktionäre der Investmentgesellschaft sein müssen.

Auf der Generalversammlung kann ein neues Mitglied, das dem Verwaltungsrat bislang nicht angehört hat, nur dann zum Verwaltungsratsmitglied gewählt werden, wenn

a) diese betreffende Person vom Verwaltungsrat zur Wahl vorgeschlagen wird oder

b) ein Aktionär, der bei der anstehenden Generalversammlung, die den Verwaltungsrat bestimmt, voll stimmberechtigt ist, dem Vorsitzenden -oder wenn dies unmöglich sein sollte, einem anderen Verwaltungsratsmitglied - schriftlich nicht weniger als sechs und nicht mehr als dreißig Tage vor dem für die Generalversammlung vorgesehenen Datum seine Absicht unterbreitet, eine andere Person als seiner selbst zur Wahl oder zur Wiederwahl vorzuschlagen, zusammen mit einer schriftlichen Bestätigung dieser Person, sich zur Wahl stellen zu wollen, wobei jedoch der Vorsitzende der Generalversammlung unter der Voraussetzung einstimmiger Zustimmung aller anwesenden Aktionäre den Verzicht auf die oben aufgeführten Erklärungen beschließen kann und die solcherweise nominierte Person zur Wahl vorschlagen kann.

2. Die Generalversammlung bestimmt die Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder sowie die Dauer ihrer Mandate. Eine Mandatsperiode darf die Dauer von sechs Jahren nicht überschreiten. Ein Verwaltungsratsmitglied kann wieder gewählt werden.

3. Scheidet ein Verwaltungsratsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit aus, so können die verbleibenden von der Generalversammlung ernannten Mitglieder des Verwaltungsrates bis zur nächstfolgenden Generalversammlung einen vorläufigen Nachfolger bestimmen. Der so bestimmte Nachfolger führt die Amtszeit seines Vorgängers zu Ende.

4. Die Verwaltungsratsmitglieder können jederzeit von der Generalversammlung abberufen werden.

Art. 24. Befugnisse. Der Verwaltungsrat hat die Befugnis, alle Geschäfte zu tätigen und alle Handlungen vorzunehmen, die zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks notwendig oder nützlich sind. Er ist zuständig für alle Angelegenheiten der Investmentgesellschaft, soweit sie nicht nach dem Gesetz vom 10. August 1915 oder nach dieser Satzung der Generalversammlung vorbehalten sind. Der Verwaltungsrat hat darüber hinaus die Befugnis Interimdividenden auszuschütten.

Art. 25. Interne Organisation des Verwaltungsrates. Der Verwaltungsrat ernennt unter seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden. Der Verwaltungsratsvorsitzende steht den Sitzungen des Verwaltungsrates vor; in seiner Abwesenheit bestimmt der Verwaltungsrat ein anderes Verwaltungsratsmitglied als Sitzungsvorsitzenden.

Der Vorsitzende kann einen Sekretär ernennen, der nicht notwendigerweise Mitglied des Verwaltungsrates zu sein braucht und der die Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates und der Generalversammlung zu erstellen hat.

Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, eine Verwaltungsgesellschaft, einen Fondsmanager, Anlageberater sowie Anlageausschüsse für die jeweiligen Teilfonds zu ernennen und deren Befugnisse festzulegen.

Art. 26. Verwaltungsgesellschaft. Der Verwaltungsrat der Investmentgesellschaft kann unter eigener Verantwortung eine Verwaltungsgesellschaft mit der Anlageverwaltung, der Administration sowie dem Vertrieb der Aktien der Investmentgesellschaft betrauen.

Die Verwaltungsgesellschaft ist für die Verwaltung und Geschäftsführung der Investmentgesellschaft verantwortlich. Sie darf für Rechnung der Investmentgesellschaft alle Geschäftsführungs- und Verwaltungsmaßnahmen und alle unmittelbar oder mittelbar mit dem Fondsvermögen bzw. dem Teilfondsvermögen verbundenen Rechte ausüben, insbesondere ihre Aufgaben an qualifizierte Dritte ganz oder teilweise auf eigene Kosten übertragen.

Sofern die Verwaltungsgesellschaft die Anlageverwaltung auf einen Dritten auslagert, so darf nur ein Unternehmen benannt werden, das für die Ausübung der Vermögensverwaltung zugelassen oder eingetragen ist und einer Aufsicht unterliegt.

Die Verwaltungsgesellschaft erfüllt ihre Verpflichtungen mit der Sorgfalt eines bezahlten Bevollmächtigten.

Die Anlageentscheidung, die Ordererteilung und die Auswahl der Broker sind ausschließlich der Verwaltungsgesellschaft vorbehalten, sofern kein Fondsmanager mit der Anlagenverwaltung beauftragt wurde.

Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, unter Wahrung ihrer eigenen Verantwortung und Kontrolle einen Dritten zur Ordererteilung zu bevollmächtigen.

Die Übertragung der Aufgaben darf die Wirksamkeit der Beaufsichtigung durch die Verwaltungsgesellschaft in keiner Weise beeinträchtigen. Insbesondere darf die Verwaltungsgesellschaft durch die Übertragung der Aufgaben nicht daran gehindert werden, im Interesse der Aktionäre zu handeln und dafür zu sorgen, dass die Investmentgesellschaft im besten Interesse der Aktionäre verwaltet wird.

Art. 27. Fondsmanager. Aufgabe des Fondsmanagers ist insbesondere die tägliche Umsetzung der Anlagepolitik des jeweiligen Teilfondsvermögens und die Führung der Tagesgeschäfte der Vermögensverwaltung unter der Aufsicht, Verantwortung und Kontrolle der Verwaltungsgesellschaft sowie andere damit verbundene Dienstleistungen zu erbringen. Die Erfüllung dieser Aufgaben erfolgt unter Beachtung der Grundsätze der Anlagepolitik und der Anlagebeschränkungen des jeweiligen Teilfonds, wie sie in diesem Verkaufsprospekt (nebst Satzung und Anhang) beschrieben sind, sowie der gesetzlichen Anlagebeschränkungen.

Der Fondsmanager muss über eine Zulassung zur Vermögensverwaltung verfügen und einer Aufsicht unterliegen.

Der Fondsmanager ist befugt, Makler sowie Broker zur Abwicklung von Transaktionen in den Vermögenswerten der Investmentgesellschaft auszuwählen. Die Anlageentscheidung und die Ordererteilung obliegen dem Fondsmanager.

Der Fondsmanager hat das Recht, sich auf eigene Kosten und Verantwortung von Dritten, insbesondere von verschiedenen Anlageberatern, beraten zu lassen.

Es ist dem Fondsmanager gestattet, seine Aufgaben mit Genehmigung der Verwaltungsgesellschaft ganz oder teilweise an Dritte, deren Vergütung ganz zu seinen Lasten geht, auszulagern.

Der Fondsmanager trägt alle Aufwendungen, die ihm in Verbindung mit den von ihm für die Investmentgesellschaft geleisteten Dienstleistungen entstehen. Maklerprovisionen, Transaktionsgebühren und andere im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögenswerten anfallende Geschäftskosten werden von dem jeweiligen Teilfonds getragen.

Art. 28. Anlageberater und Anlageausschuss. Die Verwaltungsgesellschaft oder der Fondsmanager können unter eigener Verantwortung und auf eigene Kosten Anlageberater hinzuziehen, insbesondere sich durch einen Anlageausschuss beraten lassen.

Der Anlageberater hat das Recht, sich auf eigene Kosten und Verantwortung von Dritten beraten zu lassen. Er ist jedoch nicht berechtigt, ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft, die Erfüllung seiner Aufgaben einem Dritten zu übertragen. Sofern der Anlageberater seine Aufgaben mit vorheriger Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft einem Dritten übertragen hat, so hat der Anlageberater die dafür entstehenden Kosten selbst zu tragen. In diesem Fall wird der Verkaufsprospekt entsprechend angepasst.

Art. 29. Häufigkeit und Einberufung. Der Verwaltungsrat tritt, auf Einberufung des Vorsitzenden oder zweier Verwaltungsratsmitglieder an dem in der Einladung angegebenen Ort, so oft zusammen, wie es die Interessen der Investmentgesellschaft erfordern, mindestens jedoch einmal im Jahr.

Die Verwaltungsratsmitglieder werden mindestens 48 (achtundvierzig) Stunden vor der Sitzung des Verwaltungsrates schriftlich einberufen, es sei denn die Wahrung der vorgenannten Frist ist aufgrund von Dringlichkeit unmöglich. In diesen Fällen sind Art und Gründe der Dringlichkeit im Einberufungsschreiben anzugeben.

Ein Einberufungsschreiben ist, sofern jedes Verwaltungsratsmitglied sein Einverständnis schriftlich, mittels Brief oder Telefax gegeben hat, nicht erforderlich.

Eine gesonderte Einberufung ist nicht erforderlich, wenn eine Sitzung des Verwaltungsrates zu einem Termin und an einem Ort stattfindet, die in einem im Voraus vom Verwaltungsrat gefassten Beschluss festgelegt sind.

Art. 30. Sitzungen des Verwaltungsrates. Jedes Verwaltungsratsmitglied kann an jeder Sitzung des Verwaltungsrates teilhaben, auch indem es schriftlich, mittels Brief oder Telefax ein anderes Verwaltungsratsmitglied als seinen Bevollmächtigten ernennt.

Darüber hinaus kann jedes Verwaltungsratsmitglied an einer Sitzung des Verwaltungsrates im Wege einer telefonischen Konferenzschaltung oder durch ähnliche Kommunikationsmittel, welche ermöglichen, dass sämtliche Teilnehmer an der Sitzung des Verwaltungsrates einander hören können, teilnehmen. Diese Art der Teilnahme steht einer persönlichen Teilnahme an dieser Sitzung des Verwaltungsrates gleich.

Der Verwaltungsrat ist nur beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Verwaltungsratsmitglieder bei der Sitzung des Verwaltungsrates zugegen oder vertreten ist. Die Beschlüsse werden durch einfache Mehrheit der Stimmen der anwesenden bzw. vertretenen Verwaltungsratsmitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Sitzungsvorsitzenden ausschlaggebend.

Die Verwaltungsratsmitglieder können, mit Ausnahme von im Umlaufverfahren gefassten Beschlüssen, wie nachfolgend beschrieben, nur im Rahmen von Sitzungen des Verwaltungsrates der Investmentgesellschaft, die ordnungsgemäß einberufen worden sind, Beschlüsse fassen. Die Verwaltungsratsmitglieder können einstimmig Beschlüsse im Umlaufverfahren fassen. In diesem Falle sind die von allen Verwaltungsratsmitgliedern unterschriebenen Beschlüsse gleichermaßen gültig und vollzugsfähig wie solche, die während einer ordnungsgemäß einberufenen und abgehaltenen Sitzung des Verwal-

tungsrates gefasst wurden. Diese Unterschriften können auf einem einzigen Dokument oder auf mehreren Kopien desselben Dokumentes gemacht werden und können mittels Brief oder Telefax eingeholt werden.

Der Verwaltungsrat kann seine Befugnisse und Pflichten der täglichen Verwaltung an juristische oder natürliche Personen, die nicht Mitglieder des Verwaltungsrates sein müssen, delegieren und diesen für ihre Tätigkeiten Gebühren und Provisionen zahlen, die im einzelnen in Artikel 38 beschrieben sind.

Art. 31. Protokolle. Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden in Protokollen festgehalten, die in ein diesbezügliches Register eingetragen und vom Sitzungsvorsitzenden und vom Sekretär unterschrieben werden.

Abschriften und Auszüge dieser Protokolle werden vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder von zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterschrieben.

Art. 32. Zeichnungsbefugnis. Die Investmentgesellschaft wird durch die Unterschrift von zwei Verwaltungsratsmitgliedern rechtlich gebunden. Der Verwaltungsrat kann ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglied(er) ermächtigen, die Investmentgesellschaft durch Einzelunterschrift zu vertreten. Daneben kann der Verwaltungsrat andere juristische oder natürliche Personen ermächtigen, die Investmentgesellschaft entweder durch Einzelunterschrift oder gemeinsam mit einem Verwaltungsratsmitglied oder einer anderen vom Verwaltungsrat bevollmächtigten juristischen oder natürlichen Person rechtsgültig zu vertreten.

Art. 33. Unvereinbarkeitsbestimmungen. Kein Vertrag, kein Vergleich oder sonstiges Rechtsgeschäft, das die Investmentgesellschaft mit anderen Gesellschaften schließt, wird durch die Tatsache beeinträchtigt oder ungültig, dass ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder, Direktoren, Geschäftsführer oder Bevollmächtigte der Investmentgesellschaft irgendwelche Interessen in oder Beteiligungen an irgendeiner anderen Gesellschaft haben, oder durch die Tatsache, dass sie Verwaltungsratsmitglied, Teilhaber, Direktor, Geschäftsführer, Bevollmächtigter oder Angestellter der anderen Gesellschaft sind.

Dieses(r) Verwaltungsratsmitglied, Direktor, Geschäftsführer oder Bevollmächtigter der Investmentgesellschaft, welches(r) zugleich Verwaltungsratsmitglied, Direktor, Geschäftsführer Bevollmächtigter oder Angestellter einer anderen Gesellschaft ist, mit der die Investmentgesellschaft Verträge abgeschlossen hat oder mit der sie in einer anderen Weise in geschäftlichen Beziehungen steht, wird dadurch nicht das Recht verlieren, zu beraten, abzustimmen und zu handeln, was die Angelegenheiten, die mit einem solchen Vertrag oder solchen Geschäften in Verbindung stehen, anbetrifft.

Falls aber ein Verwaltungsratsmitglied, Direktor oder Bevollmächtigter ein persönliches Interesse in irgendwelcher Angelegenheit der Investmentgesellschaft hat, muss dieses Verwaltungsratsmitglied, Direktor oder Bevollmächtigter der Investmentgesellschaft den Verwaltungsrat über dieses persönliche Interesse informieren, und er wird weder mit beraten noch am Votum über diese Angelegenheit teilnehmen. Ein Bericht über diese Angelegenheit und über das persönliche Interesse des Verwaltungsratsmitgliedes, Direktors oder Bevollmächtigten muss bei der nächsten Generalversammlung erstattet werden.

Der Begriff „persönliches Interesse“, wie er im vorstehenden Absatz verwendet wird, findet keine Anwendung auf jedwede Beziehung und jedwedes Interesse, die nur deshalb entstehen, weil das Rechtsgeschäft zwischen der Investmentgesellschaft einerseits und dem Fondsmanager, der Zentralverwaltungsstelle, der Register- und Transferstelle, der oder den Vertriebsstellen (bzw. ein mit diesen mittelbar oder unmittelbar verbundenes Unternehmen) oder jeder anderen von der Investmentgesellschaft benannten Gesellschaft andererseits geschlossen wird. Die vorhergehenden Bestimmungen sind in Fällen, in denen die Depotbank Partei eines solchen Vertrages, Vergleiches oder sonstigen Rechtsgeschäftes ist, nicht anwendbar.

Art. 34. Schadloshaltung. Die Investmentgesellschaft verpflichtet sich, jedes(n) der Verwaltungsratsmitglieder, Direktoren, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten, ihre Erben, Testamentsvollstrecker und Verwalter schadlos zu halten gegen alle Klagen, Forderungen und Haftungen irgendwelcher Art, sofern die Betroffenen ihre Verpflichtungen ordnungsgemäß erfüllt haben, und diese für sämtliche Kosten, Ausgaben und Verbindlichkeiten, die anlässlich solcher Klagen, Verfahren, Forderungen und Haftungen entstanden sind, zu entschädigen.

Das Recht auf Entschädigung schließt andere Rechte zugunsten des Verwaltungsratsmitgliedes, Direktors, Geschäftsführers oder Bevollmächtigten nicht aus.

VII. Wirtschaftsprüfer

Art. 35. Wirtschaftsprüfer. Die Kontrolle der Jahresberichte der Investmentgesellschaft ist einer Wirtschaftsprüfergesellschaft bzw. einem oder mehreren Wirtschaftsprüfer(n) zu übertragen, die im Großherzogtum Luxemburg zugelassen ist/ sind und von der Generalversammlung ernannt wird/ werden.

Der/ die Wirtschaftsprüfer ist/ sind für eine Dauer von bis zu sechs Jahren ernannt und kann/ können jederzeit von der Generalversammlung aberufen werden.

VIII. Allgemeines und Schlussbestimmungen

Art. 36. Verwendung der Erträge.

1. Der Verwaltungsrat kann die in einem Teilfonds erwirtschafteten Erträge an die Aktionäre dieses Teilfonds ausschütten oder diese Erträge in dem jeweiligen Teilfonds thesaurieren. Dies findet für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zu dem Verkaufsprospekt Erwähnung.

2. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kursgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Kursgewinne, sonstige Aktiva sowie, in Ausnahmefällen, auch Kapitalanteile zur Ausschüttung gelangen, sofern das Netto-Fondsvermögen aufgrund der Ausschüttung nicht unter die Mindestgrenze gemäß Artikel 12 dieser Satzung sinkt.

3. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Aktien ausgezahlt. Ausschüttungen können ganz oder teilweise in Form von Gratisaktien vorgenommen werden. Eventuell verbleibende Bruchteile können bar ausgezahlt werden. Erträge, die fünf Jahre nach Veröffentlichung einer Ausschüttungserklärung nicht geltend gemacht wurden, verfallen zugunsten des jeweiligen Teilfonds.

4. Ausschüttungen an Inhaber von Namensaktien erfolgen grundsätzlich durch die Reinvestition des Ausschüttungsbetrages zu Gunsten des Inhabers von Namensaktien. Sofern dies nicht gewünscht ist, kann der Inhaber von Namensaktien innerhalb von zehn Tagen nach Zugang der Mitteilung über die Ausschüttung bei der Register- und Transferstelle die Auszahlung auf das von ihm angegebene Konto beantragen. Ausschüttungen an Inhaber von Inhaberaktien erfolgen in der gleichen Weise wie die Auszahlung des Rücknahmepreises an die Inhaber von Inhaberaktien.

5. Sofern effektive Stücke ausgegeben wurden, erfolgt die Auszahlung der Ausschüttungen gegen Vorlage des jeweiligen Ertragssscheins bei den von der Investmentgesellschaft benannten Zahlstellen. Ausschüttungen, die erklärt, aber nicht auf eine ausschüttende Inhaberaktie ausgezahlt wurden, insbesondere wenn, im Zusammenhang mit effektiven Stücken, kein Ertragschein vorgelegt wurde, können nach Ablauf eines Zeitraums von fünf Jahren ab der erfolgten Zahlungserklärung, vom Aktionär einer solchen Aktie nicht mehr eingefordert werden und werden dem jeweiligen Teilfondsvermögen der Investmentgesellschaft gutgeschrieben und, sofern Aktienklassen gebildet wurden, der jeweiligen Aktienklasse zugerechnet. Auf erklärte Ausschüttungen werden vom Zeitpunkt Ihrer Fälligkeit an keine Zinsen bezahlt.

Art. 37. Berichte. Der Verwaltungsrat erstellt für die Investmentgesellschaft einen geprüften Jahresbericht sowie einen Halbjahresbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen im Großherzogtum Luxemburg.

1. Spätestens vier Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres veröffentlicht der Verwaltungsrat einen geprüften Jahresbericht entsprechend den Bestimmungen des Großherzogtums Luxemburg.

2. Zwei Monate nach Ende der ersten Hälfte des Geschäftsjahres veröffentlicht der Verwaltungsrat einen ungeprüften Halbjahresbericht.

3. Sofern dies für die Berechtigung zum Vertrieb in anderen Ländern erforderlich ist, können zusätzlich geprüfte und ungeprüfte Zwischenberichte erstellt werden.

Art. 38. Kosten. Der jeweilige Teilfonds trägt die folgenden Kosten, soweit sie im Zusammenhang mit seinem Vermögen entstehen:

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen eine Vergütung erhalten, deren maximale Höhe, Berechnung und Auszahlung für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt sind. Diese Vergütung versteht sich zuzüglich einer Mehrwertsteuer.

2. Sofern ein Fondsmanager vertraglich verpflichtet wurde, kann dieser aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen eine Vergütung erhalten, deren maximale Höhe, Berechnung und Auszahlung für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt sind. Diese Vergütung versteht sich zuzüglich einer etwaigen Mehrwertsteuer.

Daneben kann der Fondsmanager aus dem jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens eine wertentwicklungsorientierte Vergütung („Performance-Fee“) erhalten

Neben der Vergütung des Fondsmanagers wird dem jeweiligen Teilfondsvermögen mittelbar eine Verwaltungsvergütung für die in ihm enthaltenen Zielfonds berechnet. Soweit die Investmentgesellschaft Anteile eines Zielfonds erwirbt, der

a) von einer anderen Gesellschaft verwaltet wird, die mit der Investmentgesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, oder

b) vom Fondsmanager dieser Investmentgesellschaft oder bei dem der Fondsmanager dieser Investmentgesellschaft ebenfalls die Funktion des Fondsmanagers wahrnimmt oder von einer Gesellschaft verwaltet wird, bei der ein oder mehrere Mitglieder der Geschäftsleitung bzw. des Verwaltungsrates gleichzeitig Mitglieder der Geschäftsleitung bzw. des Verwaltungsrates der Investmentgesellschaft oder einer anderen Gesellschaft, die mit dem Fondsmanager dieser Investmentgesellschaft verbunden ist, sind dürfen dem jeweiligen Teilfondsvermögen keine Ausgabeaufschläge, Rücknahmeabschlüsse sowie keine Verwaltungsvergütung für die Zielfonds berechnet werden. Das Verbot gilt ferner im Falle der Anlage in Anteile an Zielfonds, die mit der Investmentgesellschaft in der vorstehenden Weise verbunden sind. Leistungsbezogene Vergütungen und Gebühren für das Fondsmanagement sowie für die Anlageberatung fallen ebenfalls unter den Begriff der „Verwaltungsvergütung“ und sind deshalb mit einzubeziehen. Bei der Verwaltungsvergütung kann das dadurch erreicht werden, dass der Fondsmanager seine Vergütungen für den auf Anteile an solchen verbundenen Zielfonds entfallenden Teil - gegebenenfalls bis zu ihrer gesamten Höhe - jeweils um die von den erworbenen Zielfonds berechnete Verwaltungsvergütung verkürzt.

Soweit einzelne Teilfonds jedoch in Zielfonds anlegen, die von anderen Gesellschaften aufgelegt und/ oder verwaltet werden, sind gegebenenfalls der jeweilige Ausgabeaufschlag bzw. eventuelle Rücknahmegebühren zu berücksichtigen. Im Übrigen ist zu berücksichtigen, dass zusätzlich zu den Kosten, die dem Teilfondsvermögen gemäß den Bestimmungen dieser Satzung und des Verkaufsprospektes (nebst Satzung und Anhang) belastet werden, Kosten für das Management

und die Verwaltung der Zielfonds, in welchen die einzelnen Teilfonds anlegen, sowie die Depotbankvergütung, die Kosten der Wirtschaftsprüfer, Steuern sowie sonstige Kosten und Gebühren, auf das Fondsvermögen dieser Zielfonds anfallen werden und somit eine Mehrfachbelastung mit gleichartigen Kosten entstehen kann.

3. Sofern ein Anlageberater vertraglich verpflichtet wurde, kann dieser eine Vergütung erhalten, deren maximale Höhe, Berechnung und Auszahlung für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt sind. Diese Vergütung versteht sich zuzüglich einer etwaigen Mehrwertsteuer.

Daneben kann der Anlageberater aus dem jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens eine wertentwicklungsorientierte Vergütung („Performance-Fee“) erhalten.

Diese Performance-Fee kann entweder auf den gesamten Nettowertzuwachs, oder den einen bestimmten Mindestprozentsatz oder eine Benchmark (die Wertentwicklung eines bestimmten Wertpapierindex im selben Zeitraum) übersteigenden Teil des Nettowertzuwachses gerechnet werden. In einem Geschäftsjahr netto erzielte Wertminderungen können auf das folgende Geschäftsjahr zum Zwecke der Berechnung der Performance-Fee vorgetragen werden, sofern dies im Anhang des jeweiligen Teilfonds vorgesehen ist. Die prozentuale Höhe sowie der Berechnungsmodus einer etwaigen Performance-Fee werden für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zu dem Verkaufsprospekt aufgeführt.

4. Die Depotbank und die Zentralverwaltungsstelle erhalten für die Erfüllung ihrer Aufgaben aus dem Depotbank- und dem Zentralverwaltungsvertrag eine in Luxemburg bankübliche Vergütung die monatlich nachträglich berechnet und monatlich nachträglich ausgezahlt wird. Diese Vergütungen verstehen sich zuzüglich einer etwaigen Mehrwertsteuer.

5. Die Register- und Transferstelle erhält für die Erfüllung ihrer Aufgaben aus dem Register- und Transferstellenvertrag eine in Luxemburg bankübliche Vergütung, die als Festbetrag je Anlagekonto bzw. je Konto mit Sparplan und/oder Entnahmeplan am Ende eines jeden Jahres aus dem Teilfondsvermögen zahlbar ist.

6. Sofern eine Vertriebsstelle vertraglich verpflichtet wurde, kann diese aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen eine Vergütung erhalten, deren maximale Höhe, Berechnung und Auszahlung für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt sind. Diese Vergütung versteht sich zuzüglich einer etwaigen Mehrwertsteuer.

7. Der jeweilige Teilfonds und / oder die Anteilklassen tragen neben den vorgenannten Kosten, die folgenden Kosten, soweit sie im Zusammenhang mit seinem Vermögen entstehen:

a) Kosten, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Veräußerung von Vermögensgegenständen anfallen, insbesondere bankübliche Spesen für Transaktionen in Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten und Rechten des Fonds bzw. eines Teilfonds und deren Verwahrung, die banküblichen Kosten für die Verwahrung von ausländischen Investmentanteilen im Ausland;

b) alle fremden Verwaltungs- und Verwahrungsgebühren, die von anderen Korrespondenzbanken und/oder Clearingstellen (z.B. Clearstream Banking S.A.) für die Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds in Rechnung gestellt werden, sowie alle fremden Abwicklungs-, Versand- und Versicherungsspesen, die im Zusammenhang mit den Wertpapiergeschäften des jeweiligen Teilfonds in Fondsanteilen anfallen;

c) die Transaktionskosten der Ausgabe und Rücknahme von Inhaberanteilen;

d) darüber hinaus werden der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, der Zentralverwaltungsstelle und der Register- und Transferstelle die im Zusammenhang mit dem jeweiligen Teilfondsvermögen anfallenden eigenen Auslagen und sonstigen Kosten sowie die durch die erforderliche Inanspruchnahme Dritter entstehenden Auslagen und sonstigen Kosten erstattet. Die Depotbank erhält des Weiteren bankübliche Spesen;

e) bankübliche Vergütungen im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Promotorenfunktion;

f) Steuern, die auf das Teilfondsvermögen bzw. Teilfondsvermögen, dessen Einkommen und die Auslagen zu Lasten des jeweiligen Teilfonds erhoben werden;

g) Kosten für die Rechtsberatung, die der Investmentgesellschaft, der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Aktionäre des jeweiligen Teilfonds handelt;

h) Kosten des Wirtschaftsprüfers;

i) Kosten für die Erstellung, Vorbereitung, Hinterlegung, Veröffentlichung, Aktualisierung den Druck und den Versand sämtlicher Dokumente für den Fonds, insbesondere des Verkaufsprospektes, der „Wesentlichen Informationen für den Anleger“, der Jahres- und Halbjahresberichte, der Vermögensaufstellungen, der Mitteilungen an die Anleger, der Einberufungen, etwaiger Anteilzertifikate sowie Ertragsschein- und Bogenerneuerungen, der Vertriebsanzeigen bzw. Anträge auf Bewilligung in den Ländern in denen die Anteile des Fonds bzw. eines Teilfonds vertrieben werden sollen sowie die Korrespondenz mit den betroffenen Aufsichtsbehörden.

Hinsichtlich der unter diesem Artikel 38 Ziffer 7. i) vorgenannten Kosten können sowohl entsprechende Kosten der Verwaltungsgesellschaft, wenn und soweit die Verwaltungsgesellschaft die Leistungen selbst erbrächte, als auch Kosten der von der Verwaltungsgesellschaft mit der Ausführung beauftragten Dritten fallen. Hinsichtlich der "Wesentlichen Informationen für den Anleger" fallen hierunter sowohl Kosten der Verwaltungsgesellschaft sowie von der Verwaltungsgesellschaft beauftragter Dritter, die mit der Initialerstellung, planmäßigen- sowie außerplanmäßigen Aktualisierung, Übersetzung, Distribution, SRRI-Überwachung oder sonstiger im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinie 583/2010 erforderlichen Tätigkeiten notwendig werden;

j) Die Verwaltungsgebühren, die für die Investmentgesellschaft bzw. einen Teilfonds bei sämtlichen betroffenen Behörden zu entrichten sind, insbesondere die Verwaltungsgebühren der Luxemburger Aufsichtsbehörde und anderer Aufsichtsbehörden sowie die Gebühren für die Hinterlegung der Dokumente der Investmentgesellschaft;

k) Kosten, im Zusammenhang mit einer etwaigen Börsenzulassung;

l) Kosten für die Werbung und solche, die unmittelbar im Zusammenhang mit dem Anbieten und dem Verkauf von Aktien anfallen (z.B. Erstellung und Aktualisierung von Factsheets);

m) Versicherungskosten;

n) Vergütungen, Auslagen und sonstige Kosten der Zahlstellen, der Vertriebsstellen sowie anderer im Ausland notwendig einzurichtender Stellen, die im Zusammenhang mit dem jeweiligen Teilfondsvermögen anfallen;

o) Zinsen, die im Rahmen von Krediten anfallen, die gemäß Artikel 4 der Satzung aufgenommen werden;

p) Auslagen eines etwaigen Anlageausschusses;

q) Auslagen und etwaige Vergütungen des Verwaltungsrates der Investmentgesellschaft;

r) Kosten für die Gründung der Investmentgesellschaft bzw. einzelner Teilfonds und die Erstausgabe von Aktien;

s) generelle Betriebskosten des Fonds;

t) weitere Kosten der Verwaltung, welche im Rahmen einer Pauschalvergütung von bis zu 0,30% p.a. des Netto-Teilfondsvermögens zu Gunsten der Verwaltungsgesellschaft oder der Investmentgesellschaft erhoben werden kann, betreffend insbesondere (i) der Wahrnehmung von Koordinationsaufgaben im Zusammenhang mit der Zulassung des Fonds bzw. einzelner Teilfonds und dem Vertrieb bzw. dem Anbieten von Anteilen in anderen Ländern, (ii) die Prüfung von spezifischen Marketingmaterialien sowie (iii) sonstige über die standardmäßigen Verwaltungsaufgaben hinausgehenden Tätigkeiten sowie sonstige operative Aufwendungen;

u) Weitere Kosten der Verwaltung einschließlich Kosten für Interessenverbände;

v) gegebenenfalls Kosten für Performance-Attribution;

w) gegebenenfalls Kosten, die im Zusammenhang mit der Implementierung, Nutzung und Wartung eines automatisierten Order-Management-Systems, oder sonstigen für den Fonds bzw. Teilfonds genutzten IT-Systemen (inklusive Hardware und Software) für den Fonds bzw. Teilfonds entstehen;

x) Kosten für die Bonitätsbeurteilung des Fonds bzw. der Teilfonds durch national und international anerkannte Rating Agenturen;

y) Kosten betreffend des Währungs - Hedgings;

z) angemessene Kosten für das Risikocontrolling bzw. Risikomanagement.

Sämtliche Kosten werden zunächst den ordentlichen Erträgen und den Kapitalgewinnen und zuletzt dem jeweiligen Teilfondsvermögen angerechnet.

Die Kosten für die Gründung der Investmentgesellschaft (welche unter anderem folgende Kosten beinhalten können: Strukturierung und Abstimmung der Fondsunterlagen sowie fondsspezifischen Dokumente, externe Beratung, Abstimmung des Auflageprozesses mit den entsprechenden Dienstleistern, Auslandszulassungen im Laufe des ersten Geschäftsjahres des Fonds) und die Erstausgabe von Aktien werden zu Lasten des Vermögens der bei Gründung bestehenden Teilfonds über die ersten fünf Geschäftsjahre abgeschrieben werden.

Die Aufteilung der Gründungskosten sowie der o.g. Kosten, welche nicht ausschließlich im Zusammenhang mit einem bestimmten Teilfondsvermögen stehen, erfolgt auf die jeweiligen Teilfondsvermögen pro rata durch die Investmentgesellschaft. Kosten, die im Zusammenhang mit der Auflegung weiterer Teilfonds entstehen, werden zu Lasten des jeweiligen Teilfondsvermögens, dem sie zuzurechnen sind, innerhalb einer Periode von längstens fünf Jahren nach Auflegung abgeschrieben.

Sämtliche vorbezeichnete Kosten, Gebühren und Ausgaben verstehen sich zuzüglich einer gegebenenfalls anfallenden Mehrwertsteuer.

Art. 39. Geschäftsjahr. Das Geschäftsjahr der Investmentgesellschaft beginnt am 01. April eines Jahres und endet am 31. März des darauf folgenden Jahres.

Art. 40. Depotbank.

1. Die Investmentgesellschaft hat eine Bank mit Sitz im Großherzogtum Luxemburg als Depotbank bestellt. Die Funktion der Depotbank richtet sich nach dem Gesetz von Dezember 2010, dem Depotbankvertrag, dieser Satzung sowie dem Verkaufsprospekt (nebst Satzung und Anhang).

2. Die Investmentgesellschaft ist berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen Ansprüche der Aktionäre gegen die Depotbank geltend zu machen. Dies schließt die Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Depotbank durch die Aktionäre nicht aus.

Art. 41. Satzungsänderung. Diese Satzung kann jederzeit durch Beschluss der Aktionäre geändert oder ergänzt werden, vorausgesetzt, dass die in dem Gesetz vom 10. August 1915 vorgesehenen Bedingungen über Beschlussfähigkeit und Mehrheiten bei der Abstimmung eingehalten werden.

Art. 42. Allgemeines. Für alle Punkte, die in dieser Satzung nicht geregelt sind, wird auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 10. August 1915 sowie auf das Gesetz von Dezember 2010 verwiesen.

Übergangsbestimmungen

- (1) Das erste Geschäftsjahr beginnt am Gründungstag der Investmentgesellschaft und endet am 31. März 2014.
- (2) Die erste Aktionärsversammlung wird im Jahr 2014 stattfinden.

Zeichnung des Gründungskapitals

Das Gründungskapital der Investmentgesellschaft beträgt einunddreißigtausend Euro (EUR 31.000,-), voll eingezahlt und eingeteilt in einunddreißig (31) Aktien ohne Nennwert des Teilfonds "ACQ - Risk Parity Bond Fund". Das gesamte Gründungskapital wird von der Alceda Fund Management S.A., 5, Heienhaff, L-1736 Senningerberg, vorgeannt, gezeichnet.

Alle Aktien wurden vollständig in bar eingezahlt, so dass die Summe von einunddreißigtausend Euro (EUR 31.000,-) der Investmentgesellschaft ab sofort zur Verfügung steht, wie dies dem amtierenden Notar nachgewiesen wurde.

Notargebühren

Die von der Investmentgesellschaft zu tragenden Notargebühren werden mit 2.800,- EUR veranschlagt.

Der amtierende Notar erklärt, dass die in Artikel 26 des Gesetzes von 1915 vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind, und bescheinigt dies ausdrücklich.

Gründungsversammlung der Investmentgesellschaft

Oben angeführte Person(en), die das gesamte gezeichnete Gründungskapital vertritt /vertreten, hat/ haben unverzüglich eine Aktionärsversammlung, zu der sie sich als rechtmäßig einberufen bekennt/ bekennen, abgehalten und folgende Beschlüsse gefasst:

(I) Die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder wird auf drei (3) festgesetzt:

(II) Zu Verwaltungsratsmitgliedern werden ernannt:

- a. Roman Rosslenbroich, geboren am 02. März 1973 in Düsseldorf, ansässig in Valentinskamp 70, D-20355 Hamburg;
- b. Jost Rodewald, geboren am 31. Mai 1971 in Braunschweig, ansässig in Valentinskamp 70, D-20355 Hamburg;
- c. Marc Kriegsmann, geboren am 12. Februar 1976 in Lich, ansässig in 5, Heienhaff, L-1736 Senningerberg, Großherzogtum Luxemburg;

Die Mandate der Verwaltungsratsmitglieder enden mit der ordentlichen Aktionärsversammlung des Jahres 2018.

(III) Zum Wirtschaftsprüfer wird ernannt:

PriceWaterhouseCoopers, „Société Coopérative“, mit Sitz in 400, Route d'Esch, L-1471 Luxembourg. (RCS Luxembourg B.65.477)

Das Mandat des Wirtschaftsprüfers endet mit der ordentlichen Aktionärsversammlung des Jahres 2014.

(IV) Sitz der Investmentgesellschaft ist in 5, Heienhaff, L-1736 Senningerberg, Großherzogtum Luxemburg, festgelegt.

Worüber Urkunde, aufgenommen in Luxemburg am Datum wie eingangs erwähnt.

Der Erschienene, der dem unterzeichneten Notar nach Namen, Zivilstand und Wohnort bekannt ist, hat nach Vorlesung und Erklärung des Vorstehenden diese Urkunde vor dem Notar unterschrieben.

Gezeichnet: Mareike GREINER, Jean SECKLER.

Enregistré à Grevenmacher, le 23 mai 2013. Relation GRE/2013/2083. Reçu soixante-quinze euros 75,00 €

Le Receveur (signé): G. SCHLINK.

Für gleichlautende Ablichtung, der Gesellschaft auf Begehrt erteilt.

Junglinster, den 24. Mai 2013.

Référence de publication: 2013066694/1127.

(130082792) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 24 mai 2013.

Ronda Silent Partner S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 46A, avenue J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 115.798.

Le Bilan et l'affectation du résultat au 31 décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 7 mai 2013.
TMF CORPORATE SERVICES S.A.
Signatures
Gérant

Référence de publication: 2013064109/14.

(130078456) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 mai 2013.

REF Lux SubCo 1 S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 46A, avenue J.F. Kennedy.
R.C.S. Luxembourg B 152.295.

Le Bilan et l'affectation du résultat au 31 Décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 13 Mai 2013.
Jean-Jaques Josset
Gérant B

Référence de publication: 2013064948/13.

(130079769) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

Remae Blanche S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1750 Luxembourg, 62, avenue Victor Hugo.
R.C.S. Luxembourg B 88.852.

Extrait de l'Assemblée générale ordinaire du 10 mai 2013

Les actionnaires de la société REMAE BLANCHE S.A. se sont réunis en assemblée générale ordinaire.

Il a été décidé:

Madame Alexandra zu Inn- und Knyphausen, demeurant à 63-65 Harcourt Terrace, Flat 8, London SW10 9JP, est nommé administrateur en remplacement de Monsieur Martin Sährig. Les mandats du conseil d'administration, de l'administrateur délégué et du commissaire aux comptes sont renouvelés pour une période de six ans jusqu'à l'issue de l'assemblée générale ordinaire de l'année 2019.

L'adresse nouvelle de l'administrateur et l'administrateur délégué Robert Langmantel et du commissaire aux comptes est désormais 62, Avenue Victor Hugo, L-1750 Luxembourg.

Luxembourg, le 14 mai 2013.
REMAE BLANCHE S.A.

Référence de publication: 2013064949/18.

(130079417) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

Resadero Investments S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1331 Luxembourg, 65, boulevard Grande-Duchesse Charlotte.
R.C.S. Luxembourg B 131.991.

Extrait des décisions prises par l'assemblée générale des actionnaires en date du 17 mai 2013

1. Monsieur Xavier SOULARD a démissionné de son mandat d'administrateur.
2. Madame Virginie GUILLAUME, administrateur de sociétés, née à Libramont (Belgique), le 17 octobre 1981, demeurant professionnellement à L-1331 Luxembourg, 65, boulevard Grande-Duchesse Charlotte, a été nommée comme administrateur jusqu'à l'issue de l'assemblée générale statutaire de 2017.

Luxembourg, le 21 mai 2013.
Pour extrait sincère et conforme
Pour RESADERO INVESTMENTS SA
Intertrust (Luxembourg) S.A.

Référence de publication: 2013064953/16.

(130079999) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

Resolution III Glasgow S.à r.l., Société à responsabilité limitée unipersonnelle.

Capital social: GBP 821.211,94.

Siège social: L-2163 Luxembourg, 40, avenue Monterey.

R.C.S. Luxembourg B 134.075.

Il est porté à connaissance à qui de droit que le siège social de l'associé unique de la société, à savoir «Resolution III Holdings S.à r.l.», a été transféré du 40, avenue Monterey à L-2163 Luxembourg au 15-17, avenue Gaston Diderich à L-1420 Luxembourg, avec effet au 2 mai 2013.

Luxembourg, le 21 Mai 2013.

Pour extrait conforme

Pour la Société

Un gérant

Référence de publication: 2013064955/15.

(130080178) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

RGI Co-Invest 1 S. à r.l., Société à responsabilité limitée unipersonnelle.

Siège social: L-2346 Luxembourg, 20, rue de la Poste.

R.C.S. Luxembourg B 130.921.

Les comptes annuels au 31 décembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg. Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

Référence de publication: 2013064957/10.

(130080243) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

Seitert Immobilière SA, Société Anonyme.

Siège social: L-8508 Redange-sur-Attert, 18, rue de la Piscine.

R.C.S. Luxembourg B 95.931.

Cet extrait rectifié remplace l'extrait enregistré et déposé au Registre de Commerce et des Société sous le numéro B95931 – L130073551 en date du 08/05/2013

Extrait du procès-verbal de l'assemblée générale ordinaire et de la réunion du conseil d'administration tenues à Redange-sur-Attert en date du 2 mai 2013

L'assemblée générale accepte les démissions de Dr. Matthias OPP, de Dr. François GALLEGO et de Dr. Inge KNOLLE de leur poste d'administrateur.

L'assemblée générale décide de nommer en tant qu'administrateurs de la société:

- Dr. Jacqueline KLEIN-ZIMMERMANN, née le 26/01/1967 à Baden (CH) et demeurant à L-7246 Helmsange, 8 rue Paul Elvinger ;

- Dr. Roger HEFTRICH, né le 23/11/1954 à Wiltz et demeurant à L-8506 Redange, 4 rue de Niederpallen;

- Dr. Marc KIEFFER, né le 13/12/1977 à Luxembourg et demeurant à L-8248 Marner, 2 op der Passeleck.

Tous les mandats expireront après l'Assemblée Générale Ordinaire qui se tiendra en 2014.

La société se trouve engagée, soit par la signature collective de deux administrateurs, soit par la signature individuelle de la personne à ce déléguée par le conseil.

Le Conseil d'Administration après en avoir délibéré décide, conformément à l'article 60 de la loi du 10 août 1915 et de l'article 7 des statuts, de déléguer tous ses pouvoirs en ce qui concerne la gestion des affaires ainsi que la représentation de la société au Dr. Jacqueline KLEIN-ZIMMERMANN, née le 26/01/1967 à Baden (CH) et demeurant à L-7246 Helmsange, 8 rue Paul Elvinger, qui portera le titre d'administrateur délégué et qui pourra engager valablement la société par sa signature individuelle.

La durée du mandat de l'administrateur délégué est fixée jusqu'à l'assemblée générale qui se tiendra en l'an 2014.

Pour extrait sincère et conforme

Un administrateur

Référence de publication: 2013065000/29.

(130079969) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

R.P. Constructions Rainer Parmentier Sàrl, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-9964 Huldange, 105, Duarrefstrooss.
R.C.S. Luxembourg B 100.599.

Les comptes annuels au 31 décembre 2003 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

La Gérance

Référence de publication: 2013064931/10.

(130079520) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

R.P. Constructions Rainer Parmentier Sàrl, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-9964 Huldange, 105, Duarrefstrooss.
R.C.S. Luxembourg B 100.599.

Les comptes annuels au 31 décembre 2002 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

La Gérance

Référence de publication: 2013064932/10.

(130079521) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

R.P. Constructions Rainer Parmentier Sàrl, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-9964 Huldange, 105, Duarrefstrooss.
R.C.S. Luxembourg B 100.599.

Les comptes annuels au 31 décembre 2001 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

La Gérance

Référence de publication: 2013064933/10.

(130079522) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

R.P. Constructions Rainer Parmentier Sàrl, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-9964 Huldange, 105, Duarrefstrooss.
R.C.S. Luxembourg B 100.599.

Les comptes annuels au 31 décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

La Gérance

Référence de publication: 2013064934/10.

(130079551) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

**Delu S.à r.l., Société à responsabilité limitée,
(anc. Saum S.à r.l.).**

Siège social: L-5489 Ehnen, 35, um Kecker.
R.C.S. Luxembourg B 155.853.

Im Jahre zweitausenddreizehn, den fünfzehnten Mai.

Vor dem unterzeichneten Notar Carlo GOEDERT, mit dem Amtswohnsitz in Grevenmacher.

Sind erschienen:

1) Herr Klaus SAUM, Unternehmer, geboren in Duisburg (D), am 1. Juli 1962, wohnhaft zu L-5489 Ehnen, 35, Um Kecker,

2) Herr Roland SAUM, Angestellter, geboren in Duisburg (D), am 17. Oktober 1987, wohnhaft zu L-5489 Ehnen, 35, Um Kecker,

Welche Komparenten den unterzeichneten Notar ersuchen Folgendes zu beurkunden:

Die Komparenten Klaus SAUM und Roland SAUM sind die alleinigen Gesellschafter der Gesellschaft mit beschränkter Haftung „SAUM S.à r.l.“ mit Sitz in L-5489 Ehnen, 35, Um Kecker, eingetragen im Handelsregister unter der Nummer B 155853, gegründet laut Urkunde, aufgenommen durch den zu Luxemburg residierenden Notar Paul Decker, am 28. September 2010, veröffentlicht im Mémorial C, Nummer 2436 vom 11. November 2010, abgeändert gemäß Urkunde, aufgenommen durch den zu Remich residierenden Notar Patrick Serres, am 28. Juni 2012, veröffentlicht im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, Nummer 1880 vom 28. Juli 2012.

Das Gesellschaftskapital im Betrag von zwölftausendfünfhundert (12.500.- €) Euro ist wie folgt gezeichnet:

1) Herr Klaus SAUM, vorgeannt, neunzig Anteile	90
2) Herr Roland SAUM, vorgeannt, zehn Anteile	10
Total: einhundert Anteile	100

Die alleinigen Gesellschafter ersuchen den amtierenden Notar folgende Beschlüsse zu beurkunden.

Erster Beschluss

Herr Klaus SAUM, vorgeannt, erklärt hiermit zu schenken und zu übertragen, vermittelt einer Schenkung unter Lebenden, zum Voraus und außer Teil und mit Befreiung der Rückbringung in seine Nachlassenschaft, an seinen Sohn Herrn Roland SAUM, vorgeannt, hier anwesend und dies mit Erkenntlichkeit annehmend, seine neunzig (90) Gesellschaftsanteile, zu einem Nennwert von je einhundertfünfundzwanzig (125.-) Euro pro Anteil, ihm zugehörend an der Gesellschaft „SAUM S.à r.l.“.

Herr Roland SAUM wird Eigentümer der ihm abgetretenen Anteile am heutigen Tag und erhält das Gewinnbezugsrecht auf die Dividenden der abgetretenen Anteile, ab dem heutigen Tag.

Infolge der vorgenannten Anteilsübertragung ist Herr Roland SAUM der alleinige Gesellschafter der Gesellschaft mit beschränkter Haftung „SAUM S.à r.l.“

Zweiter Beschluss

Der alleinige Gesellschafter Roland SAUM, vorgeannt, beschließt die Bezeichnung der Gesellschaft von „SAUM S.à r.l.“ in „DELU S.à r.l.“ abzuändern.

Dritter Beschluss

Infolge der obigen Namensänderung, erklärt der alleinige Gesellschafter Artikel drei der Satzungen der Gesellschaft abzuändern, um ihm folgenden Wortlaut zu geben:

„ **Art. 3.** Die Gesellschaftsbezeichnung lautet "DELU S.à r.l.".

Vierter Beschluss

Infolge der obigen Anteilsübertragung erklärt der alleinige Gesellschafter Roland SAUM, Artikel sechs der Satzungen der Gesellschaft mit beschränkter Haftung "SAUM S.à r.l." wie folgt abzuändern:

" **Art. 6.** Das Gesellschaftskapital beträgt zwölftausendfünfhundert (12.500.-) Euro und ist in einhundert (100) Anteile zu je einhundertfünfundzwanzig (125.-) Euro eingeteilt.

Alle Gesellschaftsanteile sind voll eingezahlt und gehören dem alleinigen Gesellschafter Herrn Roland SAUM, Angestellter, wohnhaft zu L-5489 Ehnen, 35, Um Kecker."

Fünfter Beschluss

Gemäss Artikel 190 des abgeänderten Gesetzes vom 10. August 1915, betreffend die Handelsgesellschaften, beziehungsweise gemäß Artikel 1690 des Code Civil, wird sodann die obige Anteilsübertragung im Namen der Gesellschaft „DELU S.à r.l.“ ausdrücklich angenommen und in ihrem vollen Umfange nach genehmigt durch den alleinigen Geschäftsführer Herrn Klaus SAUM, vorgeannt.

Der Geschäftsführer erklärt desweiteren die Parteien zu entbinden die Anteilsabtretung durch Gerichtsvollzieher der Gesellschaft zustellen zu lassen.

Die Kosten und Honorare dieser Urkunde sind zu Lasten der Gesellschaft.

WORÜBER URKUNDE, aufgenommen wurde zu Grevenmacher, Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung an die dem Notar nach Namen, gebräuchlichen Vornamen, Stand und Wohnort bekannten Komparenten, haben dieselben gegenwärtige Urkunde mit Uns Notar unterschrieben.

Gezeichnet: K. SAUM, R. SAUM, C. GOEDERT.

Enregistré à Grevenmacher, le 15 mai 2013. Relation GRE/2013/2018. Reçu soixante-quinze euros (75,- €).

Le Receveur (signé): SCHLINK.

FÜR GLEICHLAUTENDE AUSFERTIGUNG, zwecks Hinterlegung auf dem Handels- und Gesellschaftsregister, und zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations erteilt.

Grevenmacher, den 21. Mai 2013.

C. GOEDERT.

Référence de publication: 2013064967/68.

(130079650) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

Riche Finance S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1511 Luxembourg, 121, avenue de la Faïencerie.

R.C.S. Luxembourg B 71.358.

Les comptes annuels au 31 décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Un mandataire

Référence de publication: 2013064936/10.

(130079662) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

Rishon Films S.à r.l., Société à responsabilité limitée unipersonnelle.

Siège social: L-2550 Luxembourg, 6, avenue du X Septembre.

R.C.S. Luxembourg B 138.367.

Les comptes annuels au 31/12/2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

Référence de publication: 2013064937/10.

(130079767) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

Romexx S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1331 Luxembourg, 65, boulevard Grande-Duchesse Charlotte.

R.C.S. Luxembourg B 175.894.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 16 mai 2013.

Référence de publication: 2013064939/10.

(130079973) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

RADS International, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-5365 Munsbach, 6C, rue Gabriel Lippmann.

R.C.S. Luxembourg B 135.382.

Les comptes annuels au 31 décembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013064941/9.

(130079773) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

RGI Investissements SA, Société Anonyme.

Siège social: L-1651 Luxembourg, 15-17, avenue Guillaume.

R.C.S. Luxembourg B 162.289.

Il résulte d'un Conseil d'Administration réuni le lundi 13 mai 2013 que le siège social de la société a été transféré à L-1651 Luxembourg, 15-17, avenue Guillaume.

La société prend acte du changement d'adresses de l'administrateur suivant:

- Monsieur Jonathan BEGGIATO, administrateur, demeurant professionnellement à L-1651 Luxembourg, 15-17, avenue Guillaume.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Jonathan BEGGIATO

Administrateur

Référence de publication: 2013064958/15.

(130079953) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

S.C. Holding S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2165 Luxembourg, 26-28, Rives de Clausen.
R.C.S. Luxembourg B 141.366.

Le bilan au 31 décembre 2010 a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.
Référence de publication: 2013064962/9.
(130079810) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

Bebe Star S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-3872 Schifflange, 30, rue du Parc.
R.C.S. Luxembourg B 177.351.

STATUTS

L'an deux mille treize, le dix-sept mai.

Par-devant Maître Blanche MOUTRIER, notaire de résidence à Esch-sur-Alzette,

ont comparu:

- 1) Madame Paula Margarida DE JESUS ALMEIDA, née à Vila Nova de Monsarros (Portugal) le 24 mai 1985, demeurant à L-4167 Esch-sur-Alzette, 4, sentier de Kayl, agissant en son nom personnel.
- 2) Madame Sonia Catarina DOMINGUES CARRASQUEIRA, née à Coimbra (Portugal) le 9 mars 1985, demeurant à L-4122 Esch-sur-Alzette, 4, rue de la Fontaine, agissant en son nom personnel.

Lesquels comparants ont requis le notaire instrumentaire de documenter ainsi qu'il suit les statuts d'une société à responsabilité limitée qu'ils déclarent constituer entre eux:

Art. 1^{er}. Entre les parties ci-avant désignées et toutes celles qui deviendraient dans la suite propriétaires des parts sociales ci-après créées, il est formé une société à responsabilité limitée de droit luxembourgeois, régie par les présents statuts et par la législation luxembourgeoise afférente.

Art. 2. La société prend la dénomination de: "BEBE STAR S.à r.l.".

Art. 3. Le siège social est établi à Schifflange.

Il pourra être transféré en toute autre localité du Grand-Duché de Luxembourg en vertu d'une décision du ou des gérants qui auront tous les pouvoirs d'adapter le présent article.

Art. 4. La société est constituée pour une durée illimitée.

Tout associé pourra dénoncer sa participation dans la société. La dénonciation se fera par lettre recommandée envoyée aux associés et aux gérants avec un préavis de six mois avant l'échéance. L'associé désireux de sortir de la société suivra les dispositions de l'article dix des statuts.

Sans préjudice de ce qui précède, la société pourra être dissoute avant terme par une décision prise à la majorité simple du capital social.

Art. 5. La société a pour objet l'exploitation d'une crèche pour enfants de 0-4 ans, ainsi que toutes les activités qui se rattachent directement et indirectement à son objet.

Elle pourra, d'une façon générale, faire tous actes, transactions ou opérations commerciales, industrielles, financières, mobilières et immobilières, se rapportant directement ou indirectement à son objet social ou qui seraient de nature à en faciliter ou développer la réalisation.

Art. 6. Le capital social est fixé à la somme de € 12.500,- (douze mille cinq cents Euros), représenté par 100 (cent) parts sociales de € 125,- (cent vingt-cinq Euros) chacune.

Art. 7. Chaque part sociale donne droit à une fraction proportionnelle dans l'actif social et dans les bénéfices.

Art. 8. Les copropriétaires indivis de parts sociales, les nus-proprétaires et les usufruitiers sont tenus de se faire représenter auprès de la société par une seule et même personne agréée préalablement par décision des associés, prise à la majorité simple du capital. L'agrément ne pourra être refusé que pour de justes motifs.

Art. 9. Les parts sociales sont librement transmissibles pour cause de mort, même par disposition de dernière volonté, à condition que ce soit en ligne directe ou au conjoint survivant. Tout autre bénéficiaire devra être agréé par une décision prise à l'unanimité des associés survivants. En cas de refus, le bénéficiaire devra procéder conformément à l'article dix des statuts, à l'exclusion du dernier alinéa, et sera lié par le résultat de l'expertise. Au cas où aucun associé n'est disposé à acquiescer les parts au prix fixé, le bénéficiaire sera associé de plein droit.

Art. 10.

a) Si un associé se propose de céder tout ou partie de ses parts sociales, de même qu'aux cas prévus aux articles quatre et neuf, il doit les offrir à ses co-associés proportionnellement à leur participation dans la société.

b) En cas de désaccord persistant des associés sur le prix après un délai de deux semaines, le ou les associés qui entendent céder les parts, le ou les associés qui se proposent de les acquérir, chargeront de part et d'autre un expert pour fixer la valeur de cession, en se basant sur la valeur vénale des parts.

c) La société communique par lettre recommandée le résultat de l'expertise à tous les associés, en les invitant à faire savoir dans un délai de quatre semaines s'ils sont disposés à acheter ou à céder les parts au prix arrêté. Si plusieurs associés déclarent vouloir acquérir les parts proposées à la vente, elles seront offertes aux associés qui entendent les acquérir en proportion de leur participation dans la société. Le silence des associés pendant le prédit délai de quatre semaines équivaut à un refus.

d) Dans ce cas, l'associé qui entend les céder peut les offrir à des non-associés, étant entendu qu'un droit de préemption est encore réservé aux autres associés en proportion de leurs participations pendant un délai de deux semaines à partir de la date de la communication de l'accord avec des tiers et suivant les conditions de celui-ci. L'article 189 de la loi sur les sociétés commerciales est remplacé par les articles neuf et dix des présents statuts.

Art. 11. La société peut, sur décision de l'assemblée générale, prise à la majorité du capital social, procéder au rachat de ses propres parts sociales au moyen de réserves libres ainsi qu'à leur revente. Ces parts sociales, aussi longtemps qu'elles se trouvent dans le patrimoine de la société, ne donnent droit ni à un droit de vote, ni à des dividendes, ni à une part du produit de la liquidation et elles ne sont pas prises en considération pour l'établissement d'un quorum. En cas de revente, la société procédera suivant les dispositions de l'article dix.

Art. 12. La société est administrée par un ou plusieurs gérants, associés ou non. Ils sont nommés, révoqués par l'assemblée générale des associés, qui détermine leurs pouvoirs et la durée de leurs fonctions, et qui statue à la majorité simple du capital. Ils sont rééligibles et révocables ad nutum et à tout moment.

Les gérants ont le droit, mais seulement collectivement et à l'unanimité, de déléguer partie de leurs pouvoirs à des fondés de pouvoirs et ou à des directeurs.

Art. 13. Le ou les gérants ne contractent, en raison de leur fonction, aucune obligation personnelle relativement aux engagements régulièrement pris par eux au nom de la société; simples mandataires, ils ne sont responsables que de l'exécution de leur mandat.

Art. 14. Chaque associé peut participer aux décisions collectives, quelque soit le nombre de parts qui lui appartiennent.

Chaque associé a un nombre de voix égal au nombre de parts sociales qu'il possède.

Chaque associé peut se faire valablement représenter aux assemblées par un porteur de procuration spéciale.

Art. 15. Les décisions collectives ne sont valablement prises que pour autant qu'elles aient été adoptées par des associés représentant plus de la moitié du capital social.

Les décisions ayant pour objet une modification des statuts pourront également être prises à la majorité simple du capital social. Les dispositions y afférentes des articles 194 et 199 de la loi sur les sociétés commerciales ne trouveront donc pas application.

Art. 16. L'année sociale commence le premier janvier et finit le trente-et-un décembre de chaque année.

Art. 17. Chaque année, le trente-et-un décembre, les comptes sont arrêtés et la gérance dresse un inventaire comprenant l'indication des valeurs actives et passives de la société ainsi qu'un bilan et un compte de profits et pertes.

Art. 18. L'excédent favorable du compte de résultats, déduction faite des frais généraux, amortissements et provisions, résultant des comptes annuels, constitue le bénéfice net de l'exercice.

Sur ce bénéfice net, il est prélevé cinq pour cent pour la constitution du fonds de réserve légal, jusqu'à ce que celui-ci atteigne le dixième du capital social.

Le solde est à la libre disposition des associés.

Art. 19. En cas de dissolution anticipée de la société, la liquidation sera faite par les gérants en exercice, à moins que l'assemblée générale des associés n'en décide autrement. Le résultat, actif de la liquidation, après apurement de l'intégralité du passif, sera réparti entre les propriétaires des parts sociales, au prorata du nombre de leurs parts.

Art. 20. Pour tout ce qui n'est pas prévu dans les présents statuts, les associés se réfèrent aux dispositions légales.

Souscription et Libération

Les comparants précités présents ont souscrit aux parts créées de la manière suivante:

1.- Par Madame Paula Margarida DE JESUS ALMEIDA le comparant sub 1)	50 parts
2.- Par Madame Sonia Catarina DOMINGUES CARRASQUEIRA, le comparant sub 2)	50 parts
TOTAL: CENT PARTS SOCIALES.	<u>100 parts</u>

Ces parts ont été intégralement libérées par des versements en espèces, de sorte que la somme de € 12.500,- (douze mille cinq cents Euros) se trouve dès à présent à la libre disposition de la société, ainsi qu'il en a été justifié au notaire instrumentaire qui le constate expressément.

Disposition transitoire

Exceptionnellement, le premier exercice commence le jour de la constitution et finira le trente-et-un décembre de l'an deux mille treize.

Constatation

Le notaire instrumentaire a constaté que les conditions prévues à l'article 183 de la loi du 10 août 1915, telle que modifiée par la suite, ont été remplies.

Frais

Le montant des charges, frais, dépenses ou rémunérations sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à sa charge en raison de sa constitution, est évalué sans nul préjudice à la somme de mille cent euros.

Assemblée générale extraordinaire

Et à l'instant les associés, représentant l'intégralité du capital social et se considérant comme dûment convoqués, se sont réunis en assemblée générale extraordinaire et, à l'unanimité des voix, ont pris les résolutions suivantes:

- L'adresse de la société est fixée à L-3872 Schifflange, 30, rue du Parc.

Sont nommées gérantes de la société pour une durée indéterminée:

1) Madame Paula Margarida DE JESUS ALMEIDA, née à Vila Nova de Monsarros (Portugal) le 24 mai 1985, demeurant à L-4167 Esch-sur-Alzette, 4, sentier de Kayl.

2) Madame Sonia Catarina DOMINGUES CARRASQUEIRA, née à Coimbra (Portugal) le 9 mars 1985, demeurant à L-4122 Esch-sur-Alzette, 4, rue de la Fontaine.

La société est valablement engagée en toutes circonstances par les signatures conjointes des deux gérantes.

Le notaire instrumentant a rendu attentif les comparants au fait qu'avant toute activité commerciale de la société présentement fondée, celle-ci doit être en possession d'une autorisation de commerce en bonne et due forme en relation avec l'objet social, ce qui est expressément reconnu par les comparants.

DONT ACTE, fait et passé à Esch-sur-Alzette, en l'étude du notaire instrumentaire, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, connus du notaire par noms, prénoms usuels, états et demeures, ceux-ci ont signé avec le notaire le présent acte.

Signé: DE JESUS ALMEIDA, DOMINGUES CARRASQUEIRA, MOUTRIER.

Enregistré à Esch/Alzette Actes Civils, le 22/05/2013. Relation: EAC/2013/6577. Reçu soixante-quinze euros 75,00 €

Le Receveur (signé): SANTIONI.

POUR EXPEDITION CONFORME, délivrée à des fins administratives.

Esch-sur-Alzette, le 23 mai 2013.

Référence de publication: 2013065963/133.

(130082038) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Bergamia S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1511 Luxembourg, 121, avenue de la Faïencerie.

R.C.S. Luxembourg B 130.074.

Les comptes annuels au 31.12.2010 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013065965/9.

(130081829) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Bamalité Europe S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-5401 Ahn, 7, route du Vin.

R.C.S. Luxembourg B 139.046.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 wurde beim Handels- und Gesellschaftsregister von Luxemburg hinterlegt.

Zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Unterschrift.

Référence de publication: 2013065949/11.

(130081570) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Bertram Global Assets S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1449 Luxembourg, 18, rue de l'Eau.

R.C.S. Luxembourg B 96.216.

Les comptes annuels au 31 décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013065967/9.

(130081254) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Bergamia S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1511 Luxembourg, 121, avenue de la Faïencerie.

R.C.S. Luxembourg B 130.074.

Les comptes annuels au 31.12.2009 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013065966/9.

(130081830) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Banque Raiffeisen, Société Coopérative.

Siège social: L-2134 Luxembourg, 46, rue Charles Martel.

R.C.S. Luxembourg B 20.128.

Les comptes annuels au 31 décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013065961/9.

(130081625) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Comptoir Foncier Invest Benelux, Société Anonyme.

Siège social: L-8832 Rombach, 3, rue des Tilleuls.

R.C.S. Luxembourg B 69.679.

Extrait du procès-verbal d'assemblée générale tenue au siège social en date du 18 mai 2012

Après avoir délibéré, l'Assemblée accepte les démissions suivantes:

- Démission de la société TORLAND CORPORATION de son mandat d'administrateur avec effet au 1^{er} juillet 2011.
- Démission de Monsieur Alex GUYAUX de ses mandats d'administrateur et d'administrateur-délégué avec effet au 1^{er} juillet 2011.

En remplacement, l'Assemblée désigne en qualité d'administrateur:

- Madame Catherine DUTERME, domiciliée Avenue Thomas Braun 18 -6852 Maissin;
- la société Global Finance Invest SA, sise Rue Glesener, 6 à L- 1630 LUXEMBOURG immatriculée au RC sous le n° B 167 288, qui désigne Monsieur Cédric De Caritat domicilié professionnellement Rue Glesener, 6 à L- 1630 LUXEMBOURG comme représentant permanent.

Les mandats des deux administrateurs précités prennent cours avec effet rétroactif le 1^{er} juillet 2011 et viendront à échéance lors de l'assemblée générale de 2016.

A l'instant réuni, le conseil d'administration désigne Madame Catherine Duterme en qualité d'administrateur-délégué. Son mandat prend cours avec effet rétroactif le 1^{er} juillet 2011 et viendra à échéance lors de l'assemblée générale de 2016.

A la suite de ces décisions, le conseil d'administration se compose comme suit:

- Madame Catherine DUTERME, administrateur et administrateur-délégué;
- Monsieur Jean-François HOSDAIN, administrateur et administrateur-délégué;
- la société Global Finance Invest SA, administrateur.

POUR EXTRAIT CONFORME

Référence de publication: 2013065997/27.

(130081905) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Com Met Company, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-2146 Luxembourg, 69, rue de Merl.

R.C.S. Luxembourg B 161.469.

Les comptes annuels au 31 aout 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013065995/9.

(130081691) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Columbian Chemicals (Weifang) Holdings S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-2453 Luxembourg, 20, rue Eugène Ruppert.

R.C.S. Luxembourg B 119.647.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 22 mai 2013.

Léonie Grethen.

Référence de publication: 2013065994/10.

(130081171) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

BLITO HOLDING Spf S.A., Société Anonyme - Société de Gestion de Patrimoine Familial.

Siège social: L-1750 Luxembourg, 62, avenue Victor Hugo.

R.C.S. Luxembourg B 75.166.

Les comptes annuels au 31 décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013065973/9.

(130081655) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Camping International S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-7601 Larochette, Birkelt.

R.C.S. Luxembourg B 23.124.

L'an deux mil treize, le vingt-cinq avril.

Pardevant Maître Urbain THOLL, notaire de résidence à Mersch.

S'est réunie l'Assemblée Générale Extraordinaire de la société anonyme CAMPING INTERNATIONAL S.A., ayant son siège à Larochette, inscrite au RCSL sous le numéro B 23.124,

Constituée aux termes d'un acte reçu par le notaire Frank BADEN, alors de résidence à Luxembourg, en date du 15 juillet 1985, publié au Mémorial C numéro 253 de 1985.

L'assemblée est présidée par Monsieur Nico SIMON, clerc de notaire, demeurant à Weiswampach, qui désigne comme secrétaire Madame Marjorie HUET, clerc de notaire, demeurant à F-Entrange.

L'assemblée élit comme scrutateur Madame Christine NOËL, clerc de notaire, demeurant à B-Morhet.

Le bureau ainsi constitué, le président expose et prie le notaire d'acter ce qui suit:

I.- Les actionnaires présents et/ou représentés ainsi que le nombre des actions qu'ils détiennent sont renseignés sur une liste de présence, signée par le bureau de l'assemblée et le notaire instrumentant.

La liste de présence restera annexée au présent acte pour être soumise avec lui aux formalités de l'enregistrement.

II.- Il résulte de la liste de présence que toutes les MILLE (1.000) actions représentant l'intégralité du capital social sont présentes ou représentées à l'assemblée générale extraordinaire, de sorte que l'assemblée peut décider valablement sur tous les points portés à l'ordre du jour.

III.- Que l'ordre du jour de la présente assemblée est le suivant:

1.- Modification de la durée de la société et modification afférente de l'article 3 des statuts.

2.- Changement de la date de l'assemblée générale ordinaire et modification de l'article 12 des statuts.

3.- Extension de l'objet social et modification de l'article 4 des statuts.

4.- Suppression de la deuxième phrase de l'article 11 des statuts.

5.- Adaptation de divers articles des statuts, suite à la loi du 25 août 2006.

L'assemblée, ayant approuvé les déclarations qui précèdent, prend à l'unanimité des voix les résolutions suivantes:

Première résolution.

L'assemblée décide que la durée de la société sera indéterminée.

En conséquence, l'article trois est supprimé et remplacé par le suivant:

«La société est constituée pour une durée indéterminée.»

Deuxième résolution.

L'assemblée décide de modifier la date de l'assemblée générale ordinaire.

En conséquence, le premier paragraphe de l'article 12 des statuts est supprimé et remplacé par le suivant:

«L'assemblée générale ordinaire se réunit de plein droit le deuxième mercredi du mois de juillet à 11 heures au siège social, ou en tout autre endroit à désigner par les convocations.»

Troisième résolution.

L'assemblée décide d'étendre l'objet social. En conséquence il est ajouté le paragraphe suivant à la fin de l'article 4: «Elle pourra emprunter, hypothéquer et gager ses biens au profit d'autres entreprises, sociétés ou tiers.»

Quatrième résolution.

L'assemblée décide de supprimer la deuxième phrase de l'article 11 des statuts.

Cinquième résolution.

En conformité de la loi du 25 août 2006, l'assemblée décide d'adapter les statuts comme suit:

- article 1: il est inséré un second paragraphe comme suit:

«La société peut avoir un associé unique ou plusieurs actionnaires».

- article 7: les paragraphes suivants sont ajoutés:

«Lorsque la société ne compte qu'un associé unique, elle peut être administrée par un administrateur unique, qui n'a pas besoin d'être l'associé unique de la société.

Toute référence dans les statuts au conseil d'administration sera considérée automatiquement comme une référence à l'administrateur unique lorsque la société ne compte qu'un seul associé.

Lorsqu'une personne morale est nommée administrateur, elle doit désigner un représentant permanent qui la représentera, conformément à l'article 51bis de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, telle qu'amendée.»

- article 8:

* le 2^{ème} paragraphe est supprimé et remplacé par le suivant:

«Le Conseil d'Administration désigne son président; en cas d'absence du président, la présidence de la réunion peut être conférée à un administrateur présent.»

* après le troisième paragraphe, il est inséré le paragraphe suivant:

«Seront réputés présents pour le calcul du quorum et de la majorité, les administrateurs qui participent au conseil par visioconférence ou par des moyens de télécommunication permettant leur identification.»

* l'ancien sixième paragraphe est supprimé.

- article 13: il est ajouté deux paragraphes comme suit:

«Seront réputés présents pour le calcul du quorum et de la majorité, les actionnaires qui participent à l'assemblée par visioconférence ou par des moyens de télécommunication permettant leur identification.

Pour le cas où il n'existe qu'un associé unique, celui-ci exercera, au cours des assemblées générales dûment tenues, tous les pouvoirs revenant à l'assemblée générale des actionnaires en vertu de la loi du 10 août 1915, telle que modifiée.»

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Frais

Les parties ont évalué les frais incombant à la société du chef des présentes à environ DEUX MILLE DEUX CENT CINQUANTE (2.250.-) EUROS.

DONT ACTE, fait et passé à Mersch, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, connus du notaire par noms, prénoms, états et demeures ils ont signé les présentes avec le notaire.

Signé: Simon, Huet, Noël, THOLL.

Enregistré à Mersch, le 29 avril 2013. Relation: MER/2013/905. Reçu soixante-quinze euros 75,00 €.

Le Receveur (signé): A. Muller.

POUR EXPEDITION CONFORME, délivrée aux fins de publication au Mémorial C.

Mersch, le 22 mai 2013.

Référence de publication: 2013066025/80.

(130081351) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Caisse Raiffeisen Mamer, Société Coopérative.

Siège social: L-8211 Mamer, 65, route d'Arlon.

R.C.S. Luxembourg B 20.273.

Les comptes annuels au 31 décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg. Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013066019/9.

(130081628) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Caisse Raiffeisen Musel-Sauerdall, Société Coopérative.

Siège social: L-6794 Grevenmacher, route du Vin.

R.C.S. Luxembourg B 20.415.

Les comptes annuels au 31 décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg. Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013066020/9.

(130081636) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Caisse Raiffeisen Niederanven/Syrdall, Société Coopérative.

Siège social: L-6940 Niederanven, 130A, route de Trèves.

R.C.S. Luxembourg B 20.276.

Les comptes annuels au 31 décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg. Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013066021/9.

(130081630) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Composites GO S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-5835 Alzingen, 4, Honsbreck.

R.C.S. Luxembourg B 177.335.

STATUTES

In the year two thousand thirteen, on the sixth day of May.

Before Us, Maitre Martine DECKER, notary residing in Hesperange.

There appeared:

- Mr Wolfgang STRATMANN, mechanical engineer, born in Solingen (Germany), on the 4th of July 1955, residing in 4, Honsbreck, L-5835 Alzingen,

Such appearing party has drawn up the following articles of a limited liability company ("Gesellschaft mit beschränkter Haftung") to be incorporated.

Art. 1. A limited liability company is hereby formed, that will be governed by these articles and by the relevant legislation. The name of the company is "Composites GO S.a r.l."

Art. 2. The registered office is established in Alzingen.

It may be transferred to any other place within the Grand Duchy of Luxembourg by collective decision of the members.

Art. 3. The company is established for an unlimited period.

Art. 4. The purposes for which the company is formed are sales of consulting service for the introduction of fibre reinforced plastics (FRP) in the production and the improvement of existing production concepts.

In addition, the company may carry out any trading activity, provided that it is not specially regulated.

In general, it may carry out all commercial, financial, movable and immovable operations that are directly related to the company's object or whose nature is likely to facilitate or develop it.

Art. 5. The corporate capital of the company is fixed at twelve thousand five hundred euro (EUR 12,500.-) divided into 500 (five hundred) corporate units with a nominal value of twenty-five euro (EUR 25.-) each, all of which have been

subscribed and entirely paid up in cash by the sole shareholder Wolfgang STRATMANN, mechanical engineer, residing in L-5835 Alzingen, 4, Hondsbreck, so that the amount of twelve thousand five hundred Euro (12,500.- EUR) is from this day on at the free disposal of the company, proof of which has been given to the undersigned notary, who expressly attests thereto.

Art. 6. The capital may be increased or reduced at any time as laid down in article 199 of the law concerning Commercial Companies.

Art. 7. Each corporate unit entitles its owner to a proportional right in the company's assets and profits.

Art. 8. Corporate units are freely transferable among members. The corporate unit transfer inter vivos to non-members is subject to the consent of at least seventy-five percent of the members' general meeting or of at least seventy-five percent of the company's capital. In the case of the death of a member, the corporate unit transfer to non-members is subject to the consent of no less than seventy-five percent of the votes of the surviving members. In any event the remaining members have a preemption right which has to be exercised within thirty days from the refusal of transfer to a non-member.

Art. 9. The company will not be dissolved by death, interdiction, bankruptcy or insolvency of one of the members.

Art. 10. For no reason and in no case, the heirs, creditors or other rightful claimants of the members are allowed to pursue the sealing of property or documents of the company.

Art. 11. The company will be managed by one or several managers who need not to be members and who are appointed by the general meeting of members.

Art. 12. In the execution of their mandate, the managers are not held personally responsible. As agents of the company, they are responsible for the correct performance of their duties.

Art. 13. Every member may take part in the collective decisions. He has a number of votes equal to the number of corporate units he owns and may validly act at the meetings through a special proxy.

Art. 14. Collective decisions are only valid if they are adopted by the members representing more than half of the capital. However, decisions concerning the amendment of the Articles of Incorporation are taken by a majority of the members representing three quarters of the capital.

In case that the Company consists of a sole shareholder, all the powers, which, in accordance to the law or the articles of incorporation, are assigned to the general meeting are exercised by the sole shareholder.

Resolutions taken by the sole shareholder in virtue of these attributions must be mentioned in a protocol or taken in written form.

Contracts concluded between the sole shareholder and the company represented by the sole shareholder must also be mentioned in a protocol or be established in written form.

This disposition is not applicable for current operations made under normal conditions.

Art. 15. The business year begins on the 1st of January and ends on the 31st of December of each year.

Art. 16. Every year on 31st of December, the annual accounts are drawn up by the manager(s).

Art. 17. The financial statements are at the disposal of the members at the registered office of the company.

Art. 18. At least 5% of the net profit for the financial year have to be allocated to the legal reserve fund. Such contribution will cease to be compulsory when the reserve fund reaches 10% of the subscribed capital.

The remaining balance is at the disposal of the members.

Art. 19. The company may be dissolved by a decision of the general meeting voting with the same quorum as for the amendment of the Articles of Incorporation.

Should the company be dissolved, the liquidation will be carried out by one or several liquidators who need not to be members and who are appointed by the general meeting which will specify their powers and remuneration.

Art. 20. For anything not dealt with in the present Articles of Incorporation, the member(s) refer to the relevant legislation.

Transitory disposition

The first financial year begins on the date of incorporation of the company and ends on December 31, 2013.

Verification

The notary executing this deed declares that the conditions fixed in art. 183 of the law on Commercial Companies of September 18th, 1933 have been fulfilled.

77123

Expenses

The amount of the expenses for which the company is liable as a result of its incorporation is approximately fixed at EUR 1.100,-.

Resolutions of the sole shareholder

Immediately after the incorporation of the company, the above-named shareholder, representing the whole of the corporate capital, passed the following resolutions:

First resolution

Is appointed manager, for an undetermined period of time, Mr Wolfgang STRATMANN, prenamed.
The company will be bound by the sole signature of the manager.

Second resolution

The company's registered office is located at L-5835 Alzingen, 4, Hondsbreck.

WHEREOF, the present notarial deed was drawn up in Hesperange, on the day indicated at the beginning of this deed.

The document having been read to the appearing party, whom is known to the undersigned notary by his surname, Christian name, civil status and residence, said person appearing signed together with us, Notary, the present original deed.

The undersigned notary who understands and speaks English states herewith that on request of the above person appearing, the present deed is worded in English followed by a German version. On request of the same person appearing and in case of divergences between the English and the German text, the English version will be prevailing.

Folgt die deutsche Übersetzung des vorangegangenen Textes:

Im Jahre zweitausenddreizehn, am sechsten Tag des Monats Mai.
Vor Notar Martine DECKER, mit Amtssitz in Hesperange.

Ist erschienen:

- Herr Wolfgang STRATMANN, Diplom-Maschinenbauingenieur, geboren in Solingen (Deutschland), am 4 Juli 1955, wohnhaft in L-5835 Alzingen, 4, Hondsbreck,

Welcher Komparsent ersucht den unterzeichneten Notar, die Satzungen einer zu gründenden Gesellschaft mit beschränkter Haftung wie folgt zu beurkunden.

Art. 1. Es wird hiermit eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet, welche der nachstehenden Satzung, sowie der diesbezüglichen Gesetzgebung unterliegt.

Die Gesellschaft führt die Bezeichnung „Composites GO S.à r.l.“.

Art. 2. Der Sitz der Gesellschaft ist in Alzingen.

Der Firmensitz kann durch Beschluss der Gesellschafter an jeden anderen Ort des Grossherzogtums Luxemburg verlegt werden.

Art. 3. Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Dauer errichtet.

Art. 4. Die Gesellschaft hat zum Zweck der Verkauf von Beratungsleistung für die Einführung von Faserverbundwerkstoffen in die Produktion sowie für die Optimierung bestehender Fertigungskonzepte,

Ferner kann die Gesellschaft alle kommerzielle Handlungen ausführen, insofern sie nicht speziell geregelt sind.

Generell kann die Gesellschaft alle Geschäfte kaufmännischer, oder finanzieller, mobiliarer oder immobilärer Natur betreiben, die direkt im Zusammenhang mit dem Gesellschaftszweck stehen oder der Erreichung ihres Zweckes förderlich sind.

Art. 5. Das Gesellschaftskapital beträgt zwölftausendfünfhundert Euro (EUR 12.500,-) eingeteilt in fünfhundert (500) Anteile zu je fünfundsiebzig Euro (EUR 25,-), allesamt durch den alleinigen Gesellschafter Herr Wolfgang STRATMANN, Diplom-Maschinenbauingenieur, wohnhaft in L-5835 Alzingen, 4, Hondsbreck, in bar eingezahlt, so dass die Summe von zwölftausendfünfhundert Euro (12.500,- EUR) der Gesellschaft ab sofort zur Verfügung steht, was hiermit ausdrücklich von dem amtierenden Notar festgestellt wurde.

Art. 6. Das Gesellschaftskapital kann jederzeit erhöht oder herabgesetzt werden, unter den in Artikel 199 des Gesetzes über die Handelsgesellschaften festgesetzten Bedingungen.

Art. 7. Jeder Anteil ist proportional an den Aktiva und am Gewinn beteiligt.

Art. 8. Zwischen Gesellschaftern sind die Anteile frei übertragbar. Die Übertragung von Gesellschaftsanteilen unter Lebenden an Nichtgesellschafter bedarf entweder eines Mehrheitsbeschlusses von fünfundsiebzig Prozent der Gesellschafterversammlung oder der Zustimmung von fünfundsiebzig Prozent des Gesellschaftskapitals. Im Todesfall kann eine Übertragung an Nichtgesellschafter nur mit einer Stimmenmehrheit von fünfundsiebzig Prozent der überlebenden Ge-

sellschafter erfolgen. In jedem Fall steht den übrigen Gesellschaftern ein Vorkaufsrecht zu, das innerhalb von dreissig Tagen nach Verweigerung der Übertragung an Nichtgesellschafter ausgeübt werden muss.

Art. 9. Tod, Entmündigung, Konkurs oder Zahlungsunfähigkeit eines Gesellschafters lösen die Gesellschaft nicht auf.

Art. 10. Erben, Gläubiger oder andere Berechtigte können in keinem Fall einen Antrag auf Pfändung des Firmeneigentums oder von Firmenschriftstücken stellen.

Art. 11. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer, Gesellschafter oder nicht, welche von der Gesellschafterversammlung ernannt werden, verwaltet.

Art. 12. Bei der Ausübung ihres Amtes gehen der oder die Geschäftsführer keinerlei persönliche Verpflichtungen ein. Als Beauftragte sind sie lediglich für die ordnungsgemässe Durchführung ihres Amtes verantwortlich.

Art. 13. Jeder Gesellschafter ist in der Generalversammlung stimmberechtigt. Er hat soviel Stimmen wie er Anteile besitzt und kann sich aufgrund einer Vollmacht an den Versammlungen rechtsgültig vertreten lassen.

Art. 14. Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Beschlüsse über Satzungsänderungen kommen nur zustande, soweit sie von der Mehrheit der Gesellschafter, die drei Viertel des Kapitals vertreten, gefasst werden.

Im Falle, wo die Gesellschaft nur aus einem Gesellschafter besteht, werden alle Befugnisse, welche laut Gesetz oder Satzung der Generalversammlung vorbehalten sind, durch den alleinigen Gesellschafter ausgeübt.

Entscheidungen welche auf Grund dieser Befugnisse durch den alleinigen Gesellschafter gefasst werden, müssen in ein Protokoll verzeichnet oder schriftlich festgehalten werden.

Desgleichen müssen Verträge zwischen dem alleinigen Gesellschafter und der Gesellschaft durch Letzteren vertreten in ein Protokoll eingetragen werden oder in Schriftform verfasst werden.

Diese Verfügung entfällt für laufende Geschäfte, welche unter normalen Bedingungen abgeschlossen wurden.

Art. 15. Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember eines jeden Jahres.

Art. 16. Am 31. Dezember eines jeden Jahres erstellt die Geschäftsführung den Jahresabschluss.

Art. 17. Jeder Gesellschafter kann am Gesellschaftssitz Einsicht in den Jahresabschluss nehmen.

Art. 18. Vom Nettogewinn des Geschäftsjahres sind mindestens 5% für die Bildung einer gesetzlichen Rücklage zu verwenden; diese Verpflichtung wird aufgehoben, wenn die gesetzliche Rücklage 10% des Gesellschaftskapitals erreicht hat.

Der Saldo steht zur freien Verfügung der Gesellschafter.

Art. 19. Die Gesellschaft kann durch Beschluss der Generalversammlung aufgelöst werden, welcher unter den gleichen Bedingungen gefasst werden muß wie bei Satzungsänderungen.

Im Falle der Auflösung der Gesellschaft, wird die Liquidation durch einen oder mehrere Liquidationsverwalter durchgeführt, die keine Gesellschafter sein müssen und die durch die Generalversammlung unter Festlegung ihrer Aufgaben und Vergütungen ernannt werden.

Art. 20. Für alle Punkte, die nicht in dieser Satzung festgelegt sind, verweisen die Gesellschafter auf die gesetzlichen Bestimmungen.

Übergangsbestimmung

Das erste Geschäftsjahr beginnt am heutigen Tag und endet am 31. Dezember 2013.

Feststellung

Der unterzeichnete Notar hat festgestellt, dass die Bedingungen von Artikel 183 des Gesetzes über die Handelsgesellschaften vom 18. September 1933 erfüllt sind.

Kosten

Die der Gesellschaft aus Anlass ihrer Gründung anfallenden Kosten, Honorare und Auslagen betragen schätzungsweise 1.100,- EUR.

Beschlüsse des alleinigen Gesellschafters

Und sofort nach der Gründung hat der eingangs erwähnte Gesellschafter, welcher das gesamte Gesellschaftskapital darstellt, sofort folgende Beschlüsse gefasst:

Erster Beschluss

Zu Geschäftsführer für eine unbestimmte Dauer wird ernannt Herr Wolfgang STRATMANN, vorbenannt.

Die Gesellschaft wird rechtskräftig durch die alleinige Unterschrift des Geschäftsführers vertreten.

Zweiter Beschluss

Die Gesellschaft hat ihren Gesellschaftssitz in L-5835 Alzingen, 4, Hondsbreck.

Der amtierende Notar, welcher englisch versteht und spricht, bestätigt hiermit dass auf Wunsch der Kompartmenten vorliegende Urkunde in Englisch gehalten ist, gefolgt von einer deutschen Uebersetzung, und dass im Falle von Unterschieden zwischen der englischen und der deutschen Fassung die englische Fassung massgebend ist.

WORÜBER URKUNDE, geschehen und aufgenommen in Hesperange, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an den Kompartment, hat derselbe mit dem unterzeichneten Notar vorliegende Urkunde unterschrieben.

Signé: Stratmann, M. Decker.

Enregistré à Luxembourg Actes Civils, le 8 mai 2013. Relation: LAC/2013/21357. Reçu soixante-quinze euros (75,- €).
Le Receveur (signé): Irène Thill.

Pour expédition conforme délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Hesperange, le 22 mai 2013.

Référence de publication: 2013065996/189.

(130081213) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Caisse Raiffeisen Hoffelt-Binsfeld-Weiswampach, Société Coopérative.

Siège social: L-9780 Wintrange, 61, Maison.

R.C.S. Luxembourg B 94.441.

Les comptes annuels au 31 décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013066016/9.

(130081631) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Caisse Raiffeisen Junglinster, Société Coopérative.

Siège social: L-6130 Junglinster, 1, route de Luxembourg.

R.C.S. Luxembourg B 20.380.

Les comptes annuels au 31 décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013066017/9.

(130081635) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Caisse Raiffeisen Kayl-Roeser, Société Coopérative.

Siège social: L-3440 Dudelange, 70, avenue Grande-Duchesse Charlotte.

R.C.S. Luxembourg B 20.334.

Les comptes annuels au 31 décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013066018/9.

(130081626) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Caisse Raiffeisen Diekirch Feulen, Société Coopérative.

Siège social: L-9205 Diekirch, 6, rue Saint Antoine.

R.C.S. Luxembourg B 94.447.

Les comptes annuels au 31 décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013066015/9.

(130081633) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Caisse Raiffeisen Bettborn-Perlé, Société Coopérative.

Siège social: L-8606 Bettborn, 61, rue Principale.

R.C.S. Luxembourg B 92.046.

Les comptes annuels au 31 décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013066013/9.

(130081637) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Caisse Raiffeisen Canton Remich, Société Coopérative.

Siège social: L-5544 Remich, 6, Op der Kopp.

R.C.S. Luxembourg B 20.373.

Les comptes annuels au 31 décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013066014/9.

(130081627) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Caisse Raiffeisen Wiltz Société Coopérative, Société Coopérative.

Siège social: L-9515 Wiltz, 9, rue Grande-Duchesse Charlotte.

R.C.S. Luxembourg B 94.443.

Les comptes annuels au 31 décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013066023/9.

(130081634) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Granite Luxembourg S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Capital social: EUR 2.773.721,00.

Siège social: L-2310 Luxembourg, 16, avenue Pasteur.

R.C.S. Luxembourg B 149.458.

In the year two thousand and thirteen, on the eighth day of May.

Before Us Maître Carlo WERSANDT, notary residing in Luxembourg, acting in replacement of Maître Henri HEL-LINCKX, notary residing in Luxembourg, to whom remains the present deed.

THERE APPEARED:

Ms. Marie Arnaud, lawyer, with professional address at 33, avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg,

acting as proxyholder of the board of managers of Granite Luxembourg S.à r.l., a private limited liability company (société à responsabilité limitée) incorporated and existing under the laws of the Grand Duchy of Luxembourg, having its registered office at 16, avenue Pasteur, L-2310 Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg, registered with the Luxembourg Trade and Companies Register (Registre de Commerce et des Sociétés de Luxembourg) under registration number B 149.458 (the Company),

pursuant to a resolution of the board of managers of the Company (the Board) adopted during a meeting of the Board held on 9 April 2013 (the Meeting).

An excerpt of the minutes of the Meeting, initialled *ne varietur* by the proxyholder acting in the name and on behalf of the appearing person, and the undersigned notary, will remain attached to the present deed to be filed at the same time with the registration authorities.

The proxyholder of the appearing person, acting in said capacity, has requested the undersigned notary to state her declarations as follows:

The Company was incorporated on 23 November 2009 pursuant to a deed of Maître Jean-Joseph Wagner, notary public residing in Sanem, Grand Duchy of Luxembourg, which deed has been published in the Luxembourg official gazette (Journal Officiel du Grand-Duché de Luxembourg, Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations) n° 2439 of 15 December 2009. The articles of association of the Company (the Articles) have been last amended on 13 February 2013 pursuant to a deed of Maître Henri Hellinckx, notary public residing in Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg, which deed has been published in the Luxembourg official gazette (Journal Officiel du Grand-Duché de Luxembourg, Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations) n° 2954 of 22 April 2013.

1. The share capital of the Company was set at five hundred nine thousand five hundred forty-six Euros (EUR 509,546), represented by four hundred eighty thousand nine hundred eighty-three (480,983) ordinary shares of the Company, and twenty-eight thousand five hundred sixty-three (28,563) mandatory redeemable preferred shares of category A series 1 (each a Category A MRP Series 1 Share), all whichever their respective series within such categories, with a nominal value of one Euro (EUR 1) each.

2. Pursuant to article 6 of the Articles, the authorised capital of the Company was set at nine hundred ninety-nine million five hundred sixty-five thousand eight hundred thirty-four Euros (EUR 999,565,834), excluding the share capital of the Company, represented by nine hundred ninety-nine million five hundred sixty-five thousand eight hundred thirty-four (999,565,834) shares of the Company, being whether ordinary shares (each an Ordinary Share) or mandatory redeemable preferred shares (each a MRP Share) of the Company, all whichever their respective series within such categories, with a nominal value of one Euro (EUR 1) each.

3. The Board is authorised to issue shares with or without limiting or suppressing for the existing shareholders of the Company a preferential right to subscribe for the shares so issued.

During the Meeting, the Board has decided to increase the share capital of the Company from its then current amount of five hundred nine thousand five hundred forty-six Euros (EUR 509,546) up to a new amount of two million seven hundred seventy-three thousand seven hundred twenty-one Euros (EUR 2,773,721), through the issuance of two million two hundred fifty-one thousand five hundred (2,251,500) new Ordinary Shares and twelve thousand six hundred seventy-five (12,675) MRP Shares of category A series 2 (each a Category A MRP Series 2 Share), upon receipt of several contributions, as outlined below and the allocation of an aggregate amount of one hundred twenty-six million seven hundred forty-seven thousand four hundred twelve Euros and fifty cents (EUR 126,747,412.50) to the category A mandatory redeemable preferred series 2 shares share premium account of the Company.

In accordance with article 6 of the Articles, the Board has decided to suppress the preferential right of the shareholders of the Company to subscribe for the shares newly issued by the Company.

All the two million two hundred fifty-one thousand five hundred (2,251,500) new Ordinary Shares and twelve thousand six hundred seventy-five (12,675) new Category A MRP Series 2 Shares, have been subscribed for as follows:

3.1 Granite Real Estate Inc., a corporation continued and validly existing under the laws of the Province of Quebec, Canada, with its corporate seat at 600 Boulevard de Maisonneuve Ouest, Suite 2200, Montreal, Quebec, Canada H3A 3J2 and business address at 77 King Street West, PO Box 159, Toronto Dominion Centre, Toronto, Ontario, Canada M5K 1H1, registered with the company register of the Quebec Ministry of government services under registration number 1168564574 (Granite Inc.), has subscribed for two million two hundred fifty-one thousand five hundred (2,251,500) new Ordinary Shares and one thousand two hundred seventy-five (1,275) Category A MRP Series 2 Shares, representing together an aggregate subscription price of fifteen million ten thousand Euros (EUR 15,010,000), which were issued by the Company on 9 April 2013 (the Contribution Date) in consideration for the contribution by Granite Inc. of a ninety-five per cent (95%) controlling ownership interest (obchodní podíl) in MI Developments Cechia spol. s r.o., a company incorporated and existing under the laws of Czech Republic, having its registered office at Ceske Velenice, Hospodafsky park 600, Postal Code (PSC) 378 10, Czech Republic, registered with the Commercial Register administered by the Regional Court in Ceske Budejovice, Section C, File No. 11712 with corporate identification number (ICO) 260 64 791 (MI Cechia), corresponding to the amount of two hundred eighteen million three hundred thousand Czech Crowns (CZK 218,300,000) of the registered capital of MI Cechia, having an aggregate contribution value of fifteen million ten thousand Euros (EUR 15,010,000) (respectively the MI Cechia Ownership Interest and the MI Cechia Ownership Interest Contribution).

The two million two hundred fifty-one thousand five hundred (2,251,500) new Ordinary Shares and one thousand two hundred seventy-five (1,275) Category A MRP Series 2 Shares, representing an aggregate subscription price of fifteen million ten thousand Euros (EUR 15,010,000), have been fully paid up by Granite Inc. to the Company through the completion of the MI Cechia Ownership Interest Contribution, out of which (i) an amount of two million two hundred fifty-one thousand five hundred Euros (EUR 2,251,500) has been allocated to the share capital account of the Company for the subscription of the two million two hundred fifty-one thousand five hundred (2,251,500) new Ordinary Shares, (ii) an amount of one thousand two hundred seventy-five Euros (EUR 1,275) has been allocated to the share capital account of the Company for the subscription of the one thousand two hundred seventy-five (1,275) Category A MRP Series 2 Shares and (iii) an amount of twelve million seven hundred fifty-seven thousand two hundred twenty-five Euros (EUR 12,757,225) has been allocated to the category A mandatory redeemable preferred series 2 shares share premium account of the Company.

3.2 Granite REIT Inc., a company incorporated and existing under the laws of British Columbia, Canada, with its registered office at Suite 2600, Three Bentall Centre, 595 Burrard Street, PO Box 49314, Vancouver, British Columbia, Canada V7X 1L3, registered with the British Columbia Registrar of Companies as number BC0951528 (Granite GP), acting in its capacity as general partner of Granite REIT Holdings Limited Partnership, a limited partnership duly organized and validly existing under the laws of the Province of Quebec, Canada, with its registered office at 600 Boulevard de Maisonneuve, Suite 2200, Montreal Quebec, Canada H3A 3J2 and its principal place of business at 77 King Street West, PO Box 159, Toronto Dominion Centre, Toronto, Ontario, M5K 1H1, Canada, registered with the company register of Quebec, Canada (Registraire des entreprises) with Quebec business number registration number 3368768704 (Granite LP), has subscribed for six thousand one hundred (6,100) Category A MRP Series 2 Shares, representing together an aggregate subscription price of sixty-one million one thousand five hundred eighty-seven Euros and fifty cents (EUR 61,001,587.50), which were issued by the Company on the Contribution Date, in consideration for the contribution by Granite LP of certain receivables, having an aggregate contribution value of sixty-one million one thousand five hundred eighty-seven Euros and fifty cents (EUR 61,001,587.50) (respectively the Receivables and the Receivables Contribution).

The six thousand one hundred (6,100) Category A MRP Series 2 Shares have been fully paid up by Granite LP to the Company through the completion of the Receivables Contribution, out of which (i) an amount of six thousand one hundred Euros (EUR 6,100) has been allocated to the share capital account of the Company and (ii) an amount of sixty million nine hundred ninety-five thousand four hundred eighty-seven Euros and fifty cents (EUR 60,995,487.50) has been allocated to the category A mandatory redeemable preferred series 2 shares share premium account of the Company.

3.3 Granite GP, acting in its capacity as general partner of Granite LP, has subscribed for five thousand three hundred (5,300) Category A MRP Series 2 Shares, representing together an aggregate subscription price of fifty-three million Euros (EUR 53,000,000), which were issued by the Company on the Contribution Date, in consideration for the contribution by Granite LP of an aggregate amount in cash of fifty-three million Euros (EUR 53,000,000) (the Cash Contribution).

The five thousand three hundred (5,300) Category A MRP Series 2 Shares have been fully paid up by Granite LP to the Company through the completion of the Cash Contribution, out of which (i) an amount of five thousand three hundred Euros (EUR 5,300) has been allocated to the share capital account of the Company and (ii) an amount of fifty-two million nine hundred ninety-four thousand seven hundred Euros (EUR 52,994,700) has been allocated to the category A mandatory redeemable preferred series 2 shares share premium account of the Company.

3.4 Evidence of the existence and valuation of both the MI Cechia Ownership Interest and the Receivables have been presented to the undersigned notary who accepts them.

3.5 The availability on the Contribution Date of the amount of fifty-three million Euros (EUR 53,000,000) used for the purpose of the Cash Contribution has been certified to the undersigned notary who accepts it.

3.6 As a consequence of the above, the share capital of the Company now amounts to two million seven hundred seventy-three thousand seven hundred twenty-one Euros (EUR 2,773,721), represented by two million seven hundred thirty-two thousand four hundred eighty-three (2,732,483) Ordinary Shares, with a nominal value of one Euro (EUR 1) each, twenty-eight thousand five hundred sixty-three (28,563) Category A MRP Series 1 Shares, with a nominal value of one Euro (EUR 1) each, and twelve thousand six hundred seventy-five (12,675) Category A MRP Series 2 Shares, with a nominal value of one Euro (EUR 1) each, which are held as follows:

(i) Granite Inc. holds two million seven hundred thirty-two thousand four hundred eighty-three (2,732,483) Ordinary Shares, two hundred twenty-nine (229) Category A MRP Series 1 Shares and one thousand two hundred seventy-five (1,275) Category A MRP Series 2 Shares; and

(ii) Granite GP, acting in its capacity as general partner of Granite LP, holds twenty-eight thousand three hundred thirty-four (28,334) Category A MRP Series 1 Shares and eleven thousand four hundred (11,400) Category A MRP Series 2 Shares.

4. As a consequence of such increase of the share capital of the Company, the first paragraph of article 5 (Share capital) of the Articles is amended and now reads as follows:

“The share capital of the Company is set at two million seven hundred seventy-three thousand seven hundred twenty-one Euros (EUR 2,773,721), and is represented by two million seven hundred thirty-two thousand three hundred eighty-three (2,732,483) ordinary shares of the Company, with a nominal value of one Euro (EUR 1) each (each, an “Ordinary Share” and together, the “Ordinary Shares”), twenty-eight thousand five hundred sixty-three (28,563) Category A MRP Series 1 Shares, with a nominal value of one Euro (EUR 1) each (each, a “Category A MRP Series 1 Share” and together, the “Category A MRP Series 1 Shares”) and twelve thousand six hundred seventy-five (12,675) Category A MRP Series 2 Shares, with a nominal value of one Euro (EUR 1) each (each, a “Category A MRP Series 2 Share” and together, the “Category A MRP Series 2 Shares”).”

5. As a consequence of such increase of the share capital of the Company, the first paragraph of article 6 (Authorised capital) of the Articles is amended and now reads as follows:

“The authorised capital, excluding the share capital set forth in Article 5 of these Articles of Incorporation, is set at nine hundred ninety-seven million three hundred one thousand six hundred fifty-nine Euros (EUR 997,301,659), represented by nine hundred ninety-seven million three hundred one thousand six hundred fifty-nine (997,301,659) shares of the Company, being whether ordinary shares or mandatory redeemable preferred shares of the Company, whichever their respective category and/or series, with a nominal value of one Euro (EUR 1) each.”

Costs

The amount of expenses, costs, remunerations and charges in any form whatsoever, which shall be borne by the Company as a result of the present deed is estimated to be approximately EUR 7,000.-.

Whereof, the present deed was drawn up in Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg, at the date stated at the beginning of the present deed.

The undersigned notary who understands and speaks English, states herewith that on request of the appearing party the present deed is worded in English, followed by a French version; on request of the same appearing party and in case of divergences between the English text and the French text, the English text will prevail.

The document having been read to the proxyholder of the appearing party which is known by the undersigned notary by his/her surname, name, civil status and residence, the appearing party signed together with us, the notary, the present deed.

Suit la traduction française de ce qui précède:

L'an deux mille treize, le huitième jour du mois de mai.

Par-devant Maître Carlo WERSANDT, notaire de résidence à Luxembourg, agissant en remplacement de Maître Henri HELLINCKX, notaire de résidence à Luxembourg, lequel dernier restera dépositaire de la présente minute.

A COMPARU:

Mlle Marie Arnaud, avocat, ayant son adresse professionnelle sis 33, avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg,

agissant comme mandataire du conseil de gérance de Granite Luxembourg S.à r.l., une société à responsabilité limitée constituée et existant conformément aux lois du Grand-Duché de Luxembourg, ayant son siège social sis 16, avenue Pasteur, L-2310 Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg, immatriculée auprès du Registre de Commerce et des Sociétés de Luxembourg sous le numéro d'immatriculation B 149.458 (la Société),

en vertu d'une décision du conseil de gérance de la Société (le Conseil) adoptée lors d'une réunion du Conseil tenue le 9 avril 2013 (la Réunion).

Un extrait des minutes de la Réunion, après avoir été signé ne varietur par le mandataire agissant au nom et pour le compte de la partie comparante et par le notaire instrumentaire, demeurera annexé au présent acte pour être enregistrée ensemble avec celui-ci.

Le mandataire de la partie comparante, agissant comme indiqué ci-dessus, a requis le notaire instrumentaire d'acter ce qui suit:

La Société a été constituée le 23 novembre 2009 en vertu d'un acte de Maître Jean-Joseph Wagner, notaire de résidence à Sanem, Grand-Duché de Luxembourg, publié au Journal Officiel du Grand-Duché de Luxembourg, Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations n° 2439 en date du 15 décembre 2009. Les statuts de la Société (les Statuts) ont été modifiés pour la dernière fois en date du 13 février 2013 en vertu d'un acte de Maître Henri Hellinckx, notaire de résidence à Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg, publié au Journal Officiel du Grand-Duché de Luxembourg, Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations n° 2954 en date du 22 avril 2013.

1. Le capital social de la Société a été fixé à cinq cent neuf mille cinq cent quarante-six Euros (EUR 509.546), représenté par quatre cent quatre-vingt mille neuf cent quatre-vingt-trois (480.983) parts sociales ordinaires de la Société, et vingt-huit mille cinq cent soixante-trois (28.563) parts privilégiées obligatoirement rachetables de catégorie A série 1 (chacune une Part POR de Catégorie A Série 1), indépendamment de leur catégorie et/ou série respectives, ayant une valeur nominale d'un Euro (EUR 1) chacune.

2. En vertu de l'article 6 des Statuts, le capital autorisé de la Société s'élève à neuf cent quatre-vingt-dix-neuf millions cinq cent soixante-cinq mille huit cent trente-quatre Euros (EUR 999.565.834), à l'exclusion du capital social de la Société, représenté par neuf cent quatre-vingt-dix-neuf millions cinq cent soixante-cinq mille huit cent trente-quatre (999.565.834) parts sociales de la Société, étant soit des parts sociales ordinaires (chacune une Part Sociale Ordinaire) ou des parts privilégiées obligatoirement rachetables (chacune une Part POR) de la Société indépendamment de leur catégorie et/ou série respectives, chacune ayant une valeur nominale d'un Euro (EUR 1).

3. Le Conseil est autorisé à émettre des parts sociales avec ou sans limitation du droit préférentiel des associés existants de la Société à souscrire aux parts sociales ainsi émises.

Lors de la Réunion, le Conseil a décidé d'augmenter le capital social de la Société de son précédent montant de cinq cent neuf mille cinq cent quarante-six Euros (EUR 509.546), à un nouveau montant de deux millions sept cent soixante-treize mille sept cent vingt et un Euros (EUR 2.773.721), au travers de l'émission de deux millions deux cent cinquante et un mille cinq cents (2.251.500) nouvelles Parts Sociales Ordinaires de la Société et de douze mille six cent soixante-quinze (12.675) Parts POR de catégorie A série 2 (chacune une Part POR de Catégorie A Série 2), à réception de plusieurs apports, comme indiqué ci-dessous, et l'affectation d'un montant total de cent vingt-six millions sept cent quarante-sept mille quatre cent douze Euros et cinquante centimes (EUR 126.747.412,50) au compte prime d'émission des parts privilégiées obligatoirement rachetables de catégorie A série 2 de la Société.

Conformément à l'article 6 des Statuts, le Conseil a décidé de supprimer le droit préférentiel des associés de la Société de souscrire aux parts sociales nouvellement émises par la Société.

L'ensemble des deux millions deux cent cinquante et un mille cinq cents (2.251.500) nouvelles Parts Sociales Ordinaires et douze mille six cent soixante-quinze (12.675) nouvelles Parts POR de Catégorie A Série 2, ont été souscrites comme suit:

3.1 Granite Real Estate Inc., une société dûment organisée et valablement existant selon les lois de la Province de Québec, Canada, ayant son siège social sis 600 Boulevard de Maisonneuve Ouest, Suite 2200, Montréal, Québec, Canada H3A 3J2 et son établissement principal à 77 King Street West, PO Box 159, Toronto Dominion Centre, Toronto, Ontario, Canada M5K 1H1, immatriculée auprès du registre des sociétés du Ministère des services gouvernementaux du Québec sous le numéro d'immatriculation 1168564574 (Granite Inc.), a souscrit à deux millions deux cent cinquante et un mille

cinq cents (2.251.500) nouvelles Parts Sociales Ordinaires et mille deux cent soixante-quinze (1.275) Parts POR de Catégorie A Série 2, représentant ensemble un prix total de souscription de quinze millions dix mille Euros (EUR 15.010.000), qui ont été émises par la Société en date du 9 avril 2013 (la Date d'Apport) en contrepartie de l'apport par Granite Inc. d'une participation (obchodní podíl) conférant un contrôle de quatre-vingt-quinze pour cent (95%) de MI Developments Cechia spol. s r.o., une société constituée et existant selon les lois de la République Tchèque, ayant son siège social à České Velenice, Hospodářský park 600, Code Postal (PSC) 378 10, République Tchèque, immatriculée auprès du Registre Commercial administré par la Cour Régionale de České Budejovice, Section C, Dossier No. 11712 avec le numéro d'immatriculation (ICO) 260 64 791 (MI Cechia), correspondant à un montant de deux cent dix-huit millions trois cent mille Couronnes Tchèques (CZK 218.300.000) du capital enregistré de MI Cechia, ayant une valeur d'apport total de quinze millions dix mille Euros (EUR 15.010.000) (respectivement la Participation MI Cechia et l'Apport de la Participation MI Cechia).

Les deux millions deux cent cinquante et un mille cinq cents (2.251.500) nouvelles Parts Sociales Ordinaires et mille deux cent soixante-quinze (1.275) Parts POR de Catégorie A Série 2, représentant ensemble un prix total de souscription de quinze millions dix mille Euros (EUR 15.010.000), ont été entièrement payées par Granite Inc. à la Société par l'Apport de la Participation MI Cechia dont (i) un montant de deux millions deux cent cinquante et un mille cinq cents Euros (EUR 2.251.500) a été affecté au compte capital social de la Société pour la souscription des deux millions deux cent cinquante et un mille cinq cents (2.251.500) nouvelles Parts Sociales Ordinaires, (ii) un montant de mille deux cent soixante-quinze Euros (EUR 1.275) a été affecté au compte capital social de la Société pour la souscription des mille deux cent soixante-quinze (1.275) Parts POR de Catégorie A Série 2 et (iii) un montant de douze millions sept cent cinquante-sept mille deux cent vingt-cinq Euros (EUR 12.757.225) a été affecté au compte prime d'émission des parts privilégiées obligatoirement rachetables de catégorie A série 2 de la Société.

3.2 Granite REIT Inc., une société constituée et existant selon les lois de la Colombie Britannique, Canada, ayant son siège social sis Suite 2600, Three Bentall Centre, 595 Burrard Street, PO Box 49314, Vancouver, Colombie Britannique, Canada V7X 1L3, immatriculée auprès du Registre des Sociétés de Colombie Britannique sous le numéro BC0951528 (Granite GP), agissant en sa capacité d'associé commandité de Granite REIT Holdings Limited Partnership, une société dûment organisée et valablement existant selon les lois de la Province de Québec, Canada, ayant son siège social sis 600 Boulevard de Maisonneuve, Suite 2200, Montréal Québec, Canada H3A 3J2 et son établissement principal sis 77 King Street West, PO Box 159, Toronto Dominion Centre, Toronto, Ontario, M5K 1 H1, Canada, immatriculé auprès du Registraire des entreprises sous le numéro d'immatriculation commercial québécois 3368768704 (Granite LP), a souscrit à six mille cent (6.100) Parts POR de Catégorie A Série 2, représentant ensemble un prix total de souscription de soixante et un millions mille cinq cent quatre-vingt-sept Euros et cinquante centimes (EUR 61.001.587,50), qui ont été émises par la Société à la Date d'Apport, en contrepartie de l'apport par Granite LP de certaines créances, ayant une valeur d'apport totale de soixante et un millions mille cinq cent quatre-vingt-sept Euros et cinquante centimes (EUR 61.001.587,50) (respectivement les Créances et l'Apport des Créances).

Les six mille cent (6.100) Parts POR de Catégorie A Série 2 ont été entièrement payées par Granite LP à la Société par l'Apport des Créances, dont (i) un montant de six mille cent Euros (EUR 6.100) a été affecté au compte capital social de la Société et (ii) un montant de soixante millions neuf cent quatre-vingt-quinze mille quatre cent quatre-vingt-sept Euros et cinquante centimes (EUR 60.995.487,50) a été affecté au compte prime d'émission des parts privilégiées obligatoirement rachetables de catégorie A série 2 de la Société.

3.3 Granite GP, agissant au titre d'associé commandité de Granite LP, a souscrit à cinq mille trois cents (5.300) Parts POR de Catégorie A Série 2, représentant ensemble un prix total de souscription de cinquante-trois millions d'Euros (EUR 53.000.000), qui ont été émises par la Société à la Date d'Apport, en contrepartie de l'apport par Granite LP d'un montant total en numéraire de cinquante-trois millions d'Euros (EUR 53.000.000) (l'Apport en Numéraire).

Les cinq mille trois cents (5.300) Parts POR de Catégorie A Série 2 ont été entièrement payées par Granite LP à la Société par le biais de l'Apport en Numéraire dont (i) un montant de cinq mille trois cents Euros (EUR 5.300) a été affecté au compte capital social de la Société et (ii), un montant de cinquante-deux millions neuf cent quatre-vingt-quatorze mille sept cents Euros (EUR 52.994.700) a été affecté au compte prime d'émission des parts privilégiées obligatoirement rachetables de catégorie A série 2 de la Société.

3.4 L'existence et l'évaluation de la Participation MI Cechia et des Créances ont été présentées au notaire instrumentant qui les accepte.

3.5 La disponibilité à la Date d'Apport du montant de cinquante-trois millions d'Euros (EUR 53.000.000) utilisé pour les besoins de l'Apport en Numéraire a été certifiée au notaire instrumentant qui les accepte.

3.6 En conséquence de ce qui précède, le capital social de la Société s'élève désormais à deux millions sept cent soixante-treize mille sept cent vingt et un Euros (EUR 2.773.721), représenté par deux millions sept cent trente-deux mille quatre cent quatre-vingt-trois (2.732.483) Parts Sociales Ordinaires, ayant une valeur nominale d'un Euro (EUR 1) chacune, vingt-huit mille cinq cent soixante-trois (28.563) Parts Sociales de Catégorie A Série 1, ayant une valeur nominale d'un Euro (EUR 1) chacune, et douze mille six cent soixante-quinze (12.675) Parts POR de Catégorie A Série 2, ayant une valeur nominale d'un Euro (EUR 1) chacune, qui sont détenues comme suit:

(i) Granite Inc. détient deux millions sept cent trente-deux mille quatre cent quatre-vingt-trois (2.732.483) Parts Sociales Ordinaires, deux cent vingt neuf (229) Parts POR de Catégorie A Série 1 et mille deux cent soixante-quinze (1.275) Parts POR de Catégorie A Série 2; et

(ii) Granite GP, agissant en sa capacité d'associé commandité de Granite LP, détient vingt huit mille trois cent trente-quatre (28.334) Parts POR de Catégorie A Série 1 et onze mille quatre cents (11.400) Parts POR de Catégorie A Série 2.

4. En conséquence de ladite augmentation du capital social de la Société, le premier paragraphe de l'article 5 (Capital social) des Statuts est modifié comme suit:

«Le capital social de la Société est fixé à deux millions sept cent soixante-treize mille sept cent vingt et un Euros (EUR 2.773.721) divisé en deux millions sept cent trente deux mille quatre cent quatre-vingt-trois (2.732.483) parts sociales ordinaires de la Société, ayant une valeur nominale d'un Euro (EUR 1) chacune (chacune, une «Part Sociale Ordinaire» et ensemble, les «Parts Sociales Ordinaires»), vingt-huit mille cinq cent soixante-trois (28.563) Parts POR de Catégorie A Série 1, ayant une valeur nominale d'un Euro (EUR 1) chacune (chacune, une «Part POR de Catégorie A Série 1») et ensemble les «Parts POR de Catégorie A Série 1») et douze mille six cent soixante-quinze (12.675) Parts POR de Catégorie A Série 2, ayant une valeur nominale d'un Euro (EUR 1) chacune (chacune, une «Part POR de Catégorie A Série 2») et ensemble les «Parts POR de Catégorie A Série 2».)»

5. En conséquence de ladite augmentation du capital social de la Société, le premier paragraphe de l'article 6 (Capital autorisé) des Statuts est modifié comme suit:

«Le capital autorisé, excluant le capital social prévu à l'Article 5 des présents Statuts, est fixé à neuf cent quatre-vingt-dix-sept millions trois cent un mille six cent cinquante-neuf Euros (EUR 997.301.659), représenté par neuf cent quatre-vingt-dix-sept millions trois cent un mille six cent cinquante neuf (EUR 997.301.659) parts sociales de la Société, étant soit des parts sociales ordinaires ou des parts privilégiées obligatoirement rachetables de la Société, indépendamment de leur catégorie et/ou série respectives, chacune ayant une valeur nominale d'un Euro (EUR 1).»

Frais

Le montant des dépenses, coûts, rémunérations et frais de quelque nature que ce soit qui seront supportés par la Société en conséquence du présent acte est estimé à environ EUR 7.000,-.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg, date qu'en tête de la présente.

Le notaire soussigné qui comprend et parle l'anglais, déclare qu'à la requête de la partie comparante, le présent acte a été rédigé en langue anglaise, suivi d'une version française; à la requête de la partie comparante, et en cas de divergences entre le texte anglais et le texte français, le texte anglais fera foi.

Et après lecture faite au mandataire de la partie comparante, connu du notaire par ses nom, prénom usuel, état et demeure, ledit mandataire a signé, ensemble avec le notaire, l'original du présent acte.

Signé: M. ARNAUD et C. WERSANDT.

Enregistré à Luxembourg, A.C., le 15 mai 2013. Relation: LAC/2013/22315. Reçu soixante-quinze euros (75,- EUR).

Le Releveur (signé): I. THILL.

POUR EXPEDITION CONFORME, délivrée à la société sur demande.

Luxembourg, le 23 mai 2013.

Référence de publication: 2013066164/306.

(130081683) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Hellas Telecommunications (Luxembourg), Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1882 Luxembourg, 12, rue Guillaume Kroll.

R.C.S. Luxembourg B 108.088.

Les comptes annuels au 31 décembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg. Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013066181/9.

(130081984) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Hellas Telecommunications (Luxembourg) III, Société en Commandite par Actions.

Siège social: L-1882 Luxembourg, 12, rue Guillaume Kroll.

R.C.S. Luxembourg B 107.291.

Les comptes annuels au 31 décembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013066182/9.

(130082004) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Gsainvest S.A., SPF, Société Anonyme - Société de Gestion de Patrimoine Familial.

Siège social: L-1471 Luxembourg, 412F, route d'Esch.

R.C.S. Luxembourg B 150.276.

Les comptes annuels au 31 décembre 2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013066179/9.

(130081894) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Hellas Telecommunications (Luxembourg) V, Société en Commandite par Actions.

Siège social: L-1882 Luxembourg, 12, rue Guillaume Kroll.

R.C.S. Luxembourg B 107.289.

Les comptes annuels au 31 décembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013066183/9.

(130081985) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Garage Thommes S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-7650 Heffingen, 92, Op der Strooss.

R.C.S. Luxembourg B 123.516.

Les comptes annuels du 01/01/2012 au 31/12/2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2013066168/10.

(130081756) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Finmal S.A., Société Anonyme Soparfi.

Siège social: L-2661 Luxembourg, 42, rue de la Vallée.

R.C.S. Luxembourg B 31.143.

Par décision de l'assemblée générale ordinaire tenue extraordinairement le 17 mai 2013, le mandat des Administrateurs, Monsieur Fabio MASTROSIMONE, Président, Monsieur François MEUNIER, Monsieur Hocine HAMOUCHE et Madame Sarah BRAVETTI, ainsi que celui du Commissaire aux comptes AUDIT TRUST S.A., société anonyme, ont été renouvelés jusqu'à l'issue de l'assemblée générale annuelle de 2018.

Luxembourg, le 22 MAI 2013.

Pour: FINMAL S.A.

Société anonyme

Experta Luxembourg

Société anonyme

Cindy Szabo / Johanna Tenebay

Référence de publication: 2013066143/17.

(130081155) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Fuel Power S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-2661 Luxembourg, 44, rue de la Vallée.

R.C.S. Luxembourg B 171.731.

EXTRAIT

Avec effet au 17 mai 2013, Monsieur Azize Diabate a donné sa démission en tant que gérant unique de la société Fuel Power S.à r.l., immatriculée auprès du Registre de Commerce et des Sociétés de Luxembourg sous le numéro B 171731.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.
Luxembourg, le 17 mai 2013.

Référence de publication: 2013066152/12.

(130081937) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Financière d'Ibis Spf S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3A, boulevard du Prince Henri.

R.C.S. Luxembourg B 33.314.

Extrait du procès-verbal de l'assemblée générale ordinaire tenue le 13/05/2013 à Luxembourg

L'Assemblée renouvelle pour une période de 6 ans le mandat des Administrateurs et du Commissaire sortants, à savoir Messieurs GILLET Etienne, 3A, Boulevard du Prince Henri, L-1724 Luxembourg, JACQUEMART Laurent, 3A, Boulevard du Prince Henri, L-1724 Luxembourg et Madame HENOUMONT Nicole, 3A, Boulevard du Prince Henri, L-1724 Luxembourg, en tant qu'administrateurs et la société AUDITEX S.A.R.L. 3A, Boulevard du Prince Henri, L-1724 LUXEMBOURG en tant que commissaire aux comptes.

Leur mandat prendra fin à l'issue de l'Assemblée Générale Statutaire à tenir en 2019

Pour copie conforme

Signatures

Administrateur / Administrateur

Référence de publication: 2013066140/17.

(130081408) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Global Ventures S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1882 Luxembourg, 12D, Impasse Drosbach.

R.C.S. Luxembourg B 69.727.

Le Bilan au 31 DECEMBRE 2011 a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg.

Référence de publication: 2013066173/10.

(130081193) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

House Limited S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Capital social: EUR 25.000,00.

Siège social: L-1628 Luxembourg, 7A, rue des Glacis.

R.C.S. Luxembourg B 73.703.

CLOTURE DE LIQUIDATION

L'an deux mille treize, le quinze mai.

Par-devant Maître Cosita Delvaux, notaire de résidence à Redange-sur-Attert, Grand-Duché de Luxembourg.

Ont comparu:

1) Monsieur Sjoerd DIJKSTRA, retraité, né le 23 octobre 1942 à Haskerland (Pays-Bas), demeurant à 8461 LD Rottum (Pays-Bas), 17, Binnendijk;

2) Madame Tiny DIJKSTRA, retraitée, née le 20 décembre 1944 à Heerenveen (Pays-Bas), demeurant à 8461 LD Rottum (Pays-Bas), 17, Binnendijk;

en tant qu'associés de «HOUSE LIMITED S.à r.l.», société en liquidation, ci-après appelés «les comparants» ou «les associés»

tous deux ici représentés par Madame Johanna FISCHMANN, juriste, demeurant professionnellement à Luxembourg, en vertu de deux procurations datées du 23 avril 2013.

Lesquelles procurations resteront, après avoir été signées "ne varietur" par le mandataire des comparants et le notaire instrumentant, annexées aux présentes pour être formalisées avec elles.

Lesquels comparants, représentés comme il est dit, ont requis le notaire instrumentant d'acter:

Que la société à responsabilité limitée «HOUSE LIMITED S.à r.l.», société en liquidation, ayant son siège social à L-1628 Luxembourg, 7A, rue des Glacis, R.C.S. Luxembourg B 73.703, a été constituée suivant acte notarié en date du 29 décembre 1999, publié au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations numéro 233 du 28 mars 2000. Les statuts ont

été modifiés pour la dernière fois suivant acte du notaire Gérard LECUIT à Luxembourg, du 6 décembre 2007, publié au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations numéro 303, du 6 février 2008.

Que le capital social est fixé à vingt-cinq mille euros (25.000,- EUR), représenté par cent (100) parts sociales avec une valeur nominale de deux cent cinquante euros (250,- EUR) par part sociale, toutes entièrement libérées.

Que la société «HOUSE LIMITED S.à r.l.» en liquidation a été dissoute et mise en liquidation suivant acte reçu par le notaire Gérard LECUIT à Luxembourg en date du 6 septembre 2012, publié au Mémorial Recueil des Sociétés et Associations numéro 2635 du 24 octobre 2012.

Les comparants, représentant l'intégralité du capital social, ont requis le notaire de tenir une assemblée générale dont l'ordre du jour est le suivant:

Ordre du jour

1. Lecture du rapport du liquidateur et approbation.
2. Lecture du rapport du commissaire vérificateur à la liquidation et approbation.
3. Décharge à donner au liquidateur et au commissaire à la liquidation.
4. Transfert des propriétés immobilières.
5. Conservation des livres et documents de la société.
6. Clôture de la liquidation.
7. Divers.

A la suite de ces constatations, les comparants, représentant l'intégralité du capital social et se considérant valablement convoqués et en pleine connaissance de l'ordre du jour ci-avant énoncé, ont pris à l'unanimité des voix les résolutions suivantes:

Première résolution

Lecture est donnée du rapport du liquidateur à savoir «KONNICK INVEST S.A.», une société anonyme, établie et ayant son siège social à L-1628 Luxembourg, 7a, rue des Glacis, inscrite auprès du Registre de Commerce et des Sociétés sous le numéro B n°32.270, sur la gestion et l'emploi des valeurs sociales de la société.

Dans ledit rapport du liquidateur, il est précisé que la société est propriétaire de deux immeubles mieux décrits ci-après:

- Bien immobilier sis en Espagne, à Orihuela, Villa San Jose IV, N°5, bloque 2, planta baja, la Zenia, Parcela R 1 (enregistré au Registre de Orihuela N° 1 sous la référence 127644).
- Bien immobilier sis en République Tchèque, Marina Lipno Resort, Lipno nad Vltavou 118, 382 78 Lipno nad Vltavou, appartement N° 420.

Dans ledit rapport du liquidateur, il est également précisé que le produit de liquidation est négatif et que la société a une dette vis-à-vis des associés.

Il est également fait référence à un protocole d'accord signé le 18 février 2013 par la société et le 9 mars 2013 par les associés, dans lequel il est convenu que les associés acceptent que leur soit remis en remboursement de leur compte courant, les actifs immobiliers appartenant à la société.

Mandat est également confié au liquidateur aux fins de faire les démarches pour transférer la propriété des dits biens immobiliers aux associés à concurrence de la moitié indivise de chaque immeuble.

Deuxième résolution

Lecture est donnée du rapport du commissaire à la liquidation, la société Socogesco International S.A., avec siège social à L-1660 Luxembourg, 84, Grand-Rue, 84, R.C.S. Luxembourg B 44.906.

Ce rapport, qui restera annexé aux présentes, conclut à l'adoption des comptes de liquidation.

Les associés, suite à la lecture de ces rapports, décident d'approuver les comptes de liquidation et de confirmer le protocole d'accord dont question.

Troisième résolution

Les associés donnent décharge aux liquidateurs et au commissaire à la liquidation pour leurs mandats respectifs.

Quatrième résolution

Les associés prononcent la clôture de la liquidation et constatent que la société «HOUSE LIMITED S.à r.l.» a définitivement cessé d'exister à partir de ce jour, même pour les besoins de liquidation.

Cinquième résolution

Les livres et documents sociaux seront déposés et conservés pendant une durée de cinq années auprès du siège social de la société, à L-1628 Luxembourg, 7A, rue des Glacis.

Sixième résolution - Attribution immobilière

La clôture de la liquidation a mis fin définitivement à la personnalité juridique de la société.

Ainsi, les biens sociaux qui, lors de la clôture, appartenaient encore à la société, sont transférés de plein droit aux associés prénommés à concurrence de la moitié indivise chacun.

En conséquence, les immeubles ci-avant décrits sont attribués en pleine propriété à concurrence de la moitié indivise à chacun des associés comparants prénommés.

Mandat est donné au liquidateur prénommé à savoir «KONNICK INVEST S.A.» pour procéder aux démarches nécessaires et utiles aux fins de mutations immobilières tant en Espagne qu'en République Tchèque. Pouvoir est encore donné audit liquidateur de signer aux effets ci-dessus tous actes, procès-verbaux, faire toutes déclarations et en général faire tout le nécessaire, les associés promettant de tout ratifier au besoin.

Plus rien ne figurant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Frais

Les frais, dépenses, rémunérations et charges, sous quelque forme que ce soit qui incombent à la Société en raison du présent acte sont évalués à environ EUR 1.200.-.

DONT ACTE, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Lecture du présent acte faite à la partie comparante, connue du notaire instrumentant par son nom, prénom usuel, état et demeure, elle a signé avec Nous, notaire, le présent acte.

Signé: J. FISCHMANN, C. DELVAUX.

Enregistré à Redange/Attert, le 16 mai 2013. Relation: RED/2013/767. Reçu soixante-quinze euros (75,- €).

Le Receveur (signé): T. KIRSCH.

POUR EXPEDITION CONFORME, délivrée aux fins de dépôt au Registre de Commerce et des Sociétés de Luxembourg et aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Redange-sur-Attert, le 22 mai 2013.

Me Cosita DELVAUX.

Référence de publication: 2013066206/100.

(130081271) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

HUB Industries S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-8030 Strassen, 163, rue du Kiem.

R.C.S. Luxembourg B 93.896.

Les comptes annuels au 31 décembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg. Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour HUB INDUSTRIES S.A.

Référence de publication: 2013066210/10.

(130081880) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Harysports, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-4734 Pétange, 3, avenue de la Gare.

R.C.S. Luxembourg B 18.324.

EXTRAIT

Les uniques associés ont décidé de nommer gérante financière et administrative Mme Brigitte STEMPER. Laquelle peut engager la société en toutes circonstances par sa seule signature.

Pétange, le 3 septembre 1990.

Mr Romain PUTZ / Mme Brigitte PUTZ-STEMPER

Demeurant à Rodange / Demeurant 12 rue des Alliés L-4712 Pétange

Référence de publication: 2013066193/13.

(130081473) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 23 mai 2013.

Mylo Holding S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1651 Luxembourg, 15-17, avenue Guillaume.

R.C.S. Luxembourg B 160.565.

L'assemblée générale a pris en date du 08 mai 2013 la décision de transférer le siège social de la société à L-1651 Luxembourg, 15-17, avenue Guillaume.

L'assemblée générale prend également acte des changements d'adresses du commissaire aux comptes et de l'administrateur unique à savoir:

- Fiduciaire Luxembourg Paris Genève S.à.r.l (RCS B84426), commissaire aux comptes, avec siège social à L-1651 Luxembourg, 15-17, avenue Guillaume,
- M. Jonathan BEGGIATO, administrateur, demeurant professionnellement à L-1651 Luxembourg, 15-17, avenue Guillaume.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Jonathan BEGGIATO
Administrateur unique

Référence de publication: 2013064847/18.

(130079954) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

Momentum Managed Funds SICAV-SIF, Société Anonyme sous la forme d'une SICAV - Fonds d'Investissement Spécialisé.

Siège social: L-2633 Senningerberg, 6C, route de Trèves.

R.C.S. Luxembourg B 69.469.

Extrait du procès-verbal de l'assemblée extraordinaire des actionnaires tenue le lundi 22 avril 2013

L'assemblée extraordinaire des actionnaires a:

Décidé d'élire Monsieur Leon Basson né le 16 septembre 1968 à Mbabane, Swaziland, demeurant professionnellement à 268, West Avenue Centurion, 0157 Gauteng, Afrique du Sud.

- en tant qu'administrateur de la société susmentionnée avec effet au 22 avril 2013 jusqu'à l'assemblée générale annuelle statuant sur les comptes au 30 juin 2013.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 17 mai 2013.

Momentum Managed Funds SICAV-SIF
J.P. Morgan Bank Luxembourg S.A.
Agent domiciliaire

Référence de publication: 2013064840/19.

(130079486) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 mai 2013.

HSBC Securities Services (Luxembourg) S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1160 Luxembourg, 16, boulevard d'Avranches.

R.C.S. Luxembourg B 28.531.

EXTRAIT

L'Assemblée Générale Ordinaire des Actionnaires («l'Assemblée») tenue au siège social le 18 avril 2013 a adopté les résolutions suivantes:

1. L'Assemblée a réélu comme Administrateurs pour une période d'un an se terminant à l'assemblée générale ordinaire de 2014:

- Madame Brenda Petsche (résidant à Luxembourg)
- Madame Christiane Hella Lindenschmidt (résidant en Allemagne)
- Monsieur Nigel Howard Fielding (résidant au Luxembourg)
- Monsieur Michael Peter May (résidant à Luxembourg)
- Monsieur Arjun Bambawale (résidant en Grande Bretagne)

2. L'Assemblée a élu à la fonction de Déléguée à la Gestion Journalière pour une période d'un an se terminant à l'assemblée générale ordinaire de 2014:

- Madame Brenda Petsche (résidant à Luxembourg)

3. L'Assemblée a noté la réélection de KPMG Luxembourg S.à.r.l. à la fonction de Réviseur d'Entreprises, lors du Conseil d'Administration tenu le 19 mars 2013, pour une période d'un an se terminant à l'assemblée générale ordinaire qui se tiendra en 2014.

HSBC Securities Services (Luxembourg) S.A.
Brenda Petsche / Signature

Référence de publication: 2013063906/25.

(130078858) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 mai 2013.